

## Editorial

Das Jahr 2023 wird ein weiteres Jahr des Erinnerns sein, aber auch eines des Bangens um den Frieden. Seit einem Jahr herrscht Krieg in der Ukraine, am 24. Februar 2022 drangen russische Truppen in das ukrainische Staatsgebiet ein. Das Leid, das den Menschen zugefügt wird, ist beinahe unvorstellbar. Als der Geschichtswissenschaft verbundene Menschen wissen wir, dass Wissenschaft im Frieden am besten gedeiht, dass sich Menschen verschiedener Nationen, Sprachen und Kulturen im Frieden über ihre gemeinsamen Interessen verständigen wollen und können. Wo es aber ums Überleben geht, bleibt kein Raum für Wissenstransfer, für gemeinsames Forschen. Deshalb ist und bleibt Frieden die einzige Alternative.

Im Jahr 2023 jähren sich einige wichtige Ereignisse der deutschen Geschichte. Vor 175 Jahren kämpften im März 1848 die Berliner Bürger für demokratische Rechte und eine Verfassung. Im Jahr 1923 wurde die junge Weimarer Republik erschüttert. Ruhrbesetzung, Ruhrkampf, Hyperinflation, Separatismus, Währungsreform: Die Republik drohte auseinander zu brechen, und am 9. November 1923 putschte Adolf Hitler in München. Auch wenn die Folgejahre ruhiger waren, das Katastrophenjahr 1923 verschob die politischen Koordinaten weit nach rechts. Vor 50 Jahren, am 21. Juni 1973, trat der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft, der die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf eine vertragliche völkerrechtsfähige Grundlage stellte und der hohen Kunst der Diplomatie bedurfte.

Vor 30 Jahren, am 4. Januar 1993, nahm die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ ihre Arbeit auf. Der SAPMO war und ist das Wirken des Förderkreises und seiner *Mitteilungen* stets verbunden. Der abgedruckte Vortrag von Christoph Stamm anlässlich unserer 31. Jahresmitgliederversammlung ist diesem Hintergrund verpflichtet. Der Vortrag von Hans-Rainer Sandvoß zu seinem Buch „Mehr als eine Provinz!“ bildete den Auftakt zur Wiederaufnahme der gemeinsamen Vortragsreihe von SAPMO, Förderkreis und Johannes-Sassenbach-Gesellschaft. In Heft 63 finden sich Beiträge zu Archiven und Bibliotheken, einmal zum Fritz-Bauer-Forum in Bochum und zum Zeitgeschichtlichen Archiv in Berlin-Marzahn. Dass dieses Archiv erst einmal dort bleiben kann, freute uns sehr, denn unser langjähriger Redakteur Kurt Metschies hat sich um dessen Erhalt mit ganzer Kraft bemüht. Leider erreichte uns kurz vor Redaktionsschluss die Nachricht, dass sich der Zeitrahmen zur Rettung des Archivs dramatisch verkürzt hat.

Zur DDR-Geschichte legt Siegfried Prokop ein äußerst interessantes Doku-

ment vor: Ein Brief des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita Chruschtschow, zeigt auf, dass Ulbricht den Bau der Berliner Mauer im Juni 1961 nicht wollte und die Öffentlichkeit nicht getäuscht hat. Gewerkschaftliches Handeln findet seinen Niederschlag in der Vorstellung der Otto-Brenner-Stiftung, im Werkstattbericht von Marco Helmbrecht, der einen globalgeschichtlichen Ansatz verfolgt, und im Beitrag über die Forschungen zur schweizerischen Gewerkschaftsgeschichte von Christian Koller. Neben weiteren Beiträgen, Berichten, Informationen und Besprechungen sowie Einladungen zu weiteren Vorträgen wird unsere 32. Jahresmitgliederversammlung mitsamt den zu beschließenden Dokumenten angekündigt.

*Herausgeber und Redaktion*

# Inhalt

## Editorial

### Aus den Archiven

Ein Archiv des Widerstands „Im Kampf um des Menschen Rechte“  
– Fritz Bauer  
*Jennifer Haas* 7

Die Otto-Brenner-Stiftung: 50 Jahre Wissenschaft für  
Arbeitnehmer\*innen  
*Benedikt Linden* 11

Eine letzte Chance für das Zeitgeschichtliche Archiv – das  
Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und europäische  
Transformation in Halle. Vorbemerkungen zum *nd*-Artikel  
„Ein Retter in Not“  
*Harald Wachowitz* 13

Ein Retter in Not. Im Osten Berlins kämpft ein einzigartiges  
Zeitungsarchiv ums Überleben. Das Zeitgeschichtliche Archiv in  
Marzahn (Nachdruck aus dem *nd*)  
*Patrick Volknant* 15

### Interview

Interview mit Dr. Thilo Scholle  
*Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze* 19

### Besondere Zeitdokumente

Der Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August  
1961. Ein Schlüsseldokument an der Schwelle zum Mauerbau  
*Siegfried Prokop* 24

### Berichte

Die 52. Konferenz der International Association of Labour History

Institutions (Zürich, 14. - 17. September 2022) <i>Christian Koller</i>	41
„Politische Arbeit in Zeiten der Katastrophen“. Bericht von der 57. ITH-Konferenz vom 22. - 24. September 2022 in Linz <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	43
125 Jahre deutscher Imperialismus. Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs aus Sicht der Betroffenen und die Haltung der Linken damals und heute. Konferenz am 28. November 2022 im Afrikahaus Berlin <i>Alexander Amberger</i>	48
<b>Vorträge</b>	
„Mehr als eine Provinz!“ Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preußischen Provinz Brandenburg. Berlin 2019 Ein Werkstattbericht <i>Hans-Rainer Sandvoß</i>	51
Tauziehen um die SED-Akten. Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv nach 1990 <i>Christoph Stamm</i>	55
Einladung zum Vortrag von Riccardo Altieri	67
<b>Informationen</b>	
Rundschreiben der Internationalen Rosa – Luxemburg – Gesellschaft, Dezember 2022	68
<b>Neues aus der Forschung</b>	
Neuere Forschungs- und Vermittlungsprojekte zur schweizerischen Gewerkschaftsgeschichte <i>Christian Koller</i>	72
Eine Globalgeschichte der Hafenstreiks in den 1940ern und frühen 1950er-Jahren – Werkstattbericht zum Promotionsprojekt <i>Marco Helmbrecht</i>	80

## Miszelle

- Elli Erna Martha Fuchs (1912-2012) – Sozialdemokratin und  
Bibliothekarin – ein Jahrhundertleben für Bücher  
*Trille Schünke* 84

## Aus dem Vereinsleben

- Protokoll der 31. Jahresversammlung des Förderkreises am  
10. September 2022 87
- Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2022 89
- Einladung zur 32. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises am  
6. Mai 2023 und zum öffentlichen Vortrag von Dr. Volker Külow 96

## Buchbesprechungen & Literaturhinweise

- Paul Levi: Sozialdemokratie: heimatlos daheim, 1923 bis 1930. Ohne einen  
Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band II/3: Sozialdemokratie.  
Herausgegeben von Jörn Schütrumpf. Karl Dietz Verlag, Berlin 2022 (*Thilo  
Scholle*) 99
- Mario Keßler (Hrsg.): Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus.  
Dietz, Berlin 2022 (*Holger Czitrich-Stahl*) 102
- Uli Schöler: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die  
theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der  
Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929). Dietz,  
Berlin 2021 (*Alexander Amberger*) 105
- Willi Carl / Martin Gorholt / Sabine Hering (Hg.): Sozialdemokratie in  
Brandenburg (1933-1989/90). Lebenswege zwischen Widerstand, Verein-  
nahme und Neubeginn. Mit einem Vorwort von Matthias Platzeck. Verlag  
J.H.W. Dietz, Bonn 2022 (*Holger Czitrich-Stahl*) 106
- Hermann Duncker: Menschheitsgedichte, hrsg. von Heinz Deutschland.  
edition bodoni, o. O. 2022 (*Gerhard Engel*) 108

- Malte Müller / Richard Rohnert / Petra Wolfram (Hrsg.): Vorwärts und nichts vergessen. Aus der Geschichte lernen. VSA Verlag, Hamburg 2022 (Bernd Hüttner) 110
- Karl Neuhof: „Ich kämpfe gegen alles, was mich niederdrücken will.“ Das Tagebuch des jüdisch-kommunistischen Widerstandskämpfers Karl Neuhof und der Briefwechsel seiner Familie. Herausgegeben von Peter Neuhof und Bernward Dörner. Metropolis Verlag, Berlin 2022 (Holger Czitrich-Stahl) 111
- Dieter Schiller: Als gestern noch morgen war. Kritisches Erinnern an Menschen, Projekte und mich selbst. Aus meinem wissenschaftlichen Leben 1966-1990. Edition Schwarzdruck, Gransee 2022 (Siegfried Prokop) 113
- Wolle, Stefan: Leseland DDR. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung (zweisprachig: deutsch und englisch). Hrsg. von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Metropolis Verlag, Berlin 2022 (Gerd Dietrich) 114

## Aus den Archiven

### Ein Archiv des Widerstands „Im Kampf um des Menschen Rechte“ – Fritz Bauer<sup>1</sup>

Das Fritz Bauer Archiv ist Teil des Großprojekts Fritz Bauer Forum des gemeinnützigen Trägers BUXUS STIFTUNG gGmbH. Das Gesamtprojekt ist als internationaler Ort für Forschung, Bildung, Kunst und Austausch in der Ruhrmetropole Bochum geplant.

Ins Leben gerufen 2020 (nachdem die Interaktive Fritz Bauer Bibliothek 2019 ebenfalls in Bochum online ging), macht das Fritz Bauer Forum es sich zur Aufgabe, durch Dialog, Kunst und mediale Vermittlung das mutige, oft risikoreiche und aufopferungsvolle „Nein!“ zu Unrecht in unserer Geschichte und zu den Menschenrechtsverletzungen in unserer Zeit weltweit zu erzählen, zu erforschen, zu bestärken und weiterzutragen. Die Geschäftsführerin der BUXUS STIFTUNG ist die Historikerin und Ausstellungskuratorin PD Dr. Irmtrud Wojak. Sie hat ihren Forschungsschwerpunkt in den Themen juristischer Zeitgeschichte, Holocaust und Exil sowie Erinnerungskulturen. 2008 habilitierte sie mit der ersten Fritz Bauer Biografie, die 2009 veröffentlicht wurde.

Am Ort Fritz Bauer Forum vereinen sich die Bereiche Forum, Bibliothek und Archiv. Das Forum übernimmt dabei primär die Koordination für Veranstaltungen, Ausstellungen und die Planung von Workshops und Seminaren.

Die Fritz Bauer Bibliothek ist „Die mutigste Bibliothek der Welt.“ Sie sammelt internationale Geschichten vom Überleben, vom Widerstand und Menschenrechten, sowie ihren Verfechter:innen (Spezielsammlung). Außerdem sammelt sie Literatur zur Geschichte der Erinnerungskulturen weltweit, sowie zur *Transitional Justice* und Demokratie.

Bereits verwirklicht und online zugänglich ist wie gesagt die Interaktive Fritz Bauer Bibliothek, eine eigens entwickelte relationale Datenbank mit außergewöhnlichen und vor allem mutigen Geschichten von Menschenrechtskämpfer:innen und Überlebenden weltweit. Die Geschichten kommen auf unterschiedlichste Weisen in diese innovative interaktive Bibliothek, die sich durch Unterstützung der Datenbank nach verschiedenen Kriterien (Herkunft, Konfession, Nationalität, Einsatz für welche(s) Menschenrecht(e)) auswerten lässt. Die Geschichten sind entweder selbst recherchiert, entspringen Interviews mit den portraitierten Persönlichkeiten oder werden von den unterschiedlichsten Personen in die Datenbank

1 Fritz Bauer, „Im Kampf um des Menschen Rechte (1955).“ *Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften*, herausgegeben von Joachim Perels und Irmtrud Wojak, Campus Verlag, 1998, S. 37.

eingetragen. Auch in einem kontinuierlichen Kooperationsprojekt mit Schulen in Form einer „AG Menschenrechte“ entstanden Geschichten, recherchiert von Schüler\*innen, die die Geschichten weiterverbreiten und in andere Schulen tragen. Jeder Person ist es möglich, selbst die Biografie eines/r Menschenrechtskämpfer:in zu recherchieren, sie niederzuschreiben und in die Datenbank einzutragen. Ziel der Datenbank ist es, mutigem Handeln eine Stimme zu geben, es durch Vernetzung zu bestärken und weiterzutragen. Ein weiteres Ziel ist es, durch forschendes Lernen besser zu verstehen, was Menschen dazu motiviert und veranlasst – oftmals unter extremen Bedingungen und sogar unter Einsatz des eigenen Lebens – im Sinne der Menschenrechte zu handeln, also die eigenen Rechte und die von anderen zu verteidigen beziehungsweise zu erkämpfen.

Das Archiv legt seinen Schwerpunkt im Sinne Fritz Bauers auf Sammlungen mit Materialien von Gruppen, Individuen und Bewegungen, die sich in ihrer Substanz mit dem „Kampf um des Menschen Rechte“ auseinandersetzen und diesen dokumentieren, begreifen und danach handeln.

Ein großer Teil der Sammlung besteht aus dem im April 2022 übernommenen „Politischen Archiv Bochum“, einem Zeitungs- und Zeitschriften-Archiv beginnend in den 1960er-Jahren. Antirassismus, Subkultur, kritische Theorien, Arbeiterbewegung, Ökologie und Internationalismus bilden die Themenschwerpunkte. Neben Grauer Literatur befinden sich in der Sammlung Plakate, Banner, Flyer, Buttons und Broschüren. Es handelt sich um circa 35.000 Medieneinheiten, die im Katalog der Bibliothek recherchierbar sind. Das Archiv wurde bislang ehrenamtlich geführt und entstand aus der sozialen Bewegung heraus, initiiert von Studierenden der Ruhr-Universität Bochum. Im Fritz Bauer Archiv soll es nun weiterhin der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Eine weitere große Sammlung ist die des ehemaligen Journalisten und Rundfunkredakteurs, Kurt Nelhiebel (\*1927), der für die Monatszeitschrift der Israelitischen Kulturgemeinde Wien, *Gemeinde*, ab 1963 vom Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main berichtete. Ab 1965 war er Nachrichtenredakteur, später Nachrichtenchef bei Radio Bremen. Der Kultur- und Friedenspreisträger der Villa Ichon in Bremen überlässt dem Fritz Bauer Archiv eine beeindruckende Sammlung an Dokumentationen gegen das Vergessen. Seine nach Themen ausgewertete Presseauschnittsammlung (ca. 8 m) ab den 1950er-Jahren kann man als kritischen Kommentar zur Geschichte der Bundesrepublik bezeichnen, und zwar speziell zu den Themen Nationalsozialismus und Antifaschismus, gescheiterte Entnazifizierung, Rechtsextremismus und Nationalismus sowie Gefährdungen der demokratischen Grundrechte und des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. Ergänzt wird diese umfassende Sammlung durch seine persönlichen Schilderungen als Soldat im Zweiten Weltkrieg, die er in Form seines Tagebuchs

und in Form des Briefwechsels mit seinem Vater veröffentlicht hat und die als Printausgaben in der dem Archiv angeschlossenen Fritz Bauer Bibliothek zu finden sind. Seine Essays, Gedichte und kritischen Texte zur Zeitgeschichte inklusive seiner politischen Karikaturen werden vom Fritz Bauer Archiv auch auf einer ihm gewidmeten Webseite gepflegt: [www.kurt-nelhiebel.de](http://www.kurt-nelhiebel.de).

Herzstück des Archivs ist die Sammlung (ca. 10 m) zum Namensgeber, dem Juristen und Holocaust-Überlebenden Fritz Bauer. Sie beinhaltet Materialien, die im Laufe der Jahre zum Leben und Werk des Juristen von seiner Biografin und gleichzeitig der Initiatorin des Fritz Bauer Forums, der Historikerin Dr. Irntrud Wojak, zusammengetragen wurden. Sie leistete damit Pionierarbeit, denn das persönliche wie privat-dienstliche Archiv des hessischen Generalstaatsanwalts ist bis heute nicht auffindbar. In der Sammlung befinden sich, neben einer Sammlung von Bauers Werken, Dokumente zu seinen zahlreichen Prozessen, auch biografische Unterlagen, Fotos, Briefe mit Angehörigen und Freund:innen sowie viele Zeitungsausschnitte.

Fritz Bauer (1903-1968), vom 1956 bis 1968 Generalstaatsanwalt in Frankfurt, wuchs in Stuttgart auf. Bereits als Schüler trat er der SPD bei, der er auch später angehörte. Er studierte in Heidelberg, München und Tübingen, promoviert hat er in Heidelberg. Bereits in seiner Schulzeit erfuhr Bauer Unrecht, was ihn in seiner späteren Berufswahl prägte. Zunächst war sein Wunsch, Polizist zu werden, denn Polizisten schützen andere davor, dass ihnen Unrecht geschieht. Später erkannte er, dass Juristen zu Gleichem verpflichtet sind. Sie sind verpflichtet, ohne jegliche Vorurteile die Rechte einer Person zu verteidigen. Er widmete sein Leben stets dem „Kampf um des Menschen Rechte“. In der Zeit der Weimarer Republik war Fritz Bauer Vorsitzender der überparteilichen Republikschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Stuttgart. Sein Widerstand gegen die Nazis führte zur Verhaftung und Inhaftierung im KZ Heuberg im März 1933 unmittelbar mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Nach seiner Freilassung floh Bauer zunächst nach Dänemark, wo ihn die Gestapo weiter suchte, und später nach Schweden, wo er bis 1949 im Exil lebte. Erst 1949 kehrte er nach Deutschland zurück, zunächst als Landgerichtsdirektor und dann als Generalstaatsanwalt in Braunschweig, bevor er 1956, ebenfalls als Generalstaatsanwalt, nach Frankfurt am Main berufen wurde. Besonders in Erinnerung bleibt Fritz Bauers Einsatz für die Aufarbeitung und Strafverfolgung von Verbrechen der NS-Zeit und sein Einsatz für eine grundlegende Reform des Strafrechts.

Im Januar 2023 wurde die interaktive Ausstellung „Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich feindliches Ausland“ eröffnet, deren Nutzer:innen Fritz Bauer, seinen Einsatz für die Menschenrechte und die Strafverfolgung recherchieren und virtuell erleben können.

Kleinere Sammlung sind der Nachlass des Historikers und Journalisten Dr. Albert Wucher (ca. 1 m), der für die *Süddeutsche Zeitung* vom Eichmann-Prozess in Jerusalem berichtete, sowie eine Sammlung mit Archivmaterial zum deutsch-jüdischen und politischen Exil in Chile und Uruguay in der Zeit des Nationalsozialismus (ca. 3 m), inklusive Interviews mit Zeitzeug:innen, die den Holocaust überlebten.

Im Laufe der Zeit soll das Fritz Bauer Archiv über viele weitere Materialien zum Widerstand als Geschichte des Kampfes um die Menschenrechte ergänzt werden. Über Anfragen und Hinweise zu möglichen Sammlungen sind wir dankbar. Das Projekt ist *work in progress* und digitale Findmittel werden in den nächsten Jahren auf der Webseite des Fritz Bauer Forums zur Verfügung gestellt.

Das Archiv wird 2024 in seine Räumlichkeiten im Fritz Bauer Forum auf dem Gelände der ehemaligen Trauerhalle Havkenscheid und eines früheren städtischen Betriebshofes, die aktuell saniert und umgebaut werden, in Bochum einziehen. In den Räumen des Forums wird das Fritz Bauer Archiv über ein Magazin und Arbeitsplätze im Lesesaal verfügen. Im Nebengebäude, das heißt in der architektonisch faszinierenden ehemaligen Trauerhalle des Bochumer Stadtbaumeisters Ferdinand Keilmann, entsteht die Fritz Bauer Bibliothek als Präsenzbibliothek, welche bereits im Laufe des Jahres 2023 einziehen kann.

Des Weiteren wird in und um das Fritz Bauer Forum herum ein lebendiger Ort für den wichtigen Austausch zu diesen Themen entstehen. Neben Büroräumen wird es Seminar-, Atelier-, Workshop- und Ausstellungsräume geben, in die das Forum einlädt, es gibt Co-Working-Places und auch ein Café. Auf dem Gelände rund um Bibliothek und Forum entsteht ein Ort zum Lesen, Filmeanschauen und zum Austauschen. Eine Gartenanlage umschließt das Gelände, wo ebenfalls künstlerische Werke ausgestellt werden.

Über Neuigkeiten vom Fritz Bauer Forum, sowie Archiv und Bibliothek bleiben Sie über unseren Newsletter, unsere Social-Media-Kanäle (Twitter, Facebook und Instagram) und unsere Website informiert.

*Jennifer Haas*

Website: <https://www.fritz-bauer-forum.de/>

Facebook: <https://www.facebook.com/FRITZBAUERFORUM/>

Twitter: @fritzbauerforum | Instagram: @fritzbauerforum

Jennifer Haas, M.A.

Fritz Bauer Bibliothek und Archiv

Buxus Stiftung gGmbH, Lyrenstr. 13, 44866 Bochum

## **Die Otto-Brenner-Stiftung: 50 Jahre Wissenschaft für Arbeitnehmer:innen**

Die Otto Brenner Stiftung (OBS) ist die Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Als gewerkschaftliche Forschungseinrichtung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratisierung der Gesellschaft verpflichtet. Sie initiiert gesellschaftliche Dialoge durch die Förderung wissenschaftlicher Studien, die Ausrichtung von Workshops und Veranstaltungen und die jährliche Auslobung des „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“. Derzeitiger Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung ist der Sozialwissenschaftler Jupp Legrand. Sitz der Stiftung ist Frankfurt am Main.

Gegründet 1972, nach dem plötzlichen Tod ihres Namensgebers Otto Brenner, des damaligen 1. Vorsitzenden der IG Metall in der Bundesrepublik Deutschland, blickt die OBS zurück auf ein halbes Jahrhundert wechselvoller Geschichte. So startete sie in den 1970er-Jahren mit Studien zu gewerkschaftspolitischen Fragen und mit Veranstaltungen, die z. B. arbeits- oder sozialrechtliche Fragen in den Mittelpunkt stellten. Den Herausforderungen der Wiedervereinigung trugen Untersuchungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost- und Westdeutschland Rechnung, die späten 90er-Jahre setzten Probleme der Globalisierung und der europäischen Gestaltung von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Demokratie ins Zentrum der Stiftungsarbeit. Eine thematische Weichenstellung bedeutete schließlich die Auslobung des Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus ab 2005 und dessen Profilierung durch den Aufbau einer weiteren Säule mit medienkritischen Studien und medienpolitischen Untersuchungen.

Heute publiziert die Stiftung regelmäßig Forschungsergebnisse, die die kritisch-aufklärende Öffentlichkeit, demokratische Politik und die Zukunft guter Arbeit fokussieren – und regelmäßig auf große Resonanz stoßen. Dazu organisiert die Stiftung Großevents wie die jährlichen Medien- oder Jahrestagungen, aber auch kleinere Workshops und Webtalks. Auch der jährlich verliehene Otto Brenner Preis gilt heute als einer der profiliertesten Journalistenpreise im deutschsprachigen Raum. Preisträger:Innen sind unter anderem Ulrike Herrmann, Ronen Steinke, Goline Atai und Carolin Emcke.<sup>2</sup>

### **Vier Themenfelder: Medien, Demokratie & Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Ost- und Westdeutschland**

Medienkritische Studien gehören inzwischen zum Markenkern der OBS. Thematisch breit aufgestellt wechseln sich beispielsweise kritisch-solidarische Untersuchungen zu Stärken und Defiziten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Vermes-

<sup>2</sup> Mehr unter: <https://www.otto-brenner-preis.de/>.

sungen der neoklassischen Dominanz im Wirtschaftsjournalismus und Analysen neuer Publikationsformen ab; sie wurden in den vergangenen Jahren immer wieder in wichtigen Debatten aufgegriffen. Neben „Medienpolitik und Medienkritik“ behandelt die OBS auch Aspekte rund um die Themen „Zivilgesellschaft“ und „Demokratie“. Insbesondere inner- und außerparlamentarische antidemokratische und rechtsextreme Bedrohungen stehen hier im Zentrum. Schließlich werden gewerkschaftspolitische Themen und solche über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland aufgegriffen. Die aktuellen Publikationen untersuchen u. a.:

- Die Qualität der Berichterstattung über den Ukraine-Krieg.
- Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022.
- Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg? Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben.
- Journalismus in sozialen Netzwerken. ARD und ZDF im Bann der Algorithmen.

Alle Publikationen finden sich zum kostenlosen Bestellen oder Download hier:

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/anzahl/20/>.

Die OBS unterstützt den Aufbau Ost darüber hinaus über die „Stiftung Neue Länder“. Hier werden konkrete Projekte gefördert, die Langzeitarbeitslosigkeit verhindern oder die Berufschancen der Jugend in Ostdeutschland verbessern sollen.

*Benedikt Linden*

Kontaktdaten:

Otto Brenner Stiftung, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, D - 60329 Frankfurt am Main | Telefon: +49 69 6693 – 2526 | Internet: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/> | Email: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de).



*Die Otto Brenner Stiftung hat ihren Sitz im main-forum der IG Metall in Frankfurt am Main. Quelle: Felix Schmitt, © Otto Brenner Stiftung*

## „Eine letzte Chance für das Zeitgeschichtliche Archiv – das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und europäische Transformation in Halle“

### Vorbemerkungen zum *nd*-Artikel „Ein Retter in Not“

Inzwischen glaubten wir, der Beräumungsdruck auf das ZGA hätte sich etwas gemildert. Wie im Artikel des *nd* beschrieben, rechnet der Berliner Kultursenat in den nächsten Jahren noch nicht mit einem Abriss des Hallengebäudes, dem Standort des ZGA. Auch beschloss die Berliner Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf, auf Empfehlung des zuständigen Ausschusses im Mai 2022 einstimmig, den betriebskostenfreien, mithin entgeltfreien Verbleib des ZGA am Standort bis zu dessen Umzug.

Die dem *nd* gegebene Auskunft ist jedoch irreführend! Noch kein Abriss bedeutet nicht erst mal andauernde Sicherheit für das ZGA. Damit musste unsere Vorstellung, 2023 für letzte Anstrengungen zur Rettung dieses Kulturgutes nutzen zu können, aufgegeben werden. Besitzer der Marzahner Immobilie, die unser ZGA beherbergt, ist seit Dezember 2022 die Stiftung Oper in Berlin, wie wir am 20. Februar 2023 in der Stiftung erfuhren. Es bleiben nun drei Monate dafür, Teile der Sammlungen des ZGA für Selbstabholer anzubieten, bzw. alles darüber hinaus Gehende zu vernichten. Die Stiftung benötigt Mitte dieses Jahres auch die Fläche, auf der das ZGA steht.

Eine letzte Möglichkeit jedoch werden wir noch nutzen.

Mit einem Angebot an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, werden unsere Versuche das Kulturgut ZGA zu retten, im Februar enden. Anlass ist uns das für die Stadt Halle entschiedene „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Der Bundeskanzler dazu in seiner Gratulation an die Stadt Halle: *„Es werde ein zentraler Ort geschaffen, der die Lebensleistung der Ostdeutschen in der Nachwendezeit würdige. Es geht dabei nicht um Nostalgie, sondern um die Würdigung der wichtigen Erfahrungen der Ostdeutschen während der friedlichen Revolution in der DDR und der Reformbewegungen in Osteuropa. Gerade für ein Europa, das sich mitten in einem gewaltigen Transformationsprozess befindet, bieten diese Erfahrungen wichtige Anknüpfungspunkte, die wir wachhalten wollen“*, so Scholz.<sup>3</sup> *„Im Zukunftszentrum werden gesellschaftsrelevante*

3 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/zukunftszentrum-deutsche-einheit-halle-2165268>

*Forschung, Dialog und Begegnung sowie Kunst und Kultur einen Raum erhalten.*“<sup>4</sup>

Die Sammlungen des ZGA würden als eine Quellengruppe und lebendiger Nutzungsraum unseres Erachtens optimal dem Zweck des Zentrums entsprechen. Im Unterschied zu Kanzler Scholz merke ich jedoch an: Die mit dem Zukunftszentrum ins Zentrum gestellte Transformationsforschung wird zu berücksichtigen haben, dass sich die dafür heranreifenden Bedingungen sehr früh entwickelten und deren Abbildung kommt das hier angebotene Zeitgeschichtliche Archiv natürlich sehr entgegen.

Die Versuche, dem ZGA eine neue Heimat zu verschaffen, waren vielfältig und umfangreich. Kurt Metschies, vom Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., hatte daran gewichtigen Anteil.

Die mit unserem Bemühen verbundenen Erfahrungen, dieser inzwischen weltweit letzten großen Presseartikelsammlung zur deutschen Doppelgeschichte eine neue Zukunft zu ermöglichen, bestätigten den Wert des **Zeitgeschichtlichen Archivs (ZGA)**. Herr Altenhoener, der ständige Vertreter des Generaldirektors der Staatsbibliothek zu Berlin schrieb uns: *„Aus der Analyse heraus ist uns sehr deutlich geworden, welcher Wert in ihrer Sammlung steckt und wie wichtig insbesondere Erschließungsinformationen sind. Es ist uns wichtig, die Sicherung des hohen wissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Quellenwertes des Archivs zu unterstützen.“* Auch im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wären *„... die Bestände des ZGA aus Sicht der Zeithistorischen Forschung sicherlich eine spannende Ergänzung ...“* schrieb der Sammlungsdirektor, Herr Dr. Preißler. Entscheidend jedoch für die bisherigen Ablehnungen einer Übernahme des ZGA durch Stiftungen, Archive, Museen, Staats- und Universitätsbibliotheken ist einheitlich und Dr. Buchholz, der Leiter Archiv-Bibliothek-Dokumentation der Bundesstiftung Aufarbeitung, fasst es zusammen: *„Leider übersteigt allein der schiere Umfang der Sammlung unsere räumlichen und personellen Möglichkeiten.“* Auch Prof. Dr. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, sah keine Möglichkeit: *„Wir werden sogar nicht in der Lage sein, einen so großen Bestand auch nur vorübergehend im Bundesarchiv unterzubringen, da unsere Magazinreserven kaum für unsere eigenen Bedarfe ausreichen.“* Prof. Dr. Sabrow, damaliger Direktor des Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) e. V. hatte sich dort für das ZGA eingesetzt.

Fast drei Jahrzehnte gelang es dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk, einem gemeinnützigen Verein, die Presseartikelsammlungen als ZGA zu retten. Ihr Wert für Forschung ist im Fachpublikum unbestritten. An keiner Stelle tauchte bei den Partnern die Frage auf, ob ein Presseartikelarchiv für zeitgeschichtliche Forschung adäquate Quelle ist und in der Tat: Die Projekte unseres Zeitgeschichtlichen Archivs bewiesen es. Medienkritisches sowie historisches Wissen dabei vorausgesetzt!

---

4 Ebenda.

Bedauerlich jedoch die auch zu vernehmende Kunde: Leistungsbemessung an Nutzerzahlen, daran geknüpft scheinbare Sammlungswert-Beurteilungen, ohne jedoch ausreichend räumliche und arbeitskapazitative Bedingungen für wissenschaftliche Projektarbeit in den Beständen selbst zu schaffen.

Auch begegnete uns punktuell eine Art Digital-Glaube, vor allem als politische Meinung dergestalt vertreten, gebundene Zeitungsjahrgänge digitalisiert, würden auch historische, in thematischer Ordnung lektorierte Presseartikelsammlungen ersetzbar machen. Das dem bei historischen Sammlungen überhaupt nicht so ist, darauf geht der Startartikel unserer Webseite [www.zga-berlin.de](http://www.zga-berlin.de) ein. Er verallgemeinert vergleichende praktische Erfahrungen unserer ZGA-Nutzer.

Zu erwähnen sei abschließend eine für den Erhalt des ZGA begünstigende Bedingung: Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten warf immer mehr die Frage einer vergleichenden, gar die Geschichte beider deutscher Staaten in einem doppebiografischen Blick verbindende Geschichtsschreibung im Sinne von Christoph Kleßmanns „asymmetrisch verflochtenen deutschen Parallel- und Kontrastgeschichte“ auf, oder, wie sie neuerdings bei Udo Wengst/Hermann Wentker „asymmetrische Parallelgeschichte“ heißt.

*Harald Wachowitz*

Zurück

## **Ein Retter in Not. Im Osten Berlins kämpft ein einzigartiges Zeitungsarchiv ums Überleben**

Harald Wachowitz legt einen Schalter um und ein Lichtkegel nach dem anderen erleuchtet die leerstehende Industriehalle. Der 68-Jährige geht einen Säulengang entlang, schließt eine Stahltür auf und betritt seine Welt: meterlange Metallregale, gefüllt mit Ordnern und Boxen, ein Computer auf dem Tisch im Eingangsbereich. Es riecht nach altem Papier.

„Die Wände hier haben wir selbst reingebaut, eine Alarmanlage installiert und für alles gesorgt“, sagt Wachowitz. Millionen historischer Zeitungsartikel lagern im Zeitgeschichtlichen Archiv (ZGA), sie alle hat er mit seinem Verein, dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk (BBB), seit Anfang der Neunziger vor der Vernichtung gerettet. Hier in Marzahn lagern die wertvollen Schriftstücke seit 2004.

Der Archivchef erinnert sich zurück: „Bis Ende 2021 war hier noch volles Haus. Es kamen Studenten, Rentner – alles durchmischt.“ Heute stöbert hier außer Wa-



*Allein mit dem Lebenswerk: Harald Wachowitz in seinem Zeitgeschichtlichen Archiv  
(Foto: nd / Patrick Volknant).*

chowitz fast niemand mehr. Das ZGA hat für den Publikumsverkehr geschlossen und bangt um seine Existenz. Auf dem stillgelegten Industriegelände an der Märkischen Allee soll ein Neubau entstehen, ein zentraler Fundus für die Berliner Opernstiftung. Bis dahin muss Wachowitz einen neuen Träger finden. Gelingt es ihm nicht, ist er dazu verpflichtet, die historischen Dokumente selbst zu entsorgen. „Ich möchte nicht derjenige sein, der sein eigenes Lebenswerk vernichtet“, sagt Wachowitz, während er in einem Ordner blättert. Seine Suche läuft bereits seit über einem Jahr.

Dass es nicht irgendeine verstaubte Sammlung sei, die vor ihrem Ende bewahrt werden solle, erklärt Wachowitz immer wieder. Er spricht vom „doppelten Blick“, von einem Archiv, das wie kein zweites die deutsch-deutsche Geschichte abbilde. „Man findet hier nicht nur die frühere Perspektive vom Osten auf den Westen, sondern auch umgekehrt.“ Was den Umfang an Artikeln angehe, suche das Zeitgeschichtliche Archiv seinesgleichen: Das Haus der Geschichte in Bonn etwa kommt laut Wachowitz auf zwei Millionen Artikel. Im ZGA seien es mehr als 27 Millionen.

Allein 10 Millionen davon stammen aus dem 1971 gegründeten Institut für internationale Politik und Wirtschaft. Es forschte unter anderem zu Entwicklungen in der BRD und beriet die DDR-Führung in außenpolitischen Fragen. Aus Zeitungen in Ost und West sammelte es Presseartikel zu historischen Ereignissen. Ganz am Anfang des ZGA stehen allerdings die Hinterlassenschaften des Verlags „Neues Deutschland“, mit 140 unterschiedlichen Publikationsorganen das laut Wachowitz bedeutendste Pressearchiv der DDR. Zusammen mit dem BBB und zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bewahrte Wachowitz es 1994 vor der Vernichtung. „Das waren mehr als 100 Leute, Durchschnittsalter 75“, sagt er. „Wir haben alles gebündelt, zusammengeschnürt, verpackt.“ Dabei hatte sich das BBB eigentlich gegründet, um politische Bildung in Sachen Antifaschismus zu betreiben.

Heute findet sich im Marzahner Archiv alles nur Erdenkliche: von Exoten

wie dem „Kampfbruf“, die Wochenzeitung der Bereitschaftspolizei, über die Frauenzeitschrift „Für Dich“ bis hin zur „Wochenpost“, eine der auflagenstärksten Wochenzeitungen im Osten. „Vieles davon kennt man heute natürlich nicht mehr“, sagt Wachowitz. Doch das ZGA hat auch Bekannteres zu bieten: „Berliner Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“, „Welt“ und „Frankfurter Allgemeine“. Vom „Neuen Deutschland“ liegen sämtliche Ausgaben von 1946 bis 1992 in der Marzahner Industriehalle – genauso wie das historische Pressearchiv des „Tagespiegel“. „Mit der Zeit haben wir uns einen Namen gemacht als Retter in der Not“, sagt Wachowitz. „Die Verlage haben von ganz alleine angerufen, wenn sie nicht mehr wussten, wohin.“ Eine Anfrage vom Hauptstadtbüro des „Spiegel“ habe man sogar ablehnen müssen, das Archiv sei bereits aus allen Nähten geplatzt. Zugleich fand nicht nur Zeitungsmaterial seinen Weg nach Marzahn: Wachowitz erzählt von Originaltüren aus der früheren Haftanstalt in Rummelsburg, von einem historischen Wahlplakat aus dem 19. Jahrhundert und anderen Funden. „Man ist überrascht, was für Schätze hier schlummern.“

Besonders stolz ist Wachowitz auf das Sortierungssystem im ZGA, das im Laufe der Jahre aufgebaut wurde. „Man hat hier eine Erfassungstiefe, die es sonst nirgendwo gibt“, sagt er. In aufwändiger, händischer Arbeit habe man alles erfasst: Überschrift, Unterzeile, Inhalt, erwähnte Namen und Orte. Texte werden thematisch in Boxen und Ordner zusammengebracht, dann chronologisch sortiert. Rund neun Millionen Artikel sind per Online-Suche zu finden. Auf Wunsch wurden Artikel eingescannt und Kopien per Post verschickt.

Heute ist der Betreiberverein bereits Geschichte: Das BBB hat sich im November 2021 aufgelöst. Bis 2019 waren es Langzeitarbeitslose, die das ZGA am Leben hielten. Im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beschrifteten sie Ordner, sortierten Akten und digitalisierten. „Das sind keine Menschen, die in der Hängematte liegen, sondern die aus den verschiedensten Gründen keine Arbeit mehr finden“, sagt Wachowitz. Irgendwann aber seien die Bedingungen für solche Maßnahmen immer absurder geworden, zu oft habe das Personal wechseln müssen.

In seinem Kampf gegen das Vergessen fühlt sich der Archivchef weitestgehend im Stich gelassen. Auch wenn der historische Wert des ZGA von allen Seiten anerkannt wird, bleibt es bisher bei Solidaritätsbekundungen. „Wir haben nur Absagen bekommen. Immer wieder ging es um die Größe des Archivs, um Platz und Geld.“ Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linke) hatte sich 2021 für eine Übernahme durch die Staatsbibliothek ausgesprochen. Doch weder dort noch im Haus der Geschichte oder im Deutschen Historischen Museum in Berlin sieht man sich in der Lage, die Marzahner Sammlung unterzubringen.

Dankbar ist Wachowitz der ehemaligen Bezirksstadträtin für Kultur, Julia Witt (Linke): „Sie hat uns immer begleitet, hat dabei geholfen, die Stolpersteine zu be-

seitigen.“ Für einen Euro pro Quadratmeter konnte das ZGA in der Industriehalle unterkommen, die Nebenkosten wurden ihm erlassen. „Wir zahlen nur noch das Licht und den Computer“, sagt Wachowitz.

Der Archivchef rechnete bis zuletzt damit, dass der Abriss kurz bevorsteht. Anders habe er die Aussagen des Senats nicht deuten können. Auf Nachfrage von *nd* teilt die Senatsverwaltung für Kultur mit: „Wir sprechen in der Tat hier von einem Zeitraum von mehreren Jahren.“ Derzeit werde an einer Machbarkeitsstudie zum Grundstück gearbeitet, „Umzugsdruck“ gebe es vorerst nicht. Für Wachowitz ist es die beste Nachricht seit Langem: „Das bringt uns immerhin Zeit, weiter zu kämpfen.“ Er hofft, das Archiv in einer Halle des DDR-Museums Berlin unterzubringen. Sie muss allerdings erst noch gebaut werden.

*Patrick Volknant*

Nachdruck aus dem *nd*, 23. Januar 2023, S. 10.

Zurück

### Mitteilung der Redaktion

Der Vorstand des Förderkreises und die Redaktion der *Mitteilungen* freuen sich, den Leserinnen und Lesern mitteilen zu können, dass fast alle Ausgaben der *Mitteilungen* seit Heft 1 (März 1992) nun auch online verfügbar sind. Mit dem Link <http://archive.fabgab.de/mitteilungen-debatte/> gelangt man zur Hauptseite der *Mitteilungen* und kann dann die Hefte 1-49 mit dem Link <http://archive.fabgab.de/mitteilungen-archiv-2/> aufrufen.

Die Hefte 50-60 sind unter <http://archive.fabgab.de/mitteilungen-archiv-1/> zu finden.

Unser Dank gilt unserer Archivarin **Sylvia Gräfe** und unserem Webmaster **Ingo Müller**.

## Interview mit Thilo Scholle

Thilo Scholle hat sich als historischer Autor und Herausgeber einen Namen in der Landschaft der geschichtswissenschaftlichen Publizistik gemacht. Er ist gelernter Jurist und gleichzeitig im sozialwissenschaftlichen Metier beruflich beheimatet. Von seinen Schriften als Autor sind „Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied“ (Berlin 2017) und „Hugo Haase. Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie“ (Leipzig 2019), beide erschienen in den „Jüdischen Miniaturen“ bei Hentrich und Hentrich, sowie „Wessen Welt ist die Welt? Geschichte der Jusos“ zusammen mit Jan Schwarz<sup>1</sup> hervorzuheben. Thilo Scholle hat mehrfach für die *Mitteilungen* rezensiert und war auch bei der Gewinnung von Autoren behilflich. Dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Zeitschrift gehört er seit dessen Gründung im Mai 2019 an.

*Lieber Thilo, seit geraumer Zeit unterstützt Du die Arbeit unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen“ regelmäßig. Was hat Dich dazu bewogen, so dem Förderkreis hilfreich zur Seite zu stehen?*

Mir ist der Austausch zu Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung sehr wichtig – auch über manche unterschiedlichen politischen und persönlichen Hintergründe hinweg. Daher habe ich mich über die Anfrage sehr gefreut und gerne zugesagt.

*Wie kamst Du als Jurist zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu ihrer Historiografie?*

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung interessiere ich mich seit Beginn meines politischen Engagements bei den Jusos Ende der 1990er-Jahre. Mein Interesse an der allgemeinen Geschichte der Arbeiterbewegung hat sich dabei von Anfang an mit Fragen der politischen Theorie und der Ideengeschichte verbunden. Auch beim Blick etwa in die Geschichte der Jusos finde ich den Blick auf politische Debatten und die Frage, wie die jeweiligen Generationen die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse um sie herum interpretiert und analysiert haben (und welche politischen Schlüsse sie daraus gezogen haben) besonders spannend. Zudem kreuzte sich das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung während des Jura-Studiums auch mit dem Interesse an der jüngeren juristischen Zeitgeschichte und an den Biografien und dem Werdegang kritischer Juristen, etwa dem von Paul Levi. Paul Levi gehört zudem zu den ideellen Ahnen der Zeitschrift

<sup>1</sup> Bonn 2013, überarbeitete Neuauflage 2019.

für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), der ich seit Beginn meiner Zeit bei den Jusos eng verbunden bin. Eine weitere wichtige Schnittstelle bietet die Beschäftigung mit marxistisch orientierter Rechts- und Verfassungstheorie, wie sie sich beispielsweise in den Debatten im Austromarxismus in faszinierender Tiefe und mit bis heute anschlussfähigen Erkenntnissen ausgeprägt hat.

*Seit dem Mai 2019 gehörst Du dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was sollte der Beirat aus Deiner Sicht leisten? Welche konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorschläge hast Du dazu? Gibt es Vorschläge aus den vorausgegangenen Interviews, die Du besonders bekräftigen würdest?*

Ich denke, der Beirat kann sehr gut als einer von mehreren Resonanzböden zur Reflektion der Arbeit des Forums fungieren, insbesondere durch die vertretenen unterschiedlichen Perspektiven auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Interessant finde ich beispielsweise die Idee eines jährlichen Treffens in Präsenz – auch wenn das aufgrund der ehrenamtlichen Struktur natürlich nicht immer und von allen so einfach zu realisieren ist.

*Mit Blick auf die letzten beiden Hefte der „Mitteilungen“, also Heft 61 und 62: Wie lautet Deine Blattkritik?*

Die *Mitteilungen* sind ein sehr interessantes und gut lesbares Blatt. Natürlich doppelten sich manche Beiträge mit den Themen anderer Zeitschriften, etwa von *Arbeit – Bewegung – Geschichte*. Insgesamt finde ich aber, dass die Zeitschrift dabei ist, ein schönes eigenes Profil zu entwickeln. Interessant könnte zum Beispiel sein, die Rubrik der Werkstattberichte zu laufenden oder abgeschlossenen Forschungsvorhaben noch auszubauen. Interessant fände ich auch, mehr darüber zu erfahren, welche Themen und Inhalte aus dem breiten Spektrum der Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung aktuell in universitären Abschlussarbeiten oder anderen studentischen Projekten eine Rolle spielen, gerne auch mit Vorstellung der entsprechenden Arbeiten.

*Du bist ja in Nordrhein-Westfalen am Rande des Ruhrgebiets aufgewachsen. Wo siehst Du aus diesem Erfahrungshorizont historische und sozialwissenschaftliche Potenziale, die die „Mitteilungen“ aufnehmen sollten, also typische Formen und Stätten der Erinnerung an die Arbeiterbewegung?*

Mit Blick auf die Geschichte des Ruhrgebiets finde ich die Verbindung der Geschichte von Arbeit und technologischer Entwicklung besonders interessant. Ich finde, hier lässt sich ein (auch für sich schon sehr spannender) allgemeiner Blick

auf die Geschichte der Arbeiterbewegung gut mit einem Blick auf die Geschichte der Arbeitsgesellschaft verbinden. Interessant finde ich darüber hinaus die Arbeits- und Arbeiter:innengeschichte der Migration ins Ruhrgebiet. Für die *Mitteilungen* ergeben sich meiner Ansicht nach hier sowohl vielfältige inhaltliche Anschlüsse, aber auch die Möglichkeit der Vorstellung der großen Zahl an arbeitsgeschichtlichen Erinnerungsorten. Ich persönlich finde beispielsweise die Entwicklungen der letzten Jahre rund um das Gelände der Zeche Zollverein in Essen mit dem neuen Ruhrmuseum hoch interessant. Gerade die industriegeschichtlichen Erinnerungsorte sind dabei aber auch nicht frei von einer gewissen Ambivalenz: So war etwa mein ehemaliger Chef Guntram Schneider, damals Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW und zuvor lange Jahre Gewerkschafter und DGB-Landesvorsitzender, immer sehr zurückhaltend, solche Orte zu besuchen. Für ihn war es nicht nur positiv, wenn zuvor der Arbeit von teils tausenden Menschen dienende Maschinenhallen und Werksgelände nun zu schön hergerichteten Kultur- und Veranstaltungszentren mit einigen wenigen Beschäftigten entwickelt wurden.

*Du hast ja über Hugo Haase und Paul Levi publiziert, aber auch über Repräsentanten der linken Sozialdemokratie. Was ist das ganz besondere an ihnen, das Dich fasziniert? Weshalb sind einige darunter beinahe vergessen worden, denken wir an Franz Lepinski oder Fritz Sternberg?*

Sowohl bei Hugo Haase wie auch bei Paul Levi faszinieren die Vielzahl an reflektierten Wortmeldungen und politischen Stellungnahmen. Obwohl beide keine wirklichen Monografien oder auch nur längere zusammenhängende theoretische Ausarbeitungen hinterlassen haben, ist deutlich, dass beide versucht haben, ihr politisches Handeln vor dem Hintergrund grundlegender theoretischer Erwägungen zu entwickeln und zu erklären. Biografisch für mich interessant ist natürlich außerdem, dass beide Juristen mit auch ganz praktischen Tätigkeiten als Anwalt waren. Beide verbindet – auf unterschiedliche Art natürlich – dass sie versucht haben, sich in ihrer politischen Arbeit inhaltlich treu zu bleiben, zugleich aber auch in der Lage waren, sich unter Beachtung neuer Umstände auch neu zu orientieren – und das ohne die eigene Vergangenheit zu ignorieren oder im Nachhinein herabzuwürdigen.

Mit Blick auf das Vergessen kommen sicherlich mehrere Faktoren zusammen: Das schon angesprochene Fehlen größerer theoretischer Werke machte beide für eine Wiederentdeckung im Rahmen der Neuauflagen der Theoriedebatten der Zwischenkriegszeit in der westdeutschen Studierendenbewegung der 1960er-Jahre uninteressant. Für die Geschichtsschreibung in der Tradition des Marxismus-Leninismus waren beide zudem als politische Akteure kaum zu akzeptieren: Haases

Orientierung auf das marxistische Zentrum der Vorkriegssozialdemokratien und als maßgeblicher Akteur der „rechten“ USPD rief hier heftige Ablehnung hervor, Levis kritische Auseinandersetzungen mit den Entwicklungen in der Sowjetunion sowie dem Weimarer Parteikommunismus ließen sich gleichfalls schlecht in die eigene Perspektive einbauen. Zu Paul Levi erschien Ende der 1960er-Jahre immerhin in der Europäischen Verlagsanstalt in Frankfurt am Main ein Sammelband mit Texten, zudem diente er linken Jusos im Umfeld der oben schon genannten „spw“ als politischer Bezugspunkt. Das Erinnern an beide überlebte die Jahrzehnte so eher in den Nischen westdeutscher linkssozialdemokratischer Geschichtsschreibung.

In eine ähnliche Kategorie gehören in der Tat die bereits angesprochenen Franz Lepinski und Fritz Sternberg, aber auch Personen wie etwa Georg Engelbert Graf und Otto Jenssen, zu denen meiner Kenntnis nach bis heute kaum größere biografische Arbeiten vorliegen, die aber zu ihrer Zeit hoch interessant politisch-intellektuelle Akteure waren. Zu Sternberg ist es ja Dank des großen persönlichen Engagements von Helga Grebing zuletzt immerhin gelungen, einen Sammelband mit Texten sowie mit inhaltlich-biografischen Arbeiten zu veröffentlichen<sup>2</sup>, zu dem ich auch einen Text beisteuern durfte.

*Welche Erwartungen hast Du an eine künftige Forschung über die DDR-Geschichte? Welche Rolle sollte dabei die SAPMO einnehmen?*

Interessant finde ich beispielsweise die Frage, wie weit entgegen der partei- und regierungsoffiziellen Ablehnung auch Autorinnen und Autoren des westlichen Auslandes rezipiert und zumindest im Hintergrund in eigene Analysen eingebunden wurden? Beispielsweise in Fragen der ökonomischen und politischen Theorie, aber auch im Rahmen der Geschichtsschreibung? Wie weit ging der Raum etwa für ernsthafte und unvoreingenommene Diskussion über von der Parteilinie abweichende Positionen zumindest im kleinen Kreis? Wie weit ging der politisch-intellektuelle Bezugsraum der Akteure in Staats- und Parteiführung, an welchen Stellen lassen sich neben eher simplen Kämpfen um Macht im Apparat auch grundlegende politisch-analytische Differenzen ausmachen und wie und auf welche Weise wurden diese ausgetragen?

*Zur Zukunft der Arbeit von Historikerinnen und Historikern: Was wird sich ändern an ihrer Arbeitsweise, zum Beispiel im Archiv oder in der Bibliothek?*

Ein naheliegendes Stichwort ist sicherlich das der Digitalisierung von Schrifttum,

---

2 Helga Grebing / Klaus-Jürgen Scherer, Hrsg.: Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist Fritz Sternberg. Paderborn 2017.

das in der Tat vieles ändern wird. Dies betrifft beispielsweise die Möglichkeit, Bücher und Zeitschriften online einzusehen. Hier ist vieles noch längst nicht digitalisiert, und die Hoffnung, zu allen spannenden Texten in Zukunft noch preisgünstige Reprints oder Neuauflagen für die heimische Bücherwand zu bekommen, erscheint ja doch eher illusorisch. Für ideengeschichtliche Arbeiten wäre daher beispielsweise die Perspektive, online Zugriff auf alle größeren Zeitungen, Zeitschriften oder auch Broschüren aus der langen Geschichte der Arbeiterbewegung zu bekommen, hoch interessant. Die stetig besser werdenden automatischen Übersetzungsprogramme könnten hier die Möglichkeiten zudem auch geografisch noch deutlich erweitern.

*Wir bedanken uns für den anregenden Austausch!*

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze.

Zurück



## ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropolis Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) • einschl. Porto • Bestellungen an den Metropolis Verlag: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de)

[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de) • [www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)

## Der Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961

### Ein Schlüsseldokument an der Schwelle zum Mauerbau

Walter Ulbricht schickte am 4. August 1961 einen Brief an Nikita Chruschtschow mit einer Information über die Ursachen für die besonderen Schwierigkeiten in der Wirtschaft der DDR.<sup>1</sup> Es ging vor allem darum zu zeigen, woran es lag, dass der Produktionszuwachs bedeutend hinter den Ziffern des Siebenjahrplans zurückblieb. Die Information in einem Umfang von 10 Seiten ist sehr aufschlussreich. Ulbricht ging es darum, Chruschtschow davon zu überzeugen, dass der, Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre, unerträglich gewordene Flüchtlingsstrom in den Westen unterbunden werden muss. Nichts wird darüber gesagt, auf welchem Wege dies geschehen soll. Nur so viel wird an Hand der angeführten Fakten deutlich vor Augen geführt, dass schnell gehandelt werden musste. Die DDR konnte aus eigener Kraft keinen Ausweg aus der schier verfahrenen Lage mehr finden. Wenn nicht gehandelt würde, sei der wirtschaftliche Kollaps unvermeidbar. Der Brief wurde am 4. August 1961 Nikita Chruschtschow offenbar in Moskau übermittelt. Vom 3. bis 5. August weilte Ulbricht in Moskau. Er nahm an der Beratung der Ersten Sekretäre des ZK der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Vertrages teil, zu der auch Vertreter der Bruderparteien der sozialistischen Länder Asiens eingeladen waren. Offiziell hieß es, dass Fragen erörtert würden, die mit der Vorbereitung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Regelung der Westberlinfrage stehen. Noch vor der Beratung trafen Chruschtschow und Ulbricht zusammen. Es kam zu einer Verstimmung, weil Nikita Chruschtschow von der ins Auge gefassten Lufttransportsperrung im Zusammenhang mit dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages mit der DDR „vorerst“ Abstand nahm und stattdessen eine Abriegelung Westberlins (eine Mauer!) ins Auge fasste.<sup>2</sup> Obwohl Walter Ulbricht auf Unterbindung des unerträglich gewordenen Flüchtlingsstroms drängte, was er mit dem Brief vom 4. August nachdrücklich unterstrich, war er gegen die hermetische Schließung der Sektorengrenzen. Ulbricht hielt Chruschtschows Vorschlag „für ein denkbar ungeeignetes Mittel, das für das innen- und außenpolitische Prestige der DDR äußerst abträglich sei und seine Bemühungen um internationale Anerkennung zurückwerfe“.<sup>3</sup>

---

1 Eberhard Aurich sei dafür gedankt, dass er auf diesen Brief aufmerksam machte.

2 Vgl. Siegfried Prokop: Der 13. August 1961 – Eine Nachreichung zum 60. Jahrestag, in: BzG 4/2021, S. 79-84.

3 Der Spiegel, Hamburg, 19.11.1961.

Ulbricht war bis dahin davon ausgegangen, dass Chruschtschows Ankündigung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR im Memorandum nach den erfolglosen Gesprächen im Juni 1961 mit John F. Kennedy in Wien das gemeinsam verfolgte Ziel sei. Mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen für Düsenpassagierflugzeuge (1959-1961) waren seitens der DDR Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Hinzukam der Ausbau des Rostocker Hafens zum Hochseehafen und die Schließung des Eisenbahnaußenrings um Berlin. Am 28. Juni hatten das Post- und das Verkehrsministerium eine Anordnung erlassen, dass alle Flugzeuge, die in die DDR einfliegen oder ausfliegen, ab 1. August des Jahres die Radiosicherungsbehörden der DDR zu informieren und nur deren Frequenzen zu nutzen haben.<sup>4</sup> Belegt ist auch, dass die Pläne für einen separaten Friedensvertrag mit der DDR eine Luftblockade einkalkulierten und dass die UdSSR schon Spezialtruppen aufgestellt hatte, die den Luftraum der DDR verletzende Flugzeuge zur Landung zwingen konnten.<sup>5</sup>

Am 4. Juli 1961 hatte der Botschafter Michail G. Perwuchin an Außenminister Andrej A. Gromyko geschrieben, dass der Flüchtlingsstrom auf zweierlei Weise Einhalt geboten werden könne: „Man könne entweder eine wirksame Kontrolle des Verkehrs der deutschen Bevölkerung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik in allen Verkehrsmitteln, einschließlich des Luftverkehrs, einführen oder die Sektorengrenzen in Berlin schließen.“<sup>6</sup> Ulbricht hatte sich schon frühzeitig auf die Luft-Kontroll-Variante festgelegt. Auf der internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 erklärte Walter Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Doherr von der „Frankfurter Rundschau“ zutreffend, dass er nicht die Absicht habe, eine Mauer zu errichten. Ulbrichts Kurs auf einen separaten Friedensvertrag entsprach der Beschluss des Magistrats von Groß-Berlin, der bestimmte, dass alle DDR-Bürger, die einer Beschäftigung in Westberlin nachgehen, registriert werden. Ab 1. August 1961 seien die Miete oder Pacht für Grundstücke, die Abgaben für Strom, Gas und Wasser in DM West zu zahlen.<sup>7</sup>

Am 3. August stellte Chruschtschow Ulbricht vor die vollendete Tatsache, die er später dem Botschafter Hans Kroll als seine alleinige Entscheidung plausibel zu machen versuchte, die Entscheidung über den Bau der Mauer mitten durch Berlin.<sup>8</sup> Zähneknirschend schluckte schließlich Ulbricht diese Entscheidung, weil er ohne die UdSSR keinen Ausweg aus der Existenzkrise der DDR fand. Eine schlüssige Erklärung hat vermutlich Ulbricht zeitnah von Chruschtschow nicht erhalten, weil die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR die höchste

4 Vgl. Archiv der Gegenwart 1931-1998. CD. Sankt Augustin 1999, Nr. 09189.

5 Vgl. Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. Berlin 2011, S. 305.

6 Zit. nach: Hope M. Harrison, a.a.O., S. 304.

7 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III. Berlin 1967, S. 734.

8 Vgl. Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln/Berlin 1967, S. 512.

Geheimhaltungsstufe hatten. Die „Notfallplanung für Berlin“ unter dem Codewort „LIVE OAK“ steht auch heute noch nicht der Forschung zur Verfügung. Dem CDU-Vorsitzenden Gerald Götting berichtete Ulbricht während einer gemeinsamen Autofahrt im August 1961 über die näheren Umstände, wie es zur Entscheidung über den 13. August gekommen war: „Und das ihm die Hände gebunden seien, öffentlich die Sachlage zu erklären, warum er im Juni 1961 die Aussage ‚Niemand hat die Absicht ...‘ gemacht hatte: Weil er fest mit dem Abschluss eines Friedensvertrages rechnete, der ihm von Chruschtschow versprochen worden war. Nach dem 13. August 1961 stand er nun als Lügner da, was aber nicht der historischen Wahrheit entsprach.“<sup>9</sup>

Die Fakten belegen schlüssig, dass bis Ende Juli 1961 eine andere Variante der Konfliktbewältigung in und um Berlin verfolgt wurde, als in der darauffolgenden Zeit bis zum 13. August 1961.<sup>10</sup> Das Umschalten von der einen auf die andere Variante wird vom Zeitgeist vollkommen ausgeblendet. Ist es ein Zufall, dass in diesem Zusammenhang ein äußerst wichtiger Fakt unerwähnt gelassen wird? Franz-Josef Strauß hatte in seinen „Erinnerungen“ wissen lassen, dass im Falle einer Luftsperrung der Abwurf einer Atombombe auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz in der DDR vorgesehen war.<sup>11</sup> Ein von Kennedys Sonderbotschafter John J. McCloy am 26. Juli 1961 Nikita Chruschtschow in seiner Sommerresidenz in Pizunda überbrachte Note spielte für das Umschalten von der einen auf die andere Variante wohl die entscheidende Rolle.<sup>12</sup> Chruschtschow sagte zu Botschafter Hans Kroll später, dass die Lufttransportsperre nicht verwirklicht werden konnte, weil sie „uns in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht“<sup>13</sup> hätte. Mit anderen Worten, die für die Deutschen wesentlich bessere Variante, den Flughafen Schönefeld zum Flughafen für alle Berliner zu machen und keine Mauer zu bauen, wurde von den USA blockiert. Die Sowjetunion musste die moralische Selbstbeschädigung des Sozialismus durch den Mauerbau in Kauf nehmen, wenn sie das Desaster einer zusammenbrechenden DDR vermeiden wollte. Der Westen nahm den Mauerbau hin, weil es ihm auf diese Selbstbeschädigung ankam.

---

9 Peter Joachim Lapp: Gerald Götting - CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie. Aachen 2011, S. 70.

10 Am 18. Juli 1961 hatte das Politbüro einen Maßnahme-Plan in Vorbereitung des 90. Geburtstages von Karl Liebknecht am 13. August 1961 beschlossen. Das Papier sah am 14. August eine Kundgebung auf dem Potsdamer Platz vor. In der Außerordentlichen Beratung des Politbüros vom 7. August 1961 wurde dieser Beschluss aufgehoben. Daraus lässt sich ableiten, dass am 18. Juli noch keine Entscheidung für die Grenzschießung am 13. August vorhanden gewesen sein kann. Diese existierte aber ganz gewiss am 7. August. Vgl. SAPMO-BArch DY 30 JIV 2/2/ 777, Bl. 57 und 781, Bl. 3.

11 Vgl. Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 388.

12 Vgl. Rolf Steiniger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963. München 2001. S. 229 f.

13 Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters, a.a.O., S. 512.

In dem Brief Ulbrichts an Chruschtschow vom 4. August 1961 sind maßgebliche Fakten aufgeführt, die verdeutlichen, wie außerordentlich ernst die Lage im Sommer 1961 geworden war. Andererseits fällt auf, dass wesentliche Ereignisse unerwähnt blieben:

- Der Beschluss des SED-Politbüros über die Einstellung des Flugzeugbaus vom 28. Februar 1961.<sup>14</sup> Die UdSSR, die ursprünglich 100 Flugzeuge vom Typ 152/II geordert hatte, nahm davon Abstand, nachdem diesem Flugzeug wegen Problemen an der Tankanlage die Flugzulassung am 1. November 1960 entzogen worden war. Am 4. März 1959 war ein Flugzeug „B 152“ bei einem Probeflug abgestürzt.<sup>15</sup> Der Flugzeugbau erwies sich als Fehlinvestition in beträchtlicher Größenordnung.
- Die Vorverlegung des Abschlusses der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft vom Jahre 1965 (Siebenjahrplan) auf das Jahr 1960 („Sozialistischer Frühling“) mit dem Ergebnis, dass die landwirtschaftliche Bruttoproduktion erheblich zurückging und die Industrie nach zweistelligen Wachstumsraten Ende der 50er-Jahre, Anfang der 60er-Jahre zunächst zwei Jahre stagnierte.
- Die überstürzte Einführung der polytechnischen Bildung im Schulwesen, was dazu führte, dass schon Anfang der 60er-Jahre 80 Prozent von zwei Altersjährgängen für die Produktion nicht zur Verfügung standen, was die ohnehin prekäre Arbeitskräftesituation enorm verschärfte.

Dass diese Fakten im Schreiben „vergessen“ wurden, ist wohl kein Zufall. Weder die Sünden des Briefschreibers noch die des Briefempfängers dürften in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben.

*Siegfried Prokop*

### **Abschrift des Anschreibens Ulbrichts**

An den  
Ersten Sekretär des  
Zentralkomitees der KPdSU  
Genossen N. S. Chruschtschow  
4. August 1961

Teurer Genosse Nikita Sergejewitsch!

---

14 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/JIV 22/752, Bl. 28 ff.

15 Vgl. Information Nr. 69/59 – Bericht über den Absturz des Versuchsflugzeuges „B 152“ am 4. März 1959, in: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1959. Herausgegeben von Daniela Münkler. Göttingen 2022, S. 128 f.

Sie hatten die Frage gestellt, was sind die Ursachen für die besonderen Schwierigkeiten in der Wirtschaft der DDR und die Senkung des Produktionszuwachses bedeutend unter die Ziffern des Siebenjahrplanes.

In der Anlage übermittle ich Ihnen ein Informationsmaterial, in dem im wesentlichen diese Frage beantwortet wird.

Mit kommunistischem Gruß

W. Ulbricht

### **Anlage** **Information über die Ursachen der** **wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR**

Der V. Parteitag der SED hat die grundlegenden Ziele des Siebenjahrplanes beschlossen und die Aufgabe gestellt, Westdeutschland durch eine schnelle Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Ausschöpfung aller volkswirtschaftlichen Reserven auf ökonomischen Gebiet, insbesondere was den Lebensstandard betrifft, im wesentlichen einzuholen.

Die Frage, wieso die DDR in ökonomische Schwierigkeiten gekommen ist und in den Jahren 1960 und 1961 bedeutend unter den Ziffern des Siebenjahrplanes bleibt, erklärt sich aus folgendem:

- a) Die Deutsche Demokratische Republik wurde als Staat gebildet, der fast über keine Grundstoffindustrie verfügte. Während des Zweijahrplanes und des ersten Fünfjahrplanes bis 1955 wurden noch bedeutende Reparationen geleistet. Besonders ab 1955 mußten wir im Interesse der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung den Export auf fast allen Gebieten, besonders aber aus dem Maschinenbau so steigern, daß für die notwendige Rekonstruktion der Industrie fast keine Mittel und Ausrüstungen zur Verfügung standen. Das hatte weiter zur Folge, daß die Entwicklung der Grundstoffindustrie nur langsam voran ging.
- b) Da wir im Umfang der Produktion nach das zweite Industrieland im sozialistischen Lager sind, das aber noch mit der Wirtschaft Westdeutschlands verbunden war, brachte die Erhöhung der Lieferung von Ausrüstungen an die sozialistischen Länder eine Erhöhung des Imports aus Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern mit sich. Auch daraus resultiert, daß wenige Mittel für die Entwicklung der eigenen Grundstoffindustrie zu Verfügung standen.
- c) Infolge der offenen Grenzen gegenüber Westdeutschland, das uns in bezug

auf das industrielle Niveau in vielen Produktionszweigen und in bezug auf den Lebensstandard der Bevölkerung überlegen ist, konnten wir manche ökonomischen Gesetze nicht einhalten.

Wir haben besonders in den letzten Jahren sehr große Verluste an hochqualifizierten Arbeitskräften durch die Abwerbung der westdeutschen Monopole zu verzeichnen. Diese Tatsache und die ungenügenden Möglichkeiten zur Mechanisierung und Automatisierung hatten unmittelbaren Einfluß auf das Entwicklungstempo der Produktion.

d) Bedingt durch die Spaltung Berlins und Deutschlands mußten wir große Investitionen durchführen, die ökonomisch gesehen nicht wirtschaftlich sind; z. B. den Bau des Berliner Außenringes der Eisenbahn und des nordwestlich Berlins verlaufenden Umgehungskanals für die Schifffahrt, den Aufbau der Großkokerei auf Braunkohlenbasis in Lauchhammer und andere.

e) Im Interesse der Belieferung der sozialistischen Länder mit schweren Ausrüstungen wurden 25 neue Schwermaschinenbaubetriebe gebaut. Darunter Schiffswerften für den Hochseeschiffbau.

Unter den schwierigsten Bedingungen wurde die Wismut AG aufgebaut, der damals größte Betrieb der DDR.

In letzter Zeit mußten wir einen neuen großen Überseehafen bauen, um unabhängig zu werden von westdeutschen Häfen, besonders Hamburg. Durch Mobilisierung der Werktätigen unter Führung der Partei und die Hilfe der Sowjetunion haben wir in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 und im Jahre 1959 große ökonomische Erfolge erzielt und den ökonomischen Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert.

Die Industrieproduktion stieg 1958 um 10,5 % und 1959 um mehr als 12 %. Das auf dem V. Parteitag festgelegte Wachstumstempo der Produktion wurde damit erreicht und teilweise übertroffen.

Die Arbeitsproduktivität stieg je Produktionsarbeiter 1958 um 10 % und 1959 um 11 %. Zum Zeitpunkt des V. Parteitages bestand ein noch beträchtlicher Rückstand gegenüber Westdeutschland hinsichtlich der Produktion pro Kopf der Beschäftigten und im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten Konsumgütern. Zu diesem Zeitpunkt aber zeigten sich krisenhafte Erscheinungen in der Wirtschaft Westdeutschlands und der meisten kapitalistischen Länder. Die westdeutsche Wirtschaft verzeichnete 1958 mit nur 3 % das niedrigste Wachstumstempo der Industrieproduktion seit Kriegsende. Die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland stieg. Die Abwerbung von Arbeitskräften ging 1958 und 1959 zurück. Unter diesen Bedingungen hat sich 1958 und 1959 der Abstand gegenüber Westdeutschland auch im Lebensstandard verringert.

Wir haben bedeutende Fortschritte in der Produktion von industriellen Kon-

sumgütern erreicht. Die Produktion von Fernsehgeräten stieg 1957-1959 um 166 %, von Kühlschränken um 247 %, von Motorrollern um 88 %, von Personenkraftwagen um 50 %. Die gesamte Bereitstellung von Waren an die Bevölkerung stieg 1959 um 33,8 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr. (1960 gegenüber 1959 um 2,8 Mrd. DM; 1961 gegenüber 1960 geplant 2,1 Mrd. DM, was aber nicht erreicht wird.)

Zu den Erfolgen der DDR in den Jahren 1958 und 1959 trug wesentlich bei, daß der Import von Rohstoffen und anderen Waren insbesondere aus der UdSSR sehr stark erhöht werden konnte. So stieg der Import insgesamt im Jahre 1959 um 1,3 Mrd. VDM = 18,6 %, darunter aus der Sowjetunion 1,0 Mrd. VDM = 32,5 %.

Das ermöglichte in diesen Jahren die bessere Ausnutzung unserer Produktionskapazitäten und die Beseitigung eines Teils der Disproportionen.

Unser Walzstahl-Import stieg 1958 um 224 Tt = 24 % und 1959 um 156 Tt = 14 %. Das war die Voraussetzung für eine sehr starke Erhöhung der Produktion der metallverarbeitenden Industrie sowohl für die Deckung des Eigenbedarfs der Volkswirtschaft und der Bevölkerung als auch des Exports. Die Produktion der metallverarbeitenden Industrie stieg 1958 um 2,6 Mrd. DM = 15 % und 1959 um 3,5 Mrd. DM = 19 %.

*Das hohe Entwicklungstempo der Volkswirtschaft konnte 1960 und 1961 nicht in dem Maße fortgesetzt werden, wie in den vorangegangenen beiden Jahren. Welche Ursachen gibt es für diese Entwicklung?*

1. 1959 und in verstärktem Maße 1960 setzte in Westdeutschland eine neue wirtschaftliche Hochkonjunktur ein. Bei den bestehenden offenen Grenzen wirkte sich das unmittelbar auf unsere politische und ökonomische Lage aus. Die Industrieproduktion Westdeutschlands stieg im Jahre 1959 um 7 % an und erreichte 1960 eine Produktionssteigerung von 11 %. Gleichlaufend damit stieg auch der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung wieder erheblich.

In zunehmendem Maße trat ein Mangel an Arbeitskräften in Westdeutschland auf. Gegenwärtig gibt es in Westdeutschland praktisch keine Arbeitslosigkeit, dagegen mehr als 500.000 offene Arbeitsstellen. Es erfolgte eine immer stärkere Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR, darunter im zunehmenden Maße die Abwerbung von Produktionsarbeitern und technischer und wissenschaftlicher Intelligenz. Die Abwerbung war bereits 1958 stark zurückgegangen und hatte 1959 den tiefsten Stand seit Bestehen der DDR erreicht.

1960 dagegen verließen wieder 200.000 Personen die Republik; 1961 sind es bis Ende Juli 130.000 Personen.

Die Abwerbung führte dazu, daß erstmalig 1960 die Gesamtzahl der Beschäf-

tigten in der Volkswirtschaft der DDR und insbesondere in vielen entscheidenden Betrieben der Industrie absolut zurückging. Der Arbeitskräftemangel verschärfte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1961 und führte zur Nichterfüllung der Pläne in vielen Schlüsselbetrieben. Besonders kraß treten diese Probleme in Berlin, dem Zentrum der elektrotechnischen Industrie auf.

Nach grober Berechnung führt der Verlust an Arbeitskräften durch Abwerbung zu einem Produktionsausfall allein in der Industrie in den Jahren 1960 und 1961 von 2,5 - 3 Mrd. DM. Der Arbeitskräftemangel ruft neue Disproportionen hervor. Viele volkswirtschaftlich entscheidende Bauvorhaben weisen durch Arbeitskräftemangel Rückstände auf. Auf den Arbeitskräftemangel sind auch ein Teil der Komplikationen in der Versorgung der Bevölkerung zurückzuführen.

2. Ab Anfang 1960 traten größere Komplikationen in der Versorgung unserer Wirtschaft mit Roh- und Hilfsstoffen und Komplettierungsteilen auf. Sie behindern erheblich die Produktion und führen in vielen Betrieben zu Produktionsstockungen und unkontinuierlicher Arbeit. Diese Probleme in der Rohstoffversorgung haben im wesentlichen folgende Ursachen:

a) Die westdeutschen militaristischen Kreise haben ab 1960 durch eine gezielte Störtätigkeit in zunehmendem Maße versucht, unsere ökonomische Entwicklung zu sabotieren. Bereits von Beginn des Jahres 1960 an wurde die Lieferung insbesondere in Engpaßsortimenten bei Walzstahl verzögert. Im September erfolgte durch die Bonner Regierung die Kündigung des Handelsabkommens mit Westdeutschland. Der Handel mit Westdeutschland ging 1960 um 10 % zurück.

b) Aber auch die Beschaffung wichtiger Rohstoffe und Waren aus sozialistischen Ländern stieß 1960 auf zunehmende Schwierigkeiten.

Es zeigte sich, daß durch die Wirtschaftsvereinbarungen 1960-65 zwischen der UdSSR und der DDR und zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern *grundlegende Fragen der Rohstoffversorgung der DDR im Siebenjahrplan nicht gelöst werden konnten.*

Durch langfristige Vereinbarungen wurde zwar der wesentliche Teil der benötigten Grundstoffe festgelegt und vereinbart, jedoch nicht entsprechend dem spezifischen Bedarf unserer Volkswirtschaft sowie nicht nach dem notwendigen Sortiment, das jedoch die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung darstellt.

Das charakteristische Problem in diesem Zusammenhang bestand und be-

steht in der sortimentsgerechten Versorgung mit Walzstahl. Die Sowjetunion deckte unseren Bedarf an groben Sorten. Bei Rohren, Zieh- und Tiefziehblechen, Walzdraht und feinem Stabstahl, Transformatoren und Dynamoblechen sowie bestimmten Edelfstählen blieben wir in sehr starkem Maße vom Import aus kapitalistischen Ländern und Westdeutschland abhängig.

Die Beschaffung einer Vielzahl anderer Rohstoffe, insbesondere von Rohstoffen für die Konsumgüterproduktion, darunter Wolle, Holz, Zellulose, von Chemierohstoffen für die Film- und Farbenindustrie, an Baumwollgarnen, Häuten usw. war nicht vollständig gelöst.

Bei all diesen Erzeugnissen mußten wir zusätzliche Importe aus dem kapitalistischen Ausland durchführen, um die Produktion zu sichern. *Charakteristisch für das Jahr 1960 ist die Tatsache, daß der Import aus kapitalistischen Ländern (ohne Westdeutschland) um etwa 30 % anstieg, während er aus sozialistischen Ländern nur um etwa 3 % anwuchs.* Diese Tatsache führte zu großen Spannungen in der Zahlungsbilanz sowie zu Unsicherheiten und Schwierigkeiten in der Materialversorgung einer bedeutenden Anzahl wichtiger Betriebe, insbesondere des Maschinenbaus.

Die zusätzlichen Bezüge aus kapitalistischen Ländern konnten 1960 nicht durch Exporte der DDR gedeckt werden. Es entstand eine bedeutende Verschuldung gegenüber dem kapitalistischen Ausland.

Der Passivsaldo Ende 1960 mit dem kapitalistischen Weltmarkt betrug etwa 550 Mio VDM. Dabei mußten 1960 bei kapitalistischen Banken kurzfristige Kredite (Akzeptkredite) in Höhe von 215 Mio VDM aufgenommen werden. Außerdem sind die Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäft durch die volle Ausschöpfung der Zahlungsziele von 110 Mio VDM auf 220 Mio VDM angestiegen.

*Das Anwachsen hoher Schulden gegenüber kapitalistischen Ländern im Jahre 1960 führte dazu, daß wir 1961 den Import aus kapitalistischen Ländern absolut verringern mußten,* was sich durch Verringerung der Rohstoffbezüge auf die Produktionshöhe auswirkt. Zur Zeit (30.6.1961) beträgt unsere Verschuldung gegenüber Westdeutschland 210 Mio Valuta-DM. Diese Lage wird noch dadurch verschärft, daß wir per 31.7.1961 bestehende Verbindlichkeiten in Höhe von 80 Mio Valuta-DM nicht zum Fälligkeitstermin begleichen konnten.

Die Bonner Regierung hat uns ein Ultimatum gestellt, daß, wenn wir nicht bis zum 15.8. in bar, das heißt in freien Devisen bezahlen, keine Ausfuhrgenehmigungen für weitere Lieferungen erteilt werden.

Gegenüber anderen kapitalistischen Ländern haben wir per 30.6.1961 Schulden in Höhe von 196 Mio Valuta-DM.

Ende des Jahres 1961 werden wir gegenüber dem ganzen kapitalistischen

Wirtschaftsgebiet eine Verschuldung in Höhe von rund 420 Mio Valuta-DM haben. Davon wird die Verschuldung in frei konvertierbarer Währung 240 Mio Valuta-DM betragen, wovon wir wir 70 Mio Valuta-DM mit Jahresende in freier Währung abdecken müssen (ohne Westdeutschland). Für die Abdeckung dieser Verpflichtungen haben wir heute noch keine Sicherung.

In dem Handelsvertrag mit Westdeutschland ist festgelegt, daß wenn der volle Ausgleich durch entsprechende Warenlieferungen der DDR nicht erfolgt, bis spätestens Mitte 1962 der Ausgleich durch Barzahlung, das heißt in freien Devisen vorgenommen werden muß.

Aus dieser hohen kurzfristigen Verschuldung der DDR gegenüber den kapitalistischen Ländern ergibt sich gegenüber einzelnen wichtigen kapitalistischen Ländern teilweise ein Zustand der Zahlungsunfähigkeit, der auch zu Verteuerungen unserer Importe führt und die Kreditwürdigkeit der DDR in Frage stellt.

Dadurch ist die DDR auch nicht in der Lage, die Preisschwankungen des internationalen Marktes zu ihren Gunsten auszunutzen, sondern sie erleidet eine Reihe zusätzlicher finanzieller Verluste.

c) Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die hohe Verschuldung gegenüber kapitalistischen Ländern ist zu einem bedeutenden Teil auch dadurch entstanden, daß wir Materialien in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern kaufen mußten, um unsere hohen Anlagen- und Maschinenexporte an die sozialistischen Länder durchzuführen.

Für den Aufbau der Braunkohlenindustrie und der Ölleitung haben wir der Volksrepublik Polen Kredite für 694 Mio Valuta-DM gegeben. Für die Entwicklung der Zellstoffindustrie kreditierten wir der Rumänischen Volksrepublik 130 Mio Valuta-DM und für verschiedene Industrieobjekte der Bulgarischen Volksrepublik 65 Mio Valuta-DM und der Albanischen Volksrepublik 80 Mio Valuta-DM.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die volksdemokratischen Länder uns in unseren außerordentlichen Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz gegenüber kapitalistischen Ländern durch zusätzliche Lieferungen von entscheidenden Rohstoffen und durch Unterstützung in kapitalistischer Valuta Hilfe leisten. Soweit wir für die Durchführung unserer Maschinenexporte an volksdemokratische Länder auf die Zulieferung von Materialien oder Komplettierungsteilen aus kapitalistischen Ländern angewiesen sind, müssen diese Teile von den volksdemokratischen Ländern selbst beschafft oder finanziert werden. Wir führen große Lieferungen von Ausrüstungen, komplette Anlagen und anderen Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie an die volksdemokratischen Länder durch. An die CSSR lieferten wir in den letzten

Jahren jährlich für rund 415 bis 420 Mio Valuta-DM Maschinenbauerzeugnisse, an die Volksrepublik Polen für 330 bis 360 Mio Valuta-DM.

Dagegen lieferte uns die CSSR im Jahre 1959 nur rund 41.000 t Walzstahl und im Jahre 1960 79.000 t. Auch die Lieferzusage für 1961 in Höhe von rund 80.000 t steht noch in absolut keinem Verhältnis zu den von uns durchgeführten Maschinenlieferungen. Für die Maschinenlieferungen der DDR an die CSSR müssen in weit höherem Maße Engpaßmaterialien aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet importiert werden, als dies für die Maschinenlieferungen der CSSR an die DDR der Fall ist, um so mehr, als die CSSR über eine eigene Walzmaterialerzeugung von 4,8 Mio t verfügt.

Die Volksrepublik Polen liefert faktisch überhaupt keinen Walzstahl an die DDR, obwohl sie über ein Eigenaufkommen von 4,4 Mio t verfügt. Es findet nur ein Sortenaustausch zwischen unseren Ländern in geringem Umfang statt und einige wenige Zulieferungen der Volksrepublik Polen für die Erzeugung der von uns zu liefernden Kohlegroßgeräte (20.000 t 1960). Aus diesen Gründen mußte die DDR im Jahre 1960 über 4.000.000 t Walzstahl im Werte von über 450 Mio Valuta-DM in kapitalistischen Ländern, besonders in Westdeutschland, einkaufen, was wesentlich zu der hohen Verschuldung gegenüber diesen Ländern führte.

Durch die hohen Maschinenlieferungen der DDR an die sozialistischen Länder ist der Maschinenexport der DDR an kapitalistische Länder begrenzt und z. B. niedriger als der der CSSR.

Ohne eine wesentliche Erhöhung der Lieferung von Walzstahl, vor allem der Defizitsortimente, auch aus den volksdemokratischen Ländern, kann die DDR ihre Aufgaben nicht lösen und ihre Maschinenexporte an die volksdemokratischen Länder nicht sichern.

In der Mitte des Jahres 1961 hatte die DDR gegenüber einigen volksdemokratischen Ländern einen bedeutenden Aktiv-Saldo, gegenüber Bulgarien z. B. von 150 Mio Valuta-DM. Auch gegenüber der CSSR und Ungarn bestehen gewisse Aktiv-Salden. Zur Lösung ihrer Aufgaben benötigt die DDR jedoch eine finanzielle Hilfe auch der volksdemokratischen Länder noch in diesem Jahr.

d) In eine komplizierte Lage ist die DDR auch durch den großen Rückgang der Importe aus der Volksrepublik China gekommen. Der Außenhandelsumsatz von 1.021 Mio Valuta-DM im Jahre 1960 geht auf 341 Mio Valuta-DM im Jahre 1961 zurück. Zur Zeit hat die DDR ein Aktiv-Saldo gegenüber der chinesischen Volksrepublik von ca. 120 Mio Valuta-DM. Außerordentlich einschneidend ist der Ausfall der chinesischen Lieferungen von Sojabohnen und Pflanzenöl sowie anderen landwirtschaftlichen Produkten, Textilroh-

stoffen und anderen Industrie-Erzeugnissen. 1961 muß dieser Lieferausfall zum Teil durch zusätzliche Importe aus kapitalistischen Ländern ausgeglichen werden.

e) Die Prinzipien der Preisberechnung im sozialistischen Lager führen zu einer gewissen Benachteiligung für die DDR. Die Festlegung stabiler Preise bewirkte, daß bei den Importpositionen der DDR (Rohstoffe, Halbfabrikate und landwirtschaftliche Produkte) in vielen Fällen Preise berechnet werden, die zum Teil stark über den Weltmarktpreisen liegen. Bei den Exporterzeugnissen der DDR (Fertigerzeugnissen) wird jedoch in vielen Fällen der Weltmarktpreis durch die DDR nicht realisiert.

Eine Ausarbeitung einer Spezialistengruppe der DDR weist darauf hin, daß die DDR insbesondere überhöhte Preise zahlen muß, für eine Reihe von Walzmaterialien, bei Steinkohle und Steinkohlenkoks, bei bestimmten Erzeugnissen des Bergbaus sowie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den sozialistischen Ländern, dabei auch bei Getreide. Dies gilt auch für einige industrielle Erzeugnisse wie Fernsehgeräte, Selbstentladekipper, Grauguß, Bleiakumulatoren und einige Gewebe.

Die Spezialistengruppe errechnete, daß durch überhöhte Importpreise, saldiert mit entsprechenden Differenzen bei Exportpreisen, der DDR im Jahre 1961 mindestens ein Preisverlust von 200 Mio Valuta-DM entsteht.

3. Der verstärkte Mangel an Arbeitskräften wirkte sich um so schärfer auf unsere Lage aus, da das technische Niveau, der Grad der Mechanisierung und Erneuerung unserer Produktionsanlagen gegenüber Westdeutschland noch weit zurück ist.

Die Investitionen waren in Westdeutschland bis 1954 pro Kopf der Bevölkerung doppelt so hoch als bei uns. Auch in den folgenden Jahren bis zu diesem Jahr liegen sie noch erheblich höher als unsere Investitionen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl hätten wir in den letzten 10 Jahren für 50 Mrd. DM mehr investieren müssen, als wir tatsächlich investiert haben, um das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau der Investitionen zu erreichen. Die DDR hat als Arbeiter- und Bauern-Staat die Wiedergutmachung für ganz Deutschland geleistet, um einen Teil der durch den Hitler-Faschismus in den sozialistischen Ländern angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Westdeutschland erhielt bereits bis 1950 bedeutende Kredite. Das verschaffte Westdeutschland neben den erheblich günstigeren Ausgangsbedingungen einen schnelleren Start und bedeutenden Vorsprung in der Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen und damit auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität sowie des Lebensstandards.

Der Rückstand gegenüber Westdeutschland bei bestehenden offenen Grenzen

zwang uns in jeder Phase unserer ökonomischen Entwicklung, ein Maximum des Bestandes der volkswirtschaftlichen Ressourcen für die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung einzusetzen.

Die jeweils zur Verfügung stehenden Mittel konnten nicht in erster Linie für die Erweiterung und Erneuerung der industriellen Produktionsbasis eingesetzt werden.

*Einfach gesagt heißt das, die offenen Grenzen zwangen uns, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es unseren volkswirtschaftlichen Kräften entsprach.*

Es traten große Schwierigkeiten bei der materiellen Sicherung der großen Investitionsvorhaben, besonders der Grundstoffindustrie auf.

Bereits 1959 wurde trotz des über dem Siebenjahrplan liegenden Gesamtentwicklungstempo der Volkswirtschaft der Investitionsplan um etwa 500 Mio DM nicht erfüllt.

Im Jahre 1960 betrug die Nichterfüllung 1,4 Mrd. DM. Das hat ernste Auswirkungen besonders auf die Inbetriebnahme von Kapazitäten in der Grundstoffindustrie, aber auch auf wichtigen Gebieten des Maschinenbaus und der Leichtindustrie.

In fast allen Bereichen der Volkswirtschaft sind entscheidende den Produktionsumfang und den technischen Zustand der Zweige bestimmende neue Vorhaben in ihrer Fertigstellung verzögert bzw. nicht planmäßig begonnen worden.

4. Die offenen Grenzen, die Hochkonjunktur in Westdeutschland und der Mangel an Arbeitskräften führte auch dazu, daß wir das im Plan festgelegte Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes nicht einhalten konnten. Die Lohnfonds wurden in den letzten drei Jahren außerplanmäßig um 1,3 Mrd. DM überschritten.

Die offenen Grenzen und der Einfluß der Verbraucher-Ideologie aus Westberlin und Westdeutschland hinderten uns, konsequent die notwendig gewordenen Korrekturen bei bestimmten Preisen, aber insbesondere die Korrekturen irrealer Arbeitsnormen und die Beseitigung von Disproportionen im Lohngefüge durchzuführen.

An die Lösung solcher politisch-ökonomischen Fragen konnte in allen volkdemokratischen Ländern unter den Bedingungen ihrer geschlossenen Grenzen anders herangegangen werden, als dies unter unseren politischen Bedingungen möglich war.

Die ganze Lage, bedingt durch die offene Grenze, hinderte uns, herangereifte Probleme zur Beseitigung von Disproportionen im Lohngefüge und zur besseren Durchsetzung eines richtigen Verhältnisses zwischen Lohn und Leistung herbeizuführen.

Dadurch verstärkte sich das Mißverhältnis zwischen der echten Kaufkraft und den zur Verfügung stehenden Waren.

Die Geldeinkünfte der gesamten Bevölkerung steigen von 56,7 Mrd. DM im Jahre 1958 auf voraussichtlich 67,3 Mrd. DM im Jahre 1961. Das ist eine Steigerung von 10,6 Mrd. DM = 18,7 %. Pro Kopf der Bevölkerung erhöhten sich die Geldeinnahmen in diesen drei Jahren von 3.270 DM auf 3.910 DM = 19,5 %. Besonders stark steigen auch die Einkünfte der Mittelschichten an.

Die vollgenossenschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft erforderte die Bereitstellung finanzieller Mittel und Warenfonds für die Landbevölkerung, die außerplanmäßig aufgebracht werden mußten.

5. Im Frühjahr 1960 erfolgte der Zusammenschluß aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Das erforderte die Einleitung einer Reihe zusätzlicher Maßnahmen zur Sicherung und Unterstützung der vollgenossenschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft. Es wurden zusätzlich Betriebe der metallverarbeitenden Industrie auf die Produktion von Landmaschinen umgestellt. Das führte infolge der notwendigen Bereitstellung zusätzlicher materieller Fonds und durch die außerplanmäßige starke Erhöhung der Kaufkraft zu bedeutenden zusätzlichen Belastungen der Volkswirtschaft.

Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik für die Entwicklung der Landwirtschaft besonders in den letzten Jahren sehr viel getan. Die großen Anstrengungen und notwendige Hilfe, besonders seitens der Industrie für die Landwirtschaft waren erforderlich, und, wie die Entwicklung der Marktproduktion beweist, völlig richtig. Obwohl der sehr hoch angesetzte Plan der Marktproduktion in einigen Teilen nicht ganz erreicht wurde, ist doch eine wesentliche Steigerung der Marktproduktion auch in der Zeit der vollen Vergenossenschaftlichung trotz ungünstiger Witterungsbedingungen in den Jahren 1960 und 1961 gelungen (siehe Ziffern in der Rede des Genossen Walter Ulbricht am 3.8.1961). Selbstverständlich hatten wir ähnliche Schwierigkeiten beim Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft wie andere volksdemokratische Länder. Man darf jedoch nicht übersehen, daß bei uns manches viel komplizierter ist im Unterschied zu anderen Volksdemokratien, weil wir viele Groß- und Mittelbauern in die LPG übernommen haben. Ein nicht geringer Teil dieser Mittelbauern waren frühere Nazis und ihre Umerziehung ist nur schrittweise möglich. Ein schwieriges Problem bestand auch darin, daß sich der Nahrungsmittelverbrauch der Bevölkerung schneller als im Siebenjahrplan vorgesehen war, besonders bei Fleisch und Butter, erhöhte.

Wir waren gezwungen, 1960 und 1961 bedeutend mehr Lebensmittel und Futtermittel zu importieren, als im Siebenjahrplan vorgesehen war. Die Gesamtsumme der zusätzlichen Lebensmittel- und Futtermittelimporte von Ende 1959 bis Ende 1961 beträgt mehr als 600 Mio Valuta-DM. Das zwang uns, andere notwendige Importe, insbesondere von industriellen Rohstoffen und Ausrüstungen,

gegenüber dem Siebenjahrplan zu kürzen, was sich auf die Entwicklung der Industrieproduktion negativ auswirkte.

6. Große Anstrengungen waren notwendig und große materielle und finanzielle Mittel mußten aufgebracht werden für den Wiederaufbau der zerstörten Stadtzentren. Das betrifft besonders Berlin, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und andere Städte.

Sowjetische Genossen weisen uns immer wieder darauf hin, daß in Westberlin Hochhäuser gebaut werden und es bei uns dagegen nur langsam voran geht. Das erklärt sich daraus, daß wir zunächst typisierte Wohnungen in größerer Zahl bauen mußten, da diese billiger sind als die Bauten in den Zentren der Städte. Nur dadurch konnten wir einen Teil der bestehenden Wohnraumschwierigkeiten der Bevölkerung mildern.

Es ist ein großer politischer Verlust für uns, daß im Gegensatz zu Westberlin das Zentrum der Hauptstadt, vor allem der zentrale Platz, erst in Jahren vollständig aufgebaut sein wird.

7. Bei der in den ersten Jahren des Siebenjahrplanes vorhandenen Anspannung aller Kräfte und Möglichkeiten und dem Fehlen von Reserven mußte jede zusätzliche Aufgabe die bereits im Siebenjahrplan formulierte und berechnete Zielsetzung beeinflussen und deren Verwirklichung verzögern. Andererseits zeigt die Erfahrung nicht nur in der DDR, daß in einem mehrjährigen Plan nicht alle Probleme und Notwendigkeiten, die das Leben im Verlauf seiner Durchführung stellt, vorausgesehen und allseitig berücksichtigt werden können.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat sich mehrmals sehr gründlich mit diesen Fragenkomplexen beschäftigt und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die der besseren Ausnutzung der eigenen Kräfte und Ressourcen dienen. Die frühere Staatliche Plankommission hat zugelassen, daß nicht genügend auf die Lösung der Hauptprobleme konzentriert wurde, daß die politischen Bedingungen oft nicht zum Ausgangspunkt bestimmter ökonomischer Maßnahmen gemacht wurden. Die herangereiften Probleme wurden oft nicht rechtzeitig zur Entscheidung gestellt, so daß zur Klärung grundsätzlicher Fragen, die das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft der DDR betreffen, zu viel Zeit verloren ging.

Die Leitung der ehemaligen Staatlichen Plankommission hatte nicht verstanden, daß sie entsprechend den politischen Bedingungen und dem erreichten Niveau in der Entwicklung der Volkswirtschaft auch die Planung, besonders die Bilanzierung verändern und bessere, mit dem Leben verbundene wissenschaftliche Planungsmethoden anwenden muß. Das 12. Plenum des Zentralkomitees hat sich sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt.

Zur rascheren Veränderung dieser Lage und aufgrund der herangereiften neuen

Erkenntnisse in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, hat das Politbüro vor einiger Zeit beschlossen, eine Staatliche Plankommission, die sich im wesentlichen mit den Fragen der perspektivischen Entwicklung beschäftigt, und einen Volkswirtschaftsrat, der verantwortlich ist für die Durchführung des Jahresplanes, zu bilden.

Beide Organe haben bereits ihre Arbeit aufgenommen und es sind in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen beschlossen, die sichern sollen, daß künftig die Leitung der Volkswirtschaft viel straffer und verantwortungsbewußter als bisher durch den Ministerrat erfolgt.

### Schlußbemerkungen

Die geschilderten Schwierigkeiten haben zu einer Verringerung des Entwicklungstempos der Industrieproduktion geführt. Die Industrieproduktion stieg 1959 um 12 Prozent, 1960 um 8,3 Prozent und wird 1961 voraussichtlich um maximal 6,5 Prozent ansteigen.

Bei dem durch die Staatliche Plankommission ausgearbeiteten ersten Planprojekt für das Jahr 1962 wird eine mögliche Steigerung von 5,2 Prozent ausgewiesen. Das wäre die geringste Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion seit 1955. Bei diesem Planprojekt wird davon ausgegangen, daß noch Waren in Höhe von 600 Mio Valuta-DM 1962 aus Westdeutschland bezogen werden können, darunter sind allein für 250 Mio. Valuta-DM Spezialsortimente verschiedener Walzstahlqualitäten. Dabei handelt es sich um solche Sortimente und Qualitäten, die nur in geringem Umfang durch die Sowjetunion und andere Staaten des sozialistischen Lagers bereitgestellt werden können. Außerdem sind die Volksrepublik Polen und die CSSR vorläufig nicht bereit, bei diesen Materialien, die in diesen Ländern erzeugt werden und anstelle der westdeutschen Erzeugnisse bei uns verarbeitet werden könnten, zusätzliche Lieferungen für die DDR zu tätigen. Bei Wegfall der Lieferungen aus dem Handel mit Westdeutschland und der nicht möglichen anderweitigen Beschaffung dieser Spezialstähle und anderer spezifischer Materialien wäre 1962 überhaupt kein Produktionszuwachs möglich und außerdem ein Rückgang des Lebensstandards unausbleiblich. Das erklärt sich daraus, daß bisher die besonderen Spezialmaterialien und Komplettierungsteile aus Westdeutschland in fast allen Produktionszweigen der DDR verwendet wurden.

Die hauptsächlichsten Gründe für die eingetretenen ökonomischen Schwierigkeiten und der Verringerung des geplanten Entwicklungstempos sind:

1. die Auswirkungen durch die offenen Grenzen;
2. die ungenügende Rohstoffversorgung für eine Reihe von Industriezweigen sowie die bisher geringen Möglichkeiten zur Beschaffung von Ausrüstungen aus den

sozialistischen Ländern;

3. die Durchführung bedeutender Investitionen, die sich aus der Spaltung Deutschlands notwendig machten;

4. die Verschuldung der DDR gegenüber den kapitalistischen Ländern;

5. die Kosten für die zur Unabhängigkeitsmachung notwendigen Umstellungen in der Volkswirtschaft;

6. das zu langsame Tempo beim Aufbau der Teile der Grundstoffindustrie, die die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung für die DDR sind, besonders solcher Produkte, die wir aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern ungenügend oder gar nicht erhalten können. Das bezieht sich unter anderem auf die metallurgischen Erzeugnisse der zweiten und dritten Verarbeitungsstufe sowie eine Reihe von Grundchemikalien;

7. der außerordentlich große Arbeitskräftemangel in allen Zweigen der Volkswirtschaft;

8. die ungenügende ökonomische Kraft zur Einführung hochproduktiver Verfahren, der breiten Durchführung der Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung. Das bezieht sich auf die Dienstleistungen gegenüber der Bevölkerung (maschinelle Ausrüstungen);

9. der hohe Konsum der Bevölkerung und die nicht ausreichende Grundstoffindustrie zwingen uns, mehr Maschinen und Ausrüstungen zu exportieren, als entsprechend unseren Bedingungen zulässig wäre. So macht der Export an Maschinenbauerzeugnissen fast 60 Prozent am Gesamtexport der DDR aus. Dadurch konnten in den vergangenen Jahren viele hochproduktive Maschinen und Ausrüstungen nicht für die dringend notwendige Rekonstruktion der Industrie unserer Republik eingesetzt werden.

Quelle: SAPMO-BArch DY 30/3709

Zurück

#### **Kurzinfo zur BzG 1/2023 (März)**

Die neue BzG veröffentlicht Beiträge von Walter Schmidt zum 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49 (68 S.), von Stefan Bollinger zur Einordnung des 30. Januar 1933 (13 S.), von Ulrich Busch zum Kommunismus als globales Zukunftskonzept, alternative Utopie oder überwundene Realität (20 S.), von Siegfried Prokop zum Ulbricht-Brief an Chruschtschow vom 4. 8. 1961 (24 S.) und von Andreas Heyer zu den kulturpolitischen Stellungnahmen gegen Nietzsche in der Sowjetischen Besatzungszone (30 S.), sowie Christian Stappenbecks Debattenbeitrag zu Siegfried Prokops Buch über die „Ulbricht-Ära“ (6 S.) und Jürgen Hofmanns Bericht über die letzte ITH-Tagung (2 S.). Der Preis ist 16 Euro zzgl. Porto. Bestellung beim trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist (Finkenstr. 8, 12621 Berlin; Tel.: (030) 61299418; E-Mail: info@trafoberlin.de) sowie über jede Buchhandlung.

---

## Berichte

### **Die 52. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (Zürich, 14. - 17. September 2022)**

Erstmals seit 2019 konnte wieder eine Jahreskonferenz der „International Association of Labour History Institutions“ (IALHI) physisch stattfinden. Nachdem die (ursprünglich jeweils zur Austragung in Zürich geplanten) Tagungen 2020 und 2021 online über Zoom abgehalten werden mussten, fand die 52. Jahrestagung 2022 organisiert vom Schweizerischen Sozialarchiv nach 1972, 1988 und 2006 zum vierten Mal in Zürich statt. Als ein Novum war die Konferenz 2022 hybrid: Neben den rund 35 in Zürich anwesenden Delegierten nahm zusätzlich mehr als ein Dutzend Personen online teil. Die Referent:innen stammten aus Argentinien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Mexiko, den Niederlanden, Rumänien und der Schweiz.

Die General Assembly wurde von der IALHI-Vorsitzenden Anja Kruke (Friedrich-Ebert-Stiftung) geleitet. Einleitend gab sie einen Rückblick über die Aktivitäten der vergangenen Zeit unter den Bedingungen der Pandemie und wies auf die Herausforderungen an Gedächtnisinstitutionen durch den Gebrauch pseudohistorischer Argumente in der aktuellen Kriegspropaganda und die akute Bedrohung von Kulturgut durch die Kriegshandlungen in Osteuropa hin. Der IALHI-Board hatte in einer Stellungnahme vom 14. März 2022 den Überfall auf die Ukraine scharf verurteilt und zur Beendigung dieses und weiterer aktueller Kriege aufgerufen. Ebenso verurteilte die Stellungnahme die Ende 2021 durch die Behörden der Russländischen Föderation erlassene Zwangsauflösung des IALHI-Mitglieds „Memorial“.<sup>1</sup> Die 1989 gegründete Menschenrechtsorganisation „Memorial“ hat sich vor allem um die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus verdient gemacht. Just am dritten Tag der IALHI-Konferenz traf die Nachricht neuer Repressionen des Putin-Regimes gegen „Memorial“ und seine führenden Mitglieder Elena Zhemkova und Boris Belenkin ein. Die Konferenz bekräftigte daraufhin einstimmig die Stellungnahme des IALHI-Boards vom Frühjahr und gab ihrer grossen Besorgnis über die anhaltende Repression gegen „Memorial“ Ausdruck. Die Mitgliedschaft der IALHI blieb im vergangenen Jahr stabil. Weiterhin gehören ihr 107 Institutionen aus allen Kontinenten an. Veränderungen gab es im IALHI-Board: Altershalber traten die langjährigen Board-Mitglieder Geert van Goethem (AMSAB Gent) und Andrew Lee (New York University) zurück. An ihrer Stelle wurden neu Jesper Jørgensen (Arbejdermuseet Kopenhagen)

---

1 IALHI condemns unreservedly the Russian invasion of Ukraine: Statement of IALHI's Board, 14 March 2022. URL: <https://socialhistoryportal.org/news/articles/311033>.

und Alvin Finkel (Alberta Labour History Institute) in den Board gewählt, der weiterhin aus zehn Mitgliedern besteht.

Das Konferenzprogramm war vielfältig. Aus Anlass des bevorstehenden 50-Jahre-Jubiläums der „European Trade Union Confederation“ (ETUC), die heute 102 Gewerkschaftsverbände mit insgesamt 45 Millionen Mitgliedern umfasst, widmete sich ein Round Table verschiedenen Formen von Public History zu Gewerkschaftsgeschichte. Nach einem Einführungsreferat von Sigfrido Ramírez Pérez (Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main), dem die Koordination der Public-History-Aktivitäten im Zusammenhang mit dem ETUC-Jubiläum obliegt, informierten Christian Koller (Schweizerisches Sozialarchiv), Anja Kruke, Geert van Goethem und Eric de Ruijter (Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam) über jüngere gewerkschaftshistorische Forschungs- und Vermittlungsprojekte in der Schweiz, Deutschland, Belgien und den Niederlanden.

Zwei Workshops befassten sich mit speziellen Herausforderungen der digitalen Ära: Die von Fabian Würtz (Schweizerisches Sozialarchiv) koordinierte „IALHI Working Group Digital Collections“ diskutierte über „Quality Control in Digital Archiving“, während Lucas Poy (Internationales Institut für Sozialgeschichte) einen Workshop zu Erfahrungen und „Best Practices“ beim Gebrauch von Social Media durch IALHI-Institutionen leitete. Auch in der traditionellen Sektion von Präsentationen über aktuelle Projekte einzelner Institutionen dominierten einmal mehr Themen der Retrodigitalisierung analoger Dokumente und Metadaten sowie der Archivierung, Erschließung und Analyse genuin digitalen Kulturguts.

Der thematische Teil der Konferenz befasste sich dieses Jahr mit „The struggle against right-wing populist/radical and extreme right-wing movements“. Christian Koller skizzierte in einem Keynote-Referat die Entwicklung der äußeren Rechten in der Schweiz vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, stellte Bestände dazu in den verschiedenen Abteilungen des Sozialarchivs vor und wies auf spezielle Punkte und Herausforderungen bei der Erwerbung, Metadatierung und Zugänglichmachung solcher Bestände hin. Dokumente von Personen und Organisationen der äußeren Rechten befinden sich aufgrund eines entsprechenden aktiven Bestandsaufbaus in der Bibliothek und Sachdokumentation, während sie in der Archivabteilung im Wesentlichen auf zwei Wegen in die Sammlung gelangen: Durch das Angebot solcher Personen und Organisationen selber oder durch die Übernahme von Archiven antifaschistischer und antirassistischer Organisationen, Journalist:innen und Aktivist:innen, die im Sinne einer „Feindbeobachtung“ umfangreiche Aktensammlungen angelegt haben, welche teilweise offensichtlich auch auf dem Einsatz von „Maulwürfen“ beruhen. Referate zu ähnlichen Beständen in La Contemporaine (Paris), dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) sowie den Archives cantonales vaudoises (Lausanne) zeigten starke

Parallelen zu den Befunden aus dem Sozialarchiv. Weitere Referate befassten sich mit der Entwicklung der äußeren Rechten und/oder dem Kampf gegen sie in unterschiedlichen Zeitabschnitten in Großbritannien, Argentinien, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Israel. In der Diskussion zeigte sich dabei, dass die systematische Sammlung der Archive und Publikationen rechtsradikaler Organisationen nach 1945 in den meisten Ländern ein institutionelles Desiderat darstellt. Eine Stadtführung über den Dadaismus rundete die Konferenz ab. Die 53. IALHI-Jahrestagung wird 2023 in Buenos Aires stattfinden.

*Christian Koller, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich*

Zurück

## **„Politische Arbeit in Zeiten der Katastrophen“. Bericht von der 57. ITH-Konferenz vom 22. - 24. September 2022 in Linz**

Zum 57. Mal seit 1964 mittlerweile trafen sich internationale Historiker\*innen und Sozialwissenschaftler\*innen, um der Leitfrage nachzugehen, wie historische und moderne Gesellschaften auf Desaster reagieren, die aus Epidemien, technischen und umweltlichen Katastrophen entstehen, welche oft auf den Folgen menschlichen Handelns beruhen: „Keine Katastrophe ist eine reine Naturkatastrophe. Eine Katastrophe findet in einem natürlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext statt, der letztlich die Auswirkungen der Katastrophe bestimmt“, heißt es im Vorbereitungstext auf die Konferenz. Doch zunächst hielt der scheidende Generalsekretär Rolf Bauer den Rechenschafts- und Finanzbericht. Er gab einen Überblick über die stabilisierte finanzielle Lage der ITH, über die gängigen Aufgaben des Vorstands und über die Verleihung des Herbert Steiner-Preises 2021. Nachdem Lukas Neissl die Zustimmung der Revisoren dargelegt hatte, erfolgte die Entlastung des Vorstands.

Es folgte die Neuwahl des Präsidiums der ITH. Die scheidende Präsidentin Susan Zimmermann gab nach acht Jahren ihr Amt ab. Die Generalversammlung wählte Therese Garstenauer (Wien) zur neuen Präsidentin. Die bisherigen Vizepräsidenten Marcel van der Linden und David Mayer wurden bestätigt. Zum neuen Generalsekretär und Kassier wählte die Generalversammlung Laurin Blecha, als Revisoren amtierend weiterhin bis 2024 Lukas Neissl und Alexander Prenninger. Susan Zimmermann wurde in das Präsidium als Beisitzerin nachgewählt. Den scheidenden Amtstägern sprachen Präsidium und Versammlung ihren herzlichen Dank für ihre Arbeit, die die ITH für neue Herausforderungen gestärkt habe, aus. Im Anschluss erläuterte die frisch gewählte Präsidentin Therese Garstenauer den Call for Papers für das Jahr 2023 und die weiteren thematischen Planungen für

die Folgejahre. Im Jahr 2023 wird die 58. ITH-Konferenz vom 7. bis 9. September in Linz unter dem Leitthema „Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und ökonomische Umbrüche vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart“ stattfinden, aber auch für Vergleichsbetrachtungen vorheriger Perioden geöffnet werden.

Auf die Generalversammlung folgte die Eröffnung der eigentlichen ITH-Konferenz, vorgenommen von Therese Garstener, die noch einmal deren Struktur erläuterte. Im Auftrag des Vorstandes der Arbeiterkammer Oberösterreich begrüßte Gerhard Bremm die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und wies zugleich auf die vielfältigen Aufgaben der Arbeiterkammern zugunsten der abhängig Beschäftigten im Kontext der gegenwärtigen Krisen hin.

Dass sich die ITH in einer Phase des Umbruchs und der Neuausrichtung befindet, dokumentierte die anschließende Podiumsdebatte, moderiert von Susan Zimmermann. Einig waren sich Podium und Auditorium bei den Fragen der notwendigen Vernetzung der ITH mit anderen, auch global operierenden Organisationen der Labour History, der Verjüngung der Formen und Inhalte der Konferenzgestaltung und des stärkeren Rückbezugs auf die abhängig Beschäftigten und deren Organisationen selbst, um Wissenstransfer zu ermöglichen und politisches Handeln zu unterstützen. Die ITH habe sich, so der Konsens des Podiums, dem neben Therese Garstener noch David Schlauß, Marcel van der Linden und der Simultanübersetzer Günther Brenner angehörten, in der Feststellung, dass sich die ITH von einem streitbaren Forum über die Grenzen des Kalten Krieges hinweg zu einer Plattform entwickelt habe, die zunehmend die Eurozentrierung der wissenschaftlichen Betrachtung zugunsten einer globalen Perspektive zu wechseln begonnen habe. Zu erwähnen ist, dass rückblickend mehrfach lobend der Name unseres Gründungsvorsitzenden Henryk Skrzypczak genannt wurde. Wie immer klang der Abend mit einem Essen auf Einladung der Stadt Linz gesellig aus.

Den Eröffnungsvortrag hielt am 23.9. Luisa Acciari (London), die über „Sorgearbeit als Akt des Widerstandes in Zeiten der Krise“ am Beispiel lateinamerikanischer Bewegungen referierte. Für den Feminismus, so ihre Eingangsfeststellung, ist das Coronavirus eine Katastrophe. Durch es wurde Armut weiter feminisiert, vor allem die Frauen, die den überwältigenden Anteil an den Pflegetätigkeiten einnehmen, würden prekariert, von Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Möglichkeit der Organisierung ferngehalten bzw. herausgedrängt, ihrer Einkommen und der Rückkehrchancen in den Beruf beraubt. Dies gelte vor allem für häusliche Arbeitskräfte. Auf ca. 65 Mio. weltweit würde ihre Anzahl geschätzt, davon 90 % Frauen, 75 % informell beschäftigt, 18 % migrantisch. In Lateinamerika beträgt ihr Anteil ca. 18 Mio., darunter 93 % Frauen. In fast 49 % der von Corona betroffenen Haushalte (Stichprobe) wären die Sorgearbeiterinnen entlassen worden, 13,8 % hätten bezahlte Quarantäne bekommen, 23,1 % hätten weiterarbeiten müssen, 14,2 % hätten Einkommenverluste hinnehmen müssen.

Überdies sei ein hoher Grad an Verstößen gegen elementare Regeln des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes (Wohnzwang, unbezahlte Mehrarbeit, Gewalt, Zwangstestungen auf Covid) festzustellen. Die medizinischen Folgen dieser verschärften Lage wären vor allem Bluthochdruck, Übergewicht und Depressionen gewesen, so Acciari.

Andersherum seien jedoch die Sorgearbeiterinnen als die in der Krise am besten organisierten Arbeitskräfte in Erscheinung getreten und hätten mit vielfältigen Aktionen für ihre Rechte gekämpft, vor allem über die Kommunikation über die sozialen Medienplattformen, so dass die Gewerkschaften sich immer mehr ihrer angenommen und sie unterstützt hätten. Es wäre zielführend, so das Fazit von Louisa Acciari, dem auch das Plenum zustimmte, diese spontan entstandenen und mit vielfältigen Aktionen aufgetretenen Bewegungen sehr genau zu betrachten, da sie, oft mit positivem Ausgang, neue Bedürfnisse formuliert und durch phantasiervolle Aktionen und Mobilisierungen in die Öffentlichkeit getragen hätten. So wäre es doch sinnvoll, eine gute Idee von Silke Neunsinger, wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder aus diesen Bereichen auch mit kostenfreien Phone- und Webaccounts ausstatten würden, so dass sie sich aus der häuslichen Abgeschlossenheit heraus trotzdem effektiv vernetzen könnten. Die folgenden Panels können hier nur kursorisch vorgestellt werden. Rolf Bauer moderierte das Panel I „Epidemiologische Katastrophen“. Daniel Curtis (Rotterdam) stellte am Beispiel der Pestwelle von 1347-1352 und der Epidemie von 1652 die Reichtumsveränderungen vor. Entgegen neuerer Annahmen seien zwar während der Epidemien die sozialen Ungleichheiten etwas gedämpft worden, um danach erst recht den Reichtum zu konzentrieren. Es sei recht selten, so sein Fazit, dass es stabile Ökonomien und massenhaft gefährdete Menschen gleichzeitig gegeben habe. Ihm folgte David Arnold (Warwick), Pionier der historischen Katastrophenforschung. Sein Beitrag thematisierte die Pest- und Grippeepidemien in Indien von 1896-1900 und von 1918-1920. Beide Epidemien hätten vor allem die konzentrierten Industrien und Arbeiterwohnbereiche betroffen. Das restriktive Vorgehen der britischen Kolonialbehörden gegen die Betroffenen, um eine Stadtfucht zu unterbinden, hätte heftige Gegenreaktionen ausgelöst: Angriffe auf Hospitäler und Impfstationen z. B., weil jenen Tötungsabsichten vorgeworfen worden seien. 1918/20 hielten sich die Behörden merkbar zurück, es blieb friedlicher, allerdings hatte die indische Arbeiterbewegung in diesen zwei Dekaden an Selbstbewusstsein gewonnen, so dass sogar Lohnsteigerungen während dieser Periode möglich wurden. Fortan galt die indische Arbeiterklasse als „dangerous class“ in jenen Regionen, in denen sich diese Epidemien und dieser Bewusstseinswandel vollzogen hätten. Die „Spanische Grippe in Linz“ untersuchte Michael Panner (Linz), der herausfand, dass sie vor allem im Kontext weiterer Grunderkrankungen tödlich wurde. Im Vergleich etwa zur Tuberkulose gebe es Unterschiede, da diese und andere Epidemien vor allem

die junge und arme Bevölkerung betroffen hätten. Stefan Müller (FES, Duisburg) moderierte das II. Panel „Technologische Katastrophen“. Hier ging es um einen langen Kampf der türkischen Minenarbeiter nach der Bergwerkskatastrophe von 2014 mit 301 Toten um die Auszahlung ihrer Entschädigungen, den sie 2021 nach zweijährigen Aktivitäten gewannen und so ein Zeichen setzten. Dorothea Hoehtker (ILO, Genf) thematisierte den veränderten Blickwinkel der ILO auf Katastrophen nach Bhopal in Indien 1984 mit ca. 4.000 Toten. Seitdem gerieten auch die Multinationalen Konzerne stärker ins Blickfeld und es wurden in der ILO Konventionen beschlossen, die Arbeit und Umwelt stärker gemeinsam betrachten. Doch der Neoliberalismus habe einen deutlichen Rückschlag bedeutet. Die furchtbare Bergwerkskatastrophe von Hwange im damaligen Rhodesien (heute Zimbabwe) von 1972 beleuchteten Clement Masakure (Bloemfontain/RSA) und Duncan Money (Leiden). Von den 427 Opfern waren die meisten Farbige, auch Arbeiter aus benachbarten Staaten. Hier trat vor allem der rassistische Anteil an den Katastrophenursachen hervor, schließlich war Rhodesien damals ein Staat der Apartheid und der Herrschaft ehemals britischer Kolonialeliten.

Das Panel III/1 befasste sich mit Covid-19. Unter Leitung von Therese Gastenauer präsentierten Ayca Yilmaz Deniz (Istanbul) und Camille Buat (Paris/Göttingen) ihre Studien. Die zunehmende Telearbeit in der Türkei während Covid-19 bei gleichzeitiger Möglichkeit der betrieblichen Zugriffe ins Private der Beschäftigten (Ingenieure und andere akad. Berufe) habe zu einer deutlichen Abnahme der Identifikation mit der Arbeit geführt und zu einer stillschweigenden Aufkündigung von Loyalitäten. Camille Buat wiederum sprach über die nativistisch begründete Politik der Exklusion nichtindischer oder nichtlokaler Arbeitskräfte von Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen während der Coronawellen von 2020 und 2021. Hier käme eine deutlich nationalistische Krisenpolitik zur Geltung. Den Abend beendete eine von Laurin Blecha moderierte Diskussion „Yes, we care! Sorgearbeit in Zeiten multipler Krisen“.

Den Sonnabendmorgen eröffnete Panel III/2, in dem bei Moderation durch Laurin Blecha die Covid-19-Debatte fortgesetzt wurde. P.K. Visvanatham (Coimbatore/Indien) führte anhand der Arbeiter\*Innen in indischen Teeplantagen (50-55 % Frauen) die Auswirkungen der Pandemie auf die Bezahlung und die Arbeitsumstände aus. Covid-19, das Indien besonders hart traf, sorgte für erhebliche Arbeitszeitausfälle und mithin für harte Einkommenseinbußen. Eine Integration in den globalen Handel mit zertifizierten Labels wie Fair Trade wäre wünschenswert und für die Beschäftigten eine Erleichterung, scheitert aber an den Handelsmonopolen der Großkonzerne. Özlem Ilyas (Istanbul) lieferte eine fundierte soziologische Analyse der emotionalen Auswirkungen von Covid-19 für die Beschäftigten in der Türkei. Die Ex- und Intensivierung der Arbeit durch Fernarbeit bedeute einen massiven Verlust an Rechtssicherheit und erzeuge signifikant

eine Situation der Starre und Entmutigung für Viele. Gleichzeitig entwickle sich ein drängender Wunsch nach Veränderungen, der aber im Privaten verbleibe und nicht die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stärke, eher im Gegenteil. Dieser Widerspruch zwischen der individuellen Alternativensuche und der politischen Passivität müsse untersucht werden, um Handlungsmöglichkeiten in Kollektiven zu eröffnen. Das IV. Panel bezog sich auf Reaktionen auf Katastrophen und wurde von Adrian Grama (Regensburg) eingeleitet. Es referierten Eleonora Gera (Budapest) zum Aufstand gegen die Schwarze Pest 1739 in Budapest, bei dem es Ausschreitungen und Hinrichtungen von Serben als Sündenböcken gab, Matt Perry (Newcastle), der sich den Bewusstseinswandlungen innerhalb der britischen Feuerwehrgewerkschaften hin zur Verbindung von Arbeit und Umwelt unter dem Damoklesschwert der Klimakrise widmete, sowie Mario Keller (Wien), der eine interessante Betrachtung über Verschwörungstheorien am Beispiel der Choleraepidemien nach 1830 in London und der Pest in San Francisco von 1900 unter der Perspektive des „Othering“ vorlegte. Sündenböcke würden gemacht, abgeriegelt und angegriffen, Verschwörungsnarrative lieferten die Rechtfertigung und besäßen fast immer die gleichen Grundstrukturen, die von umfassender Ausgrenzung (Othering) ihren Ausgang nähmen.

Die Schlussdebatte legte einige inhaltliche und gestalterische Schwächen dieser 57. ITH offen. Es habe zu viel Nebeneinander der Beiträge und zu viel Faktologie bei gleichzeitigen definitorischen und perspektivischen Unklarheiten gegeben. Die theoretische Konzeption der „political ecology“ sei kaum ausgearbeitet worden. Der Anteil wirklich historischer Analysen kam zu kurz. Außerdem schwäche der hohe Anteil der Hybridbeiträge und -teilnehmer\*innen die innere Konsistenz der Tagung. Das neue Präsidium wird viel zu erörtern und zu erproben haben.

Die 58. ITH wird vom 7. bis 9. September 2023 mit dem Thema „Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und ökonomische Umbrüche vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Transnationale Perspektiven der Labour History“ in Linz stattfinden. Die Informationen und Materialien zur Vorbereitung der Konferenz sind auf der Internetseite der ITH abrufbar: [www.ith.or.at](http://www.ith.or.at).

*Holger Czitrich-Stahl*

## **125 Jahre deutscher Imperialismus. Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs aus Sicht der Betroffenen und die Haltung der Linken damals und heute**

**Konferenz am 28. November 2022 im Afrikahaus Berlin, in Kooperation mit „Helle Panke“ e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin**

Am 6. Dezember 1897 forderte der Staatssekretär des Äußeren und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow im Reichstag: „Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Diese „Zeitenwende“ markierte vor 125 Jahren eine Abkehr von Bismarcks ausgleichender Außenpolitik hin zu Kolonialismus und aggressivem Expansionismus. Als Industriemacht benötigte das Reich Zugang zu Rohstoffen und Arbeitskräften. Deren Ausbeutung brachte viel Leid, woran die Moderatorin Karlen Vesper in ihrer Begrüßung erinnerte.

Im Inputvortrag ging Dr. Stefan Bollinger der Frage nach, ob „der Imperialismus – ein Zombie?“ sei. Der Referent überprüfte hierzu Lenins Theorie auf Aktualität. Die Existenz von Monopolkapital und dessen Einfluss auf Politik und Medien, um expansive Ziele zur Profitsicherung mit jeweils geeigneten Mitteln durchzusetzen, gebe es noch heute. Die Namen der Konzerne und der dahinterstehenden Dynastien haben sich teils geändert, das Prinzip aber bestehe fort. Haupthindernisse des heutigen Expansionismus seien Russland und China, die im Zuge von 1989 ff. nicht (voll) erobert werden konnten. Das sei die Ursache aktueller Großkonflikte. Linke sollten dies im Blick haben, mit Internationalismus gegenwirken und nicht Liebknechts Analyse vergessen, wonach „der Hauptfeind im eigenen Land“ stehe.

Den Einstieg in die Geschichte des 19. Jahrhunderts übernahm Dr. Ralf Hoffrogge. Auf Grundlage seines Buches „Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich – Von den Anfängen bis 1914“ (2011/17), ging er auf damalige Kolonialdebatten ein: Internationalismus habe es schon vor Marx gegeben, etwa in Weitlings Sozialutopie. Politisch konkret wurde er 1891 im Erfurter Programm der SPD verankert. Ein Blick in damalige Reichstagsreden zeigt die praktische Umsetzung. Bebel verurteilte z. B. den Kolonialismus und dessen christliche „Zivilisierungs“-Propaganda als heuchlerisch und machte schon 1894 öffentlich deutlich, dass es um Profit, Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt gehe. 10 Jahre später klagte er im Reichstag den Völkermord an Herero und Nama an. Heute könne deshalb niemand behaupten, dieser sei damals nicht bekannt gewesen.

Der live aus Lomé zugeschaltete Stefan Seefelder berichtete über die Geschichte und den Mythos der „Musterkolonie“ Togo, zugleich Thema seiner von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Dissertation, für die er vor Ort recherchierte. 1884 habe Gustav Nachtigal gegen Bismarcks Willen die deutsche Flagge am Strand von Togo gehisst. Es wurde deutsches Schutzgebiet, um eigene Interessen gegen konkurrierende Briten und Franzosen zu sichern. Hernach erfolgte der Ausbau der Kolonie. Ab 1918 wurde der Mythos erschaffen, dass die Deutschen hier als gute Kolonialherren aufgetreten seien. Diese Erzählung hielt sich bis in die Siebzigerjahre.

Dr. Mirjam Sachse vom Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel berichtete über die Koloniale Frauenschule in Witzenhausen, die mit einem kurzen Vorlauf von 1907 bis 1910 Bestand hatte. Die Absolventinnen sollten für ein Leben als Siedlerfrau ausgebildet werden. Neben Tropenlandwirtschaft stand Hausarbeit auf dem Lehrplan. Das Konzept der Schule ging nicht auf, es gab nur 13 Schülerinnen, von denen ganze 6 einen Abschluss erzielten. Als Archivquelle griff Mirjam Sachse u. a. auf „Kolonie und Heimat“ zurück, die Zeitung des „Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft“. Die Zeitung ist als Digitalisat frei im Internet zu finden.

Mit Zeitungsartikeln aus dem „Vorwärts“ der 1880er-Jahre stieg Klaus Leesch in sein Referat über Eduard Bernsteins Kolonialismus-Begriff ein. Zu dieser Zeit begrüßte der Mitbegründer der SPD den Kampf der Ägypter gegen die britischen Kolonialherren. Ein Jahrzehnt später änderte sich seine Haltung zur Kolonialfrage. Unter dem Einfluss der marxistischen Formationslehre vertrat er nun die Meinung, dass die „Wilden“ erst zivilisiert werden müssten, um die entsprechende Reife für den Übergang zum Sozialismus zu erreichen. Er sympathisierte wenige Jahre später mit den Briten gegen die vermeintlich rückständigen Buren in Südafrika. Die „höhere Zivilisation“ habe ein Recht auf die Nutzung des Bodens, der nicht a priori den Eingeborenen oder bisher dort Lebenden gehöre. Die „höhere Zivilisation“ könne diesen ertragreicher bestellen, woraus sich ihr Vorrecht ableite. Bernstein unterschied dabei „guten“ von „weniger gutem Kolonialismus“. Ersterer gewähre den Kolonialisierten eine größtmögliche Autonomie, letzterer nicht. Bernstein schrieb einem „richtig“ durchgeführten Kolonialismus ein Emanzipationspotenzial zu, das den Übergang zum Sozialismus ermögliche.

Dass diese Meinung eine Minderheitenposition in der Sozialdemokratie war, beschrieb Dr. Holger Czitrich-Stahl in seinem Referat über Georg Ledebour. Dieser widersprach Bernstein in der Debatte 1907 auf dem „Internationalen Sozialistenkongress“. Eine solche „Zivilisationspolitik“ bringe nur kapitalistische Bevormundung. Kolonialismus könne nicht zivilisatorisch oder kulturell sein, sondern führe zu Verbrechen und Ausbeutung in den Kolonien. Ledebour sei kein Vertreter „weißer Arroganz“ gewesen, sondern forderte internationale Solidarität. Revisionistische Wunschträume, in denen durch Kolonisierung etwas für Emanzipation und Entwicklung einer Zivilgesellschaft getan würde, verwiesen auch Le-

nin und Rosa Luxemburg ins Reich der Märchen. Beide sahen den Kolonialismus als Ergebnis und Bestandteil des Kapitalismus und an diesen gebunden, wie Dr. Christin Bernhold unterstrich. Sie verglich in ihrem Beitrag die Imperialismustheorien von Lenin und Luxemburg. Beide stimmten überein, dass das Problem des Kolonialismus innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft nicht zu überwinden sei, wie manche Sozialdemokraten annahmen.

Im abschließenden Panel kritisierten der Historiker Dr. Joachim Zeller und der Aktivist Israel Kaunatjki, die jeweils in Namibia geboren wurden und heute in Berlin leben, die postkoloniale Aufarbeitung in der Bundesrepublik. Kaunatjki warf den Grünen und der SPD vor, sich seit ihrer Beteiligung an der aktuellen Bundesregierung nicht mehr für eine konsequente Aufarbeitung und Entschädigung einzusetzen. Somit verbleibe DIE LINKE als einzige Partei im Bundestag auf diesem Kurs. Zeller erwähnte Erfolge, wie Straßenumbenennungen oder die Rückgabe vereinzelter Raubguts. Auch gebe es immerhin eine öffentliche Debatte um das Thema. Andererseits verwies er auf das Humboldtforum als Negativbeispiel. Hier sei ein „failed Museum“ entstanden, ohne vorheriges Nutzungskonzept, mit einer schlecht kuratierten Ausstellung von Exponaten, die aus den ethnologischen Sammlungen Dahlem herbeigeschafft wurden. Es gebe ganze drei Stellen für Provenienzforschung für die 600.000 Objekte, was „mehr als ein Witz“ sei.

Die historische Aufarbeitung des Kolonialismus bleibt eine Mammutaufgabe. In den Archiven (der Arbeiterbewegung) gibt es hierzu noch viel zu bearbeiten. Aufgrund der derzeitigen Weltlage sind die Lehren aus historischem Kolonialismus und Imperialismus(-theorien) für die Linke eine Neubeschäftigung wert. Die Beiträge der Konferenz 2023 werden als Publikation erscheinen und sind in der Mediathek der Hellen Panke nachhörbar ([www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)).

*Alexander Amberger*

## Vorträge

### „Mehr als eine Provinz!“ – Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preußischen Provinz Brandenburg, Berlin 2019

#### Ein Werkstattbericht<sup>1</sup>

In der Widerstandsdarstellung „Mehr als eine Provinz!“ über die Jahre 1933-1945 im Brandenburgischen<sup>2</sup> geht es in erster Linie um Arbeiter, Angestellte, Handwerker und kleine Selbstständige sowie Frauen und Mütter, die gegen die NS-Gewaltherrschaft und den Krieg ankämpften oder sich in unterschiedlicher Weise dem widersetzen.

Dass es überhaupt zu dieser Darstellung kam, deren Recherchen sich über zehn Jahre erstreckten und 2019 in der oben genannten Publikation mündeten, hängt ursprünglich mit dem Umstand zusammen, dass sich der Autor – bis zu seiner Berentung (2014) – seit Beginn der 1980er-Jahre für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) intensiv mit dem Widerstand von 1933 bis 1945 in Berlin beschäftigte.

Dabei stieß er wiederholt auf Verbindungen Berlins ins Umland, so etwa des KPD-Unterbezirks Gesundbrunnen (Wedding) nach Oranienburg, der SAP nach Brandenburg/Havel, oder des betrieblichen Widerstandes in Steglitz nach Potsdam.

Bei dem Versuch, Fachliteratur zum Widerstand im (heutigen) Nachbarbundesland heranzuziehen, erhielt der Interessierte leider nur unzureichende Antworten, stieß zum Teil auf sogenannte weiße Flecken der Forschung zur KPD. Und dies, obwohl gerade das Thema Antifaschismus aus der Arbeiterschaft bekanntlich zum Gründungsmythos der DDR zählte.

Bis heute – über 70 Jahre nach der Niederlage der NS-Bewegung und der Befreiung Deutschlands – existiert keine Gesamtdarstellung zum Widerstand in seiner politischen Breite und sozialen Vielfalt im Brandenburgischen.

Es gab bis 2019 auch keine Gesamtschau auf die verschiedenen Strömungen und Tendenzen des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung, ja nicht einmal Monografien über die großen Parteien SPD und KPD.

1 Autorisierte Kurzfassung des Vortrags von Dr. Rainer Sandvoß, gehalten in der gemeinsamen Vortragsreihe der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR, des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft am 28. September 2022 im Veranstaltungsraum des Bundesarchivs Berlin.

2 Hans-Rainer Sandvoß: Mehr als eine Provinz! Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preußischen Provinz Brandenburg. Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Reihe A: Analysen und Darstellungen, Lukas Verlag, Berlin 2019.

Beim Vorhaben, dafür die notwendigen Quellen zusammenzutragen, konnte der Verfasser zwar im Bundesarchiv bzw. dem SAPMO-Bestand<sup>3</sup> auf reichlich überlieferte Akten des NS-Verfolgungsapparates (Gerichts- und Gestapo-Unterlagen) zurückgreifen und regionalspezifisch auswerten, stieß in einem anderen Bereich allerdings auf eine schier unüberwindliche Mauer: Im Gegensatz zum Berliner Widerstandsprojekt mit 14 Bezirksbänden und zwei gesamtstädtischen Überblicksbänden (Arbeiterbewegung, Religionsgemeinschaften)<sup>4</sup>, wo sich die Autoren auf die Auskünfte von über 500 Zeitzeugen sowie auf über 2.500 Verfolgtenakten (Referat VdN und Entschädigungsamt) als Gegengewicht und Korrektiv zu den historisch-politisch kontaminierten NS-Akten stützen konnten, war es im Brandenburgischen bis auf minimale Ausnahmen (so zu Nowawes) aus biologischen Gründen nicht mehr möglich, Überlebende der Auseinandersetzungen zu Rate zu ziehen.

Der Verfasser ist daher noch heute dem (früheren) Mitarbeiter des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA) Lothar Person für folgenden entscheidenden Hinweis auf eine wertvolle historische Quellenüberlieferung dankbar: Neben dem bekannten Bestand der VdN (Verfolgte des Naziregimes)-Akten mit ihren spezifischen Nachweisen von Gerichtsverfahren und Haftleiden, die durch Dokumente und Aussagen von Mitverschwörern dokumentiert werden – einschließlich der problematischen Zugrundelegung einer Mindesthaftzeit –, existiert im BLHA ein Bestand Rep. 333 „Aufnahmeanträge der VVN“ (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). In Letzterem geht es nicht in erster Linie um Justizverfahren und Inhaftierungen, sondern um die Belegung einer aktiven Gesinnung, nämlich der Gegnerschaft zur NS-Diktatur. Doch auch diese musste durch mindestens drei Bürgenerklärungen (nebst Lebenslauf und Fragebogen zum politischen Schicksal des Antragstellers) intersubjektiv belegt werden.

Gerade dieser Bestand eröffnete die Chance für den Forschenden, über die in der DDR – etwa in den Veteranenberichten der Bezirksparteiarchive von Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus – absolut dominierende Sicht der KPD/SED-Orthodoxie hinausgehend, das vielfältige und reichhaltige Spektrum des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung zu erfahren. Das heißt: In diesen VVN-Anträgen stieß der Interessierte auf Reichsbanner-Anhänger, Republikaner, Sozialdemokraten, parteilose Arbeitersportler und Gewerkschafter und Anhänger linkssozialistischer Gruppen wie der SAP oder der Anarcho-Syndikalisten. Zu diesem „Lager“ zählten schließlich auch jene Frauen und Männer, die wegen

---

3 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3 Nr. 43a, 96, 116, 140, 149 (Berichtsammlungen von NS-Gegnern, darunter einer Arbeitsgruppe um Karl Schirdewan und Richard Bauerschäfer).

4 H.-R. Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in Berlin. Berlin 2007; ders.: „Es wird gebeten, die Gottesdienste zu überwachen.“ Religionsgemeinschaften in Berlin zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand von 1933 bis 1945. Berlin 2014.

Alltagswiderspruchs verfolgt wurden und unter dem Vorwurf der „Heimtücke“, „Wehrkraftzersetzung“ oder des „Rundfunk-Verbrechens“ als „Volksschädlinge“ denunziert worden waren.

Mit einem Wort tat sich unter dem Titel der „Aufnahmeanträge“ in die VVN (1948-1952) ein einzigartiger historischer Schatz für jene auf, die auch personenbezogene Aussagen als Quellen für die authentische Rekonstruktion historischer Ereignisse heranzuziehen gewillt sind.

Und doch türmte sich hier eine große Herausforderung auf: Sie bestand weniger in der (sehr unterschiedlichen) *Qualität* der Zeitzeugen-Aussagen, sondern in der *Quantität* der gesamten Überlieferung: Nach Angaben des BLHA umfasst der genannte Bestand (Rep. 333) über 5.000 Anträge. Der Verfasser hält aufgrund seiner praktischen Erfahrungen die Zahl von 6.000 für realistisch.

Die Unterlagen sind (alphabetisch geordnet) auf drei DDR-Bezirke aufgeteilt: Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus. Die erstgenannte Akteneinheit beinhaltet auch die dort zugeordneten VVN-Aufnahmeanträge, die an den Landesvorstand der SED gerichtet worden waren, aber aus allen Bezirken – nicht nur aus Potsdam – stammen konnten.

Der Verfasser hat sich vor allem auf die regional eher kohärenten Bestände der Bezirke Frankfurt/Oder und Cottbus gestützt, die aus jeweils rund 1.500 Aufnahmeanträgen – alphabetisch geordnet – bestehen. Er tat dies, weil die bis dahin für ihn bestehenden Wissenslücken im Hinblick auf den Süden Brandenburgs (Niederlausitz) und den östlichen Teil der Provinz – der damals über die „Neumark“ und „Grenzmark“ reichte, sich also weit über die Oder hinaus erstreckte – am größten waren. Der demgegenüber umfassendere Aktenbestand zum Bezirk Potsdam mit seinen zahlreichen Doppelungen aus den beiden anderen Bezirken wurde dagegen nur gezielt auf bis dahin vergeblich gesuchte Personen herangezogen und gesichtet.

Trotzdem war es im Nachhinein weit gefehlt, anzunehmen, die aus den genannten Bezirken stammenden Aufnahme-Anträge wiesen ausnahmslos, oder zumindest ganz überwiegend, regionalspezifisch fundierte Lebensschicksale von NS-Gegnern beiderlei Geschlechts auf. Tatsächlich machten aber die Brandenburgerinnen und Brandenburger nur eine Minderheit aus, waren doch die Lebensläufe hunderter Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die hiesigen Bestände eingeflossen (über 100 kamen auch aus den Westzonen). Dabei sei – um unseren thematischen Rahmen nicht zu sprengen – nur kurz erwähnt, dass der überwiegende Teil der damals „Umsiedler“ genannten Personengruppe aus dem Schlesischen (und hier besonders aus Breslau) und dem Sudetengebiet stammte. Letztere umfasste einige hundert deutsche Mitglieder der tschechischen kommunistischen Partei; sudetendeutsche Sozialdemokraten zogen nach 1945 offensichtlich nicht in die SBZ/DDR, sondern in den Süden der Westzonen bzw. der BRD.

Pommern, Danzig und Ostpreußen fielen demgegenüber regional (im Hinblick auf den Widerstandskampf) weniger ins Gewicht, wenn überhaupt, überwogen diesbezüglich frühere Königsberger.

Von den nun noch verbliebenen „angestammten“ Brandenburgern unter den bei der VVN Aufnahme Begehrenden, rund 1.000 Frauen und Männer an der Zahl, haben wir es immer noch nicht ausschließlich mit aktiven politischen Gegnern zu tun, denn es sind wenige Hundert sogenannte Rasseverfolgte bzw. deren Hinterbliebene darunter. Was deren Leiden aber keineswegs herabstufen oder abwerten soll!

Alles in allem blieb letztendlich immer noch eine beeindruckende „Szene“ – besser: Gruppe von Einzelschicksalen – übrig, die es ermöglichte, die Arbeiterbewegung im Brandenburgischen in der Vielfalt des Widerstandes zu rekonstruieren.

Das betraf übrigens auch die Anhängerschaft der Kommunistischen Partei: So fanden sich mehrere nach 1946 in „Ungnade“ gefallene Persönlichkeiten und selbst ganze von der SED-Historiografie verschwiegene Gruppen (Fürstenwalde, Freienwalde, Frankfurt/Oder, Neumark), deren Wirken nun nicht mehr ausgegrenzt wird.

Wie schon im Widerstandsband über Berlin 1933-1945 („Die ‚andere‘ Reichshauptstadt“) gezeigt, wies auch Brandenburg ein über die traditionellen und großen Parteien SPD und KPD hinausgehendes Widerstandspotenzial auf. Dieses war aber längst nicht so stark aufgefächert und zersplittert, wie das in der Reichshauptstadt: Gruppen wie Neu Beginnen, den ISK oder die trotzkistischen Richtungen sucht man vergeblich. Lag es am Fehlen gewisser intellektueller Zentren und Kreise oder dem Umstand, der im Brandenburgischen bodenständiger verankerten Parteien SPD und KPD? Wahrscheinlich an beiden Tendenzen.

Und da wir die Unterschiede von sogenannter Provinz – zu der immerhin Städte wie Potsdam und Brandenburg/Havel zählten – und Berlin als Hauptstadt abschließend fortführen möchten, sei angemerkt: Die anonyme Millionenstadt mit ihrer Unübersichtlichkeit, ihren alternativen Verkehrswegen, ihren vielfältigen Nischen und Ausweichquartieren – etwa den vielen Laubenkolonien als Versteckmöglichkeit – gewährte Widerständlern und „Untergetauchten“ erheblich leichtere Bedingungen für illegale Tätigkeiten, als es der überwiegend ländliche Charakter Brandenburgs mit seinen vielen leicht zu überwachenden Ausfallstraßen sowie Klein- und Mittelstädten bieten konnte.

Hinzu kommt als Belastung individuellen Agierens ein Umstand, der dem Verfasser erst im Laufe der Recherchen deutlich wurde: Justiz und Geheime Staatspolizei griffen im Brandenburgischen härter zu und verurteilten die Hauptverantwortlichen und ihren mittleren Funktionsstamm oft höher als in Berlin, wo

nach der Strafverbüßung die Verschleppung ins Konzentrationslager bis 1945 – gerade auf sozialdemokratischer Seite – nicht so häufig vorkam.

Wenn wir die über 10.000 politisch Verfolgten in der Vier-Millionen-Stadt Berlin den etwa über 1.000 Männern und Frauen ähnlichen politischen Schicksals im Brandenburgischen mit seinen rund 2 ½ Millionen Einheimischen gegenüberstellen, sollten wir dabei nicht vergessen, dass die Voraussetzungen und Bedingungen für die illegale Arbeit auf dem Lande ungleich schwerer waren.

Hoffen wir, dass sich im Nachbar-Bundesland heute genügend (junge) Menschen finden, die erkennen, dass auch Brandenburg zwischen 1933 und 1945 nicht monolithisch „gleichgeschaltet“ und ausnahmslos „faschistoid“ war, sondern freiheitliche positive Tendenzen besaß, an die zu erinnern und anzuknüpfen lohnen könnte.

*Hans-Rainer Sandvoß  
Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
Forschungsstelle Widerstandsgeschichte*

Zurück

## **Tauziehen um die SED-Akten. Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv nach 1990<sup>5</sup>**

Nach der ‚Archivrevolution‘, also der unerwarteten Öffnung der Staats- und Parteiarchive der ehemaligen kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas, war es im letzten Jahr der DDR und im wiedervereinigten Deutschland zunächst längere Zeit unklar, in welcher Form die Bestände der Parteien und Massenorganisationen gesichert und für die Forschung nutzbar gemacht werden könnten. Dies betraf vor allem die Überlieferung der SED, befanden sich doch in ihrem Zentralen Parteiarchiv (ZPA) – wie Hermann Weber, der Nestor der bundesdeutschen Kommunismus-Forschung bemerkte – „alle relevanten Dokumente zur Erforschung der vierzigjährigen Geschichte“ der DDR.<sup>6</sup>

Konkret ging es bei der Auseinandersetzung um die Sicherung des ZPA der SED um folgende Fragen: Wer ist zukünftig für das Archivgut zuständig und wem gehört es? Sind sofortige Sicherungsmaßnahmen nötig, um die Unterlagen vor Vernichtung oder Verbringung ins Ausland zu schützen? Ist die Wahrung des Entstehungszusammenhangs der Bestände wichtiger als die unterschiedlichen, sich widersprechenden Eigentumsansprüche, oder kann es eine Aufteilung der Bestän-

5 Mit Anmerkungen versehener Vortrag auf der Jahreshauptversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 10. September 2022 in Berlin.

6 Hermann Weber: Die DDR 1945-1990, 5. Auflage, München 2012, S. 125.

de geben? Zudem musste geklärt werden, wo die Archivbestände zukünftig gelagert werden und wie die Zugangsmöglichkeiten zu den Unterlagen sein sollten.

## 1. Der Archivfond der SED bis 1989

Die historische Entwicklung des Archivfonds der SED ist eng mit der Geschichte des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) verbunden, dessen Historisches Archiv die Grundlage für das spätere Zentrale Parteiarchiv war. Zu Beginn der 1950er-Jahre wurde das Archiv des IML als Sammlungsstelle zur Geschichte der Arbeiterbewegung eingerichtet. Allerdings gestaltete sich der Aufbau des Archivs sehr schwierig.<sup>7</sup> Der Historiker Leo Stern ließ Walter Ulbricht Anfang 1954 wissen, „die Art und Weise, wie die Materialien [...] aufbewahrt und behandelt“ werden, seien „mit dem Begriff einer exakten Archivverwaltung und Archivbenutzung nicht zu vereinbaren.“<sup>8</sup> Noch im Frühjahr 1962 konstatierte die IML-Leitung, von den Archivbeständen sei bislang „nur ein geringer Teil [...] wissenschaftlich erschlossen“, während sich „das Gros der Materialien, die für die Parteigeschichte sehr wichtig“ seien, „in einem völlig ungeordneten Zustand“ befände.<sup>9</sup>

Mit dem Beschluss des ZK der SED vom 8. April 1963 zur Einrichtung eines Zentralen Parteiarchivs (ZPA) und der Arbeitsaufnahme am 7. Oktober als eigenständige IML-Abteilung, kam es zu einer Professionalisierung im Parteiarchivwesen. Die Registraturen im zentralen Parteiapparat und in den nachgeordneten Gliederungen der Partei wurden fortan zur regelmäßigen Schriftgutabgabe verpflichtet. Durch weitere Beschlüsse und Arbeitsrichtlinien traf die Parteiführung in der Folgezeit verbindliche Festlegungen für die Sicherung und Erschließung des SED-Archivgutes. Eine neue Benutzungsordnung, die bis 1989 mehrfach überarbeitet wurde, blieb jedoch sehr restriktiv; nur wenige ausgesuchte Nutzerinnen und Nutzer erhielten die Möglichkeit, im ZPA zu forschen. Noch im Frühjahr 1989 hieß es von Seiten der ZPA-Verantwortlichen, die „Benutzung der Bestände des Parteiarchivs“ sei „eingebettet in die Gesamtpolitik der SED“ und diene „der Stärkung der DDR“ sowie „den Interessen der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft.“<sup>10</sup>

---

7 Vgl.: Christoph Stamm: Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der SED nach 1990 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 79), Düsseldorf 2019, S. 12 ff. Hier auch weitere Informationen zu den in diesem Beitrag angesprochenen Aspekten.

8 Leo Stern an Walter Ulbricht, 12.2.1954; Bundesarchiv (BArch), DY 30/83256, Bl. 89.

9 „Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus“, 8.8.1962; BArch, NY 4182/923, Bl. 19.

10 Kostbare Bücher und Dokumente aus der Bibliothek und dem Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Ausstellung vom 15. Februar bis 19. März 1989 im Museum für Deutsche Geschichte, Berlin 1989 (Broschüre), S. 18.

Das Verhältnis des Zentralen Parteiarchivs der SED zum staatlichen Archivwesen, vor allem zum Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam, entwickelte sich nach offizieller Darstellung in einer „engen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit“<sup>11</sup>, war jedoch in Wirklichkeit ambivalent. Das historische IML-Archiv und spätere ZPA erhob entgegen gesetzlichen und archivfachlichen Normen Anspruch auf staatliche Aktenbestände und nahm sie in seine Obhut. Vor allem von den ab Mitte der 1950er-Jahre aus der Sowjetunion zurückgeführten Aktenbeständen kamen viele Unterlagen – etwa aus dem Reichssicherheitshauptamt, dem Reichsinnenministerium oder dem Volksgerichtshof – in das ZPA bzw. in das sogenannte ‚NS-Archiv‘ des Ministeriums für Staatssicherheit. Im IML war man sich dieser unrechtmäßigen Inbesitznahme durchaus bewusst, hielt sie aber – wie es in einem Vermerk aus dem Jahre 1957 heißt, „aus Sicherheitsgründen“<sup>12</sup> für unabdingbar. Vor allem das Problem der Bestandsabgrenzung blieb zwischen dem ZPA und dem Zentralen Staatsarchiv virulent.

Mit dem Rücktritt des Politbüros unter Generalsekretär Egon Krenz und der Demission des gesamten Zentralkomitees der SED am 3. Dezember 1989 drohte der institutionelle Rahmen für den SED-Archivfonds zu zerfallen. Seine Verantwortlichen und Mitarbeiter blickten in eine ungewisse Zukunft.

## 2. Das Zentrale Parteiarchiv der SED im letzten Jahr der DDR

Nach der Entscheidung des außerordentlichen SED-Parteitags im Dezember 1989, die Partei nicht aufzulösen, beschloss der SED/PDS-Vorstand am 4. Januar 1990, das IML unter Leitung des wenige Wochen zuvor zum Institutsdirektor gewählten Günter Benser in ein ‚Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung‘ umzuwandeln sowie das ‚Interne Parteiarchiv‘ (IPA) in das ZPA zu verlagern.<sup>13</sup> Das IPA war auf Beschluss des ZK-Sekretariats am 19. August 1959 eingerichtet worden und hatte die Aufgabe, das in den Führungsgremien der Einheitspartei (ZK, Sekretariat des ZK, Politbüro des ZK) entstandene und als geheim und vertraulich eingestufte Schriftgut zu sichern und zu erschließen. Das Unterstellungsverhältnis der beiden zentralen SED-Archive war verschieden. Das IPA gehörte zum Büro des Politbüros und war dem Verantwortungsbereich des Büroleiters zugeordnet, der wiederum direkt dem SED-Generalsekretär unterstand. Das ZPA unterstand als Abteilung von Oktober 1963 bis Januar 1990 dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus und damit im Zentralkomitee dem für die

11 Günter Uebel: 10 Jahre einheitliches Archivwesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Archivmitteilungen, 23. Jg., Heft 2/1973, S. 53.

12 „Gesichtspunkte für die Besprechung mit Genossen Lötze“, 23.1.1957; BArch, DY 30/85545, Bl. 83.

13 Protokoll der 5. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes der SED/PDS, 4.1.1990; Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung (ADS), PDS-PV – 148, Bd. 2, o. Bl.

wissenschaftlichen Einrichtungen der SED zuständigen ZK-Büro Kurt Hager. Nach Überführung der IPA-Bestände in das ZPA war es Wissenschaftlern fortan erstmals in größerem Umfang möglich, im SED-Archiv und in der wertvollen Instituts-Bibliothek zu forschen.

Nachdem die Pläne der PDS und der Regierung Modrow zur Einrichtung eines Nationalarchivs der DDR unter Einschluss des ZPA durch den Ausgang der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und die rasche Wiedervereinigungsdynamik hinfällig geworden waren, schlugen die Verantwortlichen der PDS im Juni 1990 die Gründung eines Vereins ‚Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘ vor. Dessen politische Unabhängigkeit und Finanzierung sollte durch die Mitwirkung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gewährleistet werden, mit der die PDS seit März 1990 vertrauliche Sondierungsgespräche führte.<sup>14</sup> Der Hauptstreitpunkt der bis in den Frühsommer 1991 andauernden Verhandlungen war die Frage der Rechtsform bei der Übertragung des Archivs und der Bibliothek auf den Verein. Die FES strebte eine Herauslösung der Bestände aus dem Eigentum und der politischen Verantwortung der PDS an, während das IfGA und die PDS das ZPA und die Institutsbibliothek dem zu gründenden Trägerverein lediglich „in Verwahrung“ geben wollten.<sup>15</sup> Das Vereinsprojekt fand zudem auf beiden Seiten keine ungeteilte Zustimmung. Einige PDS-Vertreter kritisierten, dass ihr Archiv „unter die alleinige Hoheit der SPD“ gerate und ein ungehinderter Zugriff der PDS auf die Archivalien nicht mehr gewährleistet sei.<sup>16</sup> Die SPD wiederum war nach dem Umbruch in der DDR sehr darauf bedacht, sich strikt von der SED-Nachfolgepartei abzugrenzen. Die Verantwortlichen der FES betraten mit ihren Sondierungen zur Rettung des ZPA der SED unsicheres Terrain und fühlten sich veranlasst zu beteuern, der gemeinsame Verein sei „keine Kumpanei oder Einheitsfront mit der PDS“, sondern ein wissenschaftlicher Trägerverein, in dem Fachleute federführend seien „und in dem keine Parteipolitik betrieben“ werde.<sup>17</sup> Kritikern in den Reihen der Sozialdemokratie, vor allem in

---

14 Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (Hefte zur Geschichte der DDR, Bd. 113), Berlin 2008, S. 17 ff.

15 „Bildung eines gemeinnützigen Vereins ‚Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘ – Verhandlungen mit Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung“, Positionspapier des IfGA, 12.9.1990; ADS; PDS-PV – 203.

16 Michail Nelken an die Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS, 8.12.1990; Archiv des ‚Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘ (AdFABGA), Ordner ‚Unterlagen 1990/1991‘. Dazu ausführlich: Christoph Stamm: Der Konflikt um die Sicherung des Zentralen Parteiarchivs innerhalb der PDS, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 61, März 2021, S. 76-82.

17 „Niederschrift über das Gespräch mit dem Geschäftsführendem Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. J. Burckhardt am 23. März 1991 in Berlin“, abgedruckt in: Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990-1992). Zur Sicherung und Wahrung seiner Bestände. Abschlussarbeit im postgradualen Studium Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (unveröffentlicht), Berlin 1992, Dokumen-

den ostdeutschen Landesverbänden, reichte diese Argumentation nicht. Gerhard Schmid, Gründungsvorsitzender des Vereins der Archivare in der DDR und Mitglied im thüringischen SPD-Landesvorstand, warnte davor, die Betreuung der SED-Überlieferung weiterhin in Obhut der PDS zu belassen, da letztlich nicht gewährleistet werden könne, dass die Akten künftig „tatsächlich vollständig und unverändert erhalten“ blieben. Er gab darüber hinaus zu bedenken, dass die FES und ihr Archiv der sozialen Demokratie durch das Vereinsprojekt „in schwerwiegender Weise kompromittiert werden.“<sup>18</sup>

Im Frühjahr 1991 stockten die Verhandlungen zwischen der FES und der PDS bzw. dem IfGA, so dass schließlich unter Federführung von ZPA-Leiterin Inge Pardon und Bibliotheksleiter Jürgen Stroech im Rahmen des ‚Rosa-Luxemburg-Kolloquiums‘ die Initiative ergriffen wurde, den ‚Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘ zu gründen, um die Verhandlungen wieder in Gang zu setzen und kritisch zu begleiten.

Die Verantwortlichen der Staatlichen Archivverwaltung und des IfGA kamen zu Beginn des Jahres 1990 zwar relativ schnell zu einer Einigung über die Verfügungsgewalt der Akten staatlicher Provenienz aus der Zeit vor 1945, die sich noch im ZPA befanden und ab Mai 1990 in die Obhut des Zentralen Staatsarchivs überführt wurden. Hinsichtlich der Abgrenzung der Bestände nach 1945 fanden beide Seiten jedoch weiterhin keinen Konsens.

Die daraufhin vom Zentralen Staatsarchiv angeregten Vorstöße von Innenminister Diestel, eine gesetzliche Grundlage für die Sicherung der Unterlagen des ZPA sowie der Parteien und Massenorganisationen zu schaffen, scheiterte im August 1990 im DDR-Ministerrat – vor allem am Widerspruch des Justizministers Kurt Wünsche. Er vertrat die Auffassung, die im Gesetzentwurf enthaltenen Forderungen kämen einer Enteignung der PDS gleich. Auch ein am 12. September 1990 eingereichter fraktionsübergreifender Volkskammer-Antrag, der vorsah, dass „das Archivgut der Parteiarchive des Politbüros der SED und des Zentralkomitees der SED [...] durch den Staat gesichert werden“<sup>19</sup>, fand letztlich keine parlamentarische Mehrheit. Im Rechts- und Innenausschuss der Volkskammer konnte sich die PDS-Fraktion durchsetzen, so dass dieser Gesetzentwurf am 20. September 1990 im Plenum des DDR-Parlaments nicht angenommen wurde. „Mit der Ablehnung der Verstaatlichung der Parteiarchive“ – so heißt es in ei-

---

tenanhang (Nr. 3.3/21).

- 18 „Memorandum zum künftigen Schicksal des Zentralen Parteiarchivs der SED bzw. PDS“ von Prof. Dr. Gerhard Schmid, 17.10.1990; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), SPD-BT-Fraktion/AG Inneres, Ordner 32.696.
- 19 Antrag der Fraktionen der CDU/DA, der SPD, der DSU, der F.D.P. und Bündnis 90/Grüne vom 12.9.1990, Drucksache Nr. 235; Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode, III. Teil, Bd. 36.

ner internen Einschätzung der mit diesem Ergebnis zufriedenen PDS-Fraktion –, „setzte sich in der Kammer rechtsstaatliche Vernunft und bei den anderen Parteien Einsicht in die eigene Interessenlage durch.“<sup>20</sup> Es war offensichtlich, dass bei den im Parlament vertretenen Parteien mit Blick auf ihre eigenen Parteiarchive der Präzedenzfall einer Verstaatlichung unter allen Umständen vermieden werden sollte. Somit war der letzte in der DDR unternommene Versuch, das ZPA der SED unter staatliche Kontrolle zu stellen, gescheitert. Im Einigungsvertrag wurde die Zuständigkeit des Bundesarchivgesetzes lediglich auf die Unterlagen ausgeweitet, die „bei Stellen der Deutschen Demokratischen Republik [...] erwachsen oder in deren Eigentum übergegangen oder diesen zur Nutzung überlassen worden sind.“<sup>21</sup> Dieser Passus bezog sich jedoch ausschließlich auf staatliche Unterlagen und schloss die Archive der Parteien und Massenorganisationen nicht ein.

### 3. Die Frage der Sicherung des SED-Archivguts im vereinten Deutschland

Die Bundesregierung sorgte sich bereits im Sommer 1990 um die Sicherung der SED-Akten. An die Verantwortlichen des Bundesarchivs erging Mitte Juli 1990 aus dem Bonner Innenministerium die Aufforderung, in Zusammenarbeit mit der staatlichen Archivverwaltung der DDR „schon jetzt verstärkt dafür Sorge zu tragen, dass das Schriftgut des ehemaligen SED-Parteiarchivs sowie der Massenorganisationen i.[m] R.[ahmen] der rechtlichen Möglichkeiten auch dem künftigen Gesamtarchiv zur Verfügung steht.“<sup>22</sup> Nachdem es nicht gelang, die im Einigungsvertrag verankerte Einbeziehung der staatlichen DDR-Bestände in den Geltungsbereich des Bundesarchivgesetzes auf Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen zu erweitern, fehlte allerdings die entsprechende rechtliche Handhabe. Bis Ende 1990 spielte die Auseinandersetzung um das ZPA kaum eine Rolle. Im Koalitionsvertrag der dritten Regierung unter Helmut Kohl verständigten sich CDU/CSU und FDP Mitte Januar 1991 allerdings darauf, „die Bestände des SED-Parteiarchivs und der Massenorganisationen, soweit sie staatliche Aufgaben betreffen (...) in das Bundesarchiv zu überführen.“ Zu diesem Zweck sei eine „eindeutige Rechtsgrundlage durch Änderung des BArchG zu schaffen.“<sup>23</sup> Im Innenausschuss des ersten gesamtdeutschen Deutschen Bundestages zeigte

---

20 „Zur Einschätzung der Volkskammertagung vom 20.9.1990 (36. Tagung)“; ADS, VK-10, WP/50, Bl. 110.

21 Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz) und der Vereinbarung vom 18. September 1990, 23.9.1990; BGBl, Teil II 1990, S. 912.

22 Bundesministerium des Innern an das Bundesarchiv, 12.7.1990; BArch, DO 1/31681, o. Bl.

23 Koalitionsvereinbarung für die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, 16.1.1991; BArch, B 136/45420, o. Bl.

sich Johannes Gerster, Obmann der CDU/CSU-Fraktion, im Februar 1991 „zutiefst verärgert“ und fand es „fast empörend“, dass das Parteiarchiv der SED noch nicht von staatlichen Stellen übernommen oder wenigstens gesichert worden sei, denn „dass die SED mit dem Staat und der Staat mit der SED gleichzusetzen“ gewesen sei, war seiner Ansicht nach „doch wohl eine Selbstverständlichkeit.“<sup>24</sup> Bundesarchiv-Präsident Friedrich P. Kahlenberg begegnete diesem Vorwurf mit dem Hinweis, das Bundesarchivgesetz biete „im Augenblick [...] nicht die rechtlichen Möglichkeiten“ einer kompletten Übernahme des ZPA der SED.<sup>25</sup>

Auf Basis des Koalitionsvertrages brachten die Regierungsfractionen Ende März 1991 einen Gesetzentwurf ein, der vorsah, Unterlagen der SED sowie der übrigen Parteien und Massenorganisationen soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen, als Archivgut des Bundes anzusehen und dem Bundesarchiv zuzuführen. Erstaunlicherweise war auf eine fachliche Hinzuziehung des Bundesarchivs bei der Formulierung dieses Gesetzentwurfs verzichtet worden. Klaus Oldenhage, seit Oktober 1990 Leiter der Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs, bemerkte damals, dieser Entwurf sei zur Lösung der Problematik nicht „tragfähig“<sup>26</sup> und erklärte in der Rückschau, ein Inkrafttreten des Gesetzes hätte zu einer fachwidrigen „Zerreißung von Provenienzen“ geführt.<sup>27</sup> Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi kritisierte den Gesetzentwurf, der nach der ersten Lesung am 18. April 1991 an die zuständigen Bundestags-Ausschüsse überwiesen wurde, als „Kulturfrevel“<sup>28</sup> und warnte davor, dass Nachlassgeber, mit denen das Parteiarchiv Hinterlegungsverträge geschlossen habe, ihre persönlichen Papiere zurückfordern könnten.

Nach Bekanntwerden der Regierungspläne für die Sicherung des SED-Archivs besprach sich die PDS mit der sowjetischen Parteiführung. Gregor Gysi traf Anfang März 1991 mit Nikolaj Portugalow, dem Deutschland-Berater der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, zusammen und bat ihn vertraulich, über die Absichten der Bundesregierung in der Archivfrage in Moskau Bericht zu erstatten. Gysi ließ den Moskauer Emissär wissen, die Veröffentlichung der zahlreichen geheimen Dokumente hätte „nicht nur für die PDS, sondern auch für die KPdSU unangenehme Folgen“ und bat darum, Einfluss auf Helmut Kohl zu nehmen, damit das Archiv im Eigentum der PDS bleibe. Er plädierte dafür,

24 Kurzprotokoll der 2. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages (12. Wahlperiode), 20.2.1991; Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (PA-DBT), 3114 A 12/4-Prot. 2, Bl. 41 f.

25 Ebd., Bl. 55.

26 „Notiz über ein Gespräch mit Dr. Oldenhage und Dr. Pforte am 27.6.1991.“ Handschriftlicher Vermerk von Henryk Skrzypczak; BArch, N 4539/unbearb. K 3.

27 Klaus Oldenhage an den Verfasser, E-Mail vom 20.1.2013.

28 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode, Stenographische Berichte, 21. Sitzung vom 18.4.1991, S. 1322 (D).

dieses Thema in die nächsten Gespräche „auf höchster Ebene zwischen Moskau und Bonn miteinzubeziehen.“<sup>29</sup> Eine kritische Nachfrage aus dem Kreaml ging tatsächlich im Kanzleramt ein. Am 4. April 1991 erbat der sowjetische Botschafter Wladislaw Terechow im Auftrag von Präsident Gorbatschow einen Gesprächstermin beim Bundeskanzler, um ihm mitzuteilen, die Absicht der Bundesregierung, das PDS-Archiv „unter ihre Kontrolle“ zu bringen, „berühre höchst sensible politische Interessen der Sowjetunion.“<sup>30</sup> Nach den Erinnerungen Gysis hatte Gorbatschows „geharnischter Protest“ an Kohl Wirkung gezeigt. Wolfgang Schäuble – so Gysi in der Rückschau – „lud mich zu einer Unterredung ein und gab darin offen zu, dass die Bundesregierung von Gorbatschow unter Druck gesetzt werde und er deshalb an einer Verständigung interessiert sei.“<sup>31</sup>

Drei Lösungsmodelle zur Sicherung des ZPA der SED standen im Frühsommer 1991 zur Diskussion: In Übereinstimmung mit den Koalitionsfraktionen verfolgte die Bundesregierung den Plan, das Archivgut der SED sowie das der anderen Parteien und Massenorganisationen, soweit diese Unterlagen in Wahrnehmung staatlicher Aufgaben erfolgt seien, ins Bundesarchiv zu überführen. Das hätte zwangsläufig zum archivfachlich kaum vertretbaren Auseinanderreißen der Bestände geführt. Die SPD-Bundestagsfraktion favorisierte mit zahlreichen Wissenschaftlern zunächst die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur DDR-Geschichte aus Bundesmitteln, in dessen Obhut die Archive der Parteien und Organisationen überführt werden sollten. Und die PDS hielt gemeinsam mit der FES an ihrem Projekt eines privatrechtlichen Trägervereins fest. Unterstützt wurde diese Position durch den ‚Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘.

Es zeichnete sich jedoch ab, dass dieses privatrechtliche Trägerkonzept unter Beteiligung von Vertretern des staatlichen Archivwesens und einer Grundfinanzierung aus Bundesmitteln kaum noch Realisierungschancen besaß. Dem Förderkreis-Vorsitzenden Henryk Skrzypczak teilte der FES-Geschäftsführer Jürgen Burckhardt mit, dass Innenministerium strebe ein „Sonderarchiv unter dem großen Dach des Bundesarchivs“ an.<sup>32</sup> Im Juni 1991 begannen die intensiven Gespräche zwischen der PDS, vor allem vertreten durch Klaus Höpcke, und den Vertretern der Kulturabteilung des BMI. Parallel dazu liefen die Gespräche auf der parlamentarischen Ebene zwischen den Vertretern der Koalitions- und Oppositionsfraktionen um die Änderung des Bundesarchivgesetzes weiter. Auch Mitarbeiter des Bundesarchivs waren in Form einer ‚Projektgruppe Archive‘ intensiv in die

---

29 Nikolaj Portugalow an Wladimir Antonowitsch Iwaschko, 13.3.1991, zit. nach: „Streng geheim“. Dokumente aus dem Archiv der KPdSU, in: Deutschland Archiv, 27. Jg., 2/1994, S. 223.

30 Vermerk von Dr. Hartmann (Abteilungsleiter 2) betr. Gesprächswunsch des sowjetischen Botschafters, 5.4.1991; BArch, B 136/45420, o. Bl.

31 Gregor Gysi: Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 344.

32 Jürgen Burckhardt an Henryk Skrzypczak, 30.7.1991; BArch, NY 4539/unbearb. K 4.

Gespräche auf den verschiedenen Ebenen einbezogen. Die vierköpfige Projektgruppe unter Leitung von Klaus Oldenhage, war im Auftrag der ‚Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR‘ (UKPV) im April 1991 eingesetzt worden. Sie unterstützte die Kommission, deren zentrale Aufgabe es war, das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR unter treuhänderische Verwaltung zu stellen, bei der Wertermittlung der Archivbestände. In der Folge erwies sich die Projektgruppe als wichtige Einrichtung für die Klärung der offenen Archivfrage.<sup>33</sup>

Der Durchbruch bei den festgefahrenen Verhandlungen auf politischer Ebene erfolgte am 28. August 1991 im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Gerd Wartenberg, innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, stellte zur Überraschung der anwesenden Teilnehmer die Einrichtung einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs zur Diskussion, in deren Rahmen die „Sicherung der Sonderstellung bestimmter Archiveinbringer oder vorheriger Eigentümer“ auf Seiten der PDS gewährleistet werden sollte.<sup>34</sup> Auf diesen Vorschlag zur Lösung der schwierigen Archivfrage konnten sich schließlich alle Parteien einigen. Nach den Erinnerungen Wartenbergs war der Kompromissvorschlag kein spontaner Einfall. Vielmehr sei es „ein Prozess“ gewesen, der nach zahlreichen Gesprächen auf verschiedenen Ebenen und durch den „intensiven Kontakt“ zur Projektgruppe Archive unter Oldenhage zu diesem „Mittelweg“ geführt habe.<sup>35</sup> Anfang September 1991 wurde in einer vertraulichen Unterredung zwischen Wolfgang Schäuble und Gregor Gysi das Modell der unselbständigen Stiftung im Bundesarchiv erörtert. Der PDS-Vorsitzende sagte zu, sich für diese Lösung einsetzen zu wollen, betonte aber, dass seine Partei auch bei dieser Rechtsform ihren Eigentumsanspruch aufrechterhalte.

Ende Januar 1992 votierte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD für die Änderung des Bundesarchivgesetzes und somit für die Einrichtung der am Berliner Sitz des Bundesarchivs ansässigen unselbständigen ‚Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR‘ (SAPMO). Wichtigster Stiftungsbestand war und ist zweifellos das Zentrale Parteiarchiv der SED.<sup>36</sup> Die Unterlagen können weitgehend ohne die sonst im Bun-

33 Stamm: Wem gehören die Akten der SED, S. 80 ff.

34 Stenographisches Protokoll über die 13. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode, 28.8.1991; Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, PA-DBT, 3114, 12/4-Prot. 13, Bl. 98.

35 So Gerd Wartenberg in einem Gespräch mit dem Verfasser am 13.1.2013 in Berlin. Mitschrift des Interviews im Privatarchiv des Verfassers.

36 Weitere umfangreiche Bestände der SAPMO sind z. B. Unterlagen des FDGB, der FDJ und des Kulturbundes sowie die zahlreichen Nachlässe. Vgl.: Einsichtnahme. Aus der Arbeit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, hrsg. von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Koblenz 2012, S. 19 ff.

desarchivgesetz üblichen Schutzfristen eingesehen werden, was auch bei vormaligen Kritikern einer Bundesarchivlösung auf positive Resonanz stieß.

Die PDS lehnte das Gesetz erwartungsgemäß ab, wobei Gregor Gysi im Bundestag jedoch eine „einvernehmliche Regelung“ in Aussicht stellte.<sup>37</sup> Diese war notwendig, da die verabschiedete Novelle eine Einigung zwischen dem Bund – vertreten durch das Bundesarchiv – und den ehemaligen und jetzigen Eigentümern auf Seiten der PDS vorschrieb. Für diese ‚Einbringungsverträge‘ fanden in den folgenden Monaten intensive, nicht selten von Rückschlägen gekennzeichnete, Verhandlungen statt. Vor allem die wiederholte Weigerung der Treuhand, bis zur Arbeitsaufnahme der angestrebten Stiftung ausreichende Gelder aus dem Altvermögen der SED für die Finanzierung des Parteiarchivs und die IFGA-Bibliothek bereitzustellen, erzürnte nicht nur das Umfeld der PDS. Der Förderkreis-Vorsitzende Henryk Skrypczak monierte, die Querschüsse seitens der Treuhand belasteten das Verhandlungsklima.<sup>38</sup> Klaus Oldenhage, Leiter der ‚Projektgruppe Archive‘, war der Ansicht, die „Auseinandersetzungen mit der PDS“ sollten „nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter des ZPA“ ausgetragen werden und forderte, die Vergütungen und erforderlichen Sachkosten fristgerecht bereitzustellen.<sup>39</sup> Auch Bundesarchiv-Präsident Kahlenberg teilte dem Treuhand-Vorstandsmitglied Günter Rexrodt in deutlichen Worten sein „Unverständnis“ mit. Er betonte, dass das Bundesinnenministerium mit Unterstützung des Bundesarchivs seit Monaten bemüht sei, „die rechtlich und archivfachlich außerordentlich komplizierte Vorbereitung einer entsprechenden Klarstellung im Bundesarchivgesetz voranzubringen“, nach der das Archiv und die Bibliothek der SED in eine unselbständige Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs eingebracht werden sollen. „Diese Bemühungen“ – so Kahlenberg – „würden empfindlich, wenn nicht entscheidend gestört, würde der jetzige Zustand der sozialen und psychischen Verunsicherung der Mitarbeiter auch nur noch kurze Zeit anhalten.“<sup>40</sup> Nach einer Intervention des Innenministeriums stellte die Treuhand letztlich die Gelder zur Finanzierung des ZPA und der Institutsbibliothek bis Ende des Jahres 1992 zur Verfügung.

Nach einem „Redemarathon von anderthalb Jahren“<sup>41</sup> unterzeichneten Fried-

---

37 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode, Stenographische Bericht der 73. Sitzung, 23.1.1992, S. 6116 (C-D).

38 Pressemitteilung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3/1991; AdFABGA, Ordner 1991/1992.

39 Klaus Oldenhage an Friedrich P. Kahlenberg, 18.11.1991; BArch, Dienstakten, Az.1006/20, Bd. 23.

40 Friedrich P. Kahlenberg an Günter Rexrodt, 22.11.1991 (Kopie); BArch, Dienstakten, Az.1006/20, Bd. 23.

41 Henryk Skrypczak: Um die Bewahrung der historischen Dimension – Archivgut im Wendestreit, in: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke, „Bücherminister“ der DDR, Parlamentarier in Thüringen, unbotmäßiger Streiter für sozialistische Politik. Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages November 2003,

rich P. Kahlenberg und Gregor Gysi am 29. Dezember 1992 im Bonner Innenministerium den Einbringungsvertrag zwischen dem Bundesarchiv und der Partei des Demokratischen Sozialismus. In der Eigentumsfrage, die neben der Personalfrage wesentlicher Streitpunkt der Verhandlungen gewesen war, konnte bis zuletzt kein Konsens erzielt werden. Die Eingangsformel des Vertrages schreibt deshalb den von beiden Seiten bekundeten Eigentumsanspruch fest, setzt aber hinzu, die vertragliche Vereinbarung werde „unabhängig von diesen unterschiedlichen eigentumsrechtlichen Auffassungen“ getroffen.<sup>42</sup> Gregor Gysi betont, dass dieser Eigentumsanspruch nach wie vor Gültigkeit besitze: Das ehemalige ZPA der SED liege „beim Bundesarchiv, gehöre aber weiterhin der Partei und wir haben ein besonderes Zugriffsrecht. Bezahlen aber muss alles die Bundesregierung.“<sup>43</sup> Der Vertrag regelt die Einbringung des Stiftungsvermögens durch den Bund und die PDS. Beide Seiten stimmen darin überein, dass hinsichtlich der Bestände der archivfachliche Grundsatz der Unverletzbarkeit des historischen Entstehungszusammenhangs zu beachten sei. Die PDS bzw. seit 2007 die Partei Die Linke erkennt somit die getroffene gesetzliche Regelung formal zwar nicht an, duldet sie aber in der Praxis.

#### **4. Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)**

Am 4. Januar 1993 nahm die ‚Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR‘ im Bundesarchiv ihre Arbeit auf, zunächst im alten IML-Gebäude in der Torstraße in Berlin-Mitte. Im Jahre 1996 wurde der Großteil der bis dahin an verschiedenen Orten in Berlin und Umgebung lagernden Beständen der Parteien und Massenorganisationen mit einem Umfang von ca. 28 km Archiv- und Bibliotheksgut am neuen Berliner Standort des Bundesarchivs in Lichterfelde zusammengeführt, der seitdem auch Sitz der SAPMO ist. Ihr Kommissarischer Leiter war zunächst Bundesarchiv-Präsident Kahlenberg. Nach Konstituierung des Stiftungs-Kuratoriums, wurde im Oktober 1993 Konrad Reiser zum Direktor der SAPMO ernannt. 2002 folgte ihm Angelika Menne-Haritz, die wiederum im Jahre 2014 von Simone Walther-von Jena abgelöst wurde. Mitglieder des Kuratoriums sind neben dem Präsidenten des Bundesarchivs Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages sowie Vertreter der ostdeutschen Bundesländer und der Einbringer. Das Kuratorium beschließt grundsätzliche Fragen, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören und überwacht die Tätigkeit des Stiftungsdirektors bzw. der Stiftungsdirektorin. Zudem begleitet ein Wissenschaftlicher Beirat, in

---

Schkeuditz 2004, S. 101.

42 Abdruck des Vertrages in: Stamm: Wem gehören die Akten der SED, S. 180 ff.

43 Gregor Gysi: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017, S. 333.

dem Sachverständige aus den Bereichen Archiv- und Bibliothekswissenschaften sowie Geschichts- und Sozialwissenschaften vertreten sind, die Arbeit der SAPMO.

Sowohl in den Kreisen der Wissenschaft und Forschung als auch von den Vertretern der damaligen Verhandlungsparteien werden die Ergänzung des Bundesarchivgesetzes und die Tätigkeit der SAPMO im Bundesarchiv positiv gewürdigt. Nach Ansicht des Kölner Historikers Ralph Jessen könne man „die Sicherung sowie die schnelle und radikale Öffnung fast aller Archive von Staat und Partei in der DDR [...] rückblickend gar nicht hoch genug einschätzen.“<sup>44</sup> Günter Benser unterstrich im Jahre 2008, die SAPMO könne „mit Fug und Recht als eine akzeptable, tragfähige und zukunftsträchtige Lösung bezeichnet werden.“<sup>45</sup> Dem damaligen Bundesarchiv-Präsidenten Friederich P. Kahlenberg erschien die Stiftung im Nachhinein „als repräsentatives Beispiel der Bereitschaft aller Beteiligten, neue Wege zu gehen und aus unterschiedlichen Elementen auch neue institutionelle Formen zu schaffen.“ Sie stand ihm – wie er im Jahre 2006 betonte – „als ein gelungenes Beispiel der Gemeinsamkeit im Osten und Westen unseres Landes vor Augen.“<sup>46</sup>

Mit der Einrichtung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv wurden sehr gute Rahmenbedingungen für Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der eng miteinander verflochtenen Nachkriegsentwicklung beider deutscher Staaten geschaffen sowie für eine quellengestützte Aufarbeitung der historischen Entwicklung der DDR.

*Christoph Stamm*

Zurück

---

44 Ralph Jessen: Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre, in: Deutschland Archiv, 43. Jg. 6/2010, S. 1053.

45 Günter Benser: Was geschah mit den Archiven, S. 34.

46 Friedrich P. Kahlenberg: Ut omnes unum sint. Zur Erinnerung an die Gründung von SAPMO, in: *Mitteilungen* des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderheft 2006, S. 18.



Förderkreis Archive und Bibliotheken  
zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

**Vortragsreihe der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR, des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft**

## Einladung zum Vortrag

**Dr. Riccardo Altieri** (Würzburg): "Historischer Rekonstruktivismus und Netzwerkforschung - von den Grenzen archiviengestützter Biographieforschung am Beispiel von Rosi Wolfstein und Paul Frölich".

*Donnerstag, den 23. März 2023 um 18 Uhr im großen Veranstaltungsraum des Benutzungsentrums im Bundesarchiv, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin*

Rosi Wolfstein (1888-1987) und Paul Frölich (1884-1953) sind heute den wenigsten bekannt, selbst innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Geschichtswissenschaft. Das liegt mitunter daran, dass die beiden 1928/29 als Linkssozialisten aus der KPD ausgeschlossen wurden und später nie in die SED eingetreten waren. Dadurch fielen sie durch das Raster der Kanonisierung in den Ländern des regierenden Sozialismus. In der westdeutschen Sozialdemokratie waren sie aufgrund ihrer einstigen Nähe zum Kommunismus ebenfalls nicht sonderlich anerkannt. So verloren sich ihre Lebensspuren, obwohl er einige Jahre im Reichstag und sie im Preußischen Landtag tätig waren, die Werke Rosa Luxemburgs herausgaben und auch sonst publizistisch sehr aktiv waren. Erst im 21. Jahrhundert tauchte eine Teilautobiographie Frölichs zur ersten Lebenshälfte auf. Rosi Wolfsteins Leben war durch nichts Vergleichbares erschlossen. Auf der Suche nach Quellen für eine Doppelbiographie wurde Riccardo Altieri in mehr als 40 Archiven weltweit fündig - unter anderem im Bundesarchiv, aber auch in Moskau, im Schweizerischen Kienthal, in Oslo und New York. Altieri präsentiert in seinem Vortrag ausgewählte Schätze aus einer Unmenge an gedruckten und ungedruckten Quellen. Dr. Riccardo Altieri ist Leiter des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken. Die Doppelbiographie zu Rosi Wolfstein und Paul Frölich war zugleich seine Dissertationsschrift an der Universität Potsdam.

Der Eintritt ist unentgeltlich.

Zurück

**Sitz:**  
Finckensteinallee 63  
12205 Berlin  
[www.archive.fabgab.de](http://www.archive.fabgab.de)

**Postanschrift:**  
Dr. Holger Czirlich-Stahl  
Beethovenstraße 51  
D – 16548 Glienicke/Nb.  
(0049) 33056 77417

**Bankverbindung:**  
Kontoführendes Institut: Commerzbank  
IBAN: DE39 1208 0000 0662 821700  
BIC: DRESDEFF120  
[czirlich-stahl@arcor.de](mailto:czirlich-stahl@arcor.de)

## Informationen

### **Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft Founded in 1980 by Prof. Narihiko Ito† (Chuo University Tokyo)**

#### **Mitteilungen (Dez. 2022/Febr. 23)**

- Auf dem **Programm unserer Konferenz vom 6.- 8. März 2023** an der **Nord-Universität in Bodø, Norwegen**, stehen wieder internationale Referentinnen und Referenten mit interessanten Themen (s. die weitere Anlage). **Prof. Dr. Frank Jacob** von der Nord Universität hat dankenswerterweise die Konferenz hervorragend organisiert. Die Tagung wird unterstützt von der Nord-Universität und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Die deutsche Ausgabe der im Karl Dietz Verlag erschienenen **Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs von Band 1.1., 1.2. bis Band 7.1., 7.2.** ist jetzt kostenlos online verfügbar: <https://rosaluxemburgwerke.de/buecher>.
  - Die englische Ausgabe – *Complete Works of Rosa Luxemburg* – im Verso Verlag unter der **Gesamtredaktion** der Serie durch **Prof. Dr. Peter Hudis** umfasst bisher 2 Bände zu ökonomischen Themen sowie 2 Bände zum Thema „Revolution“. Der im März 2022 erschienene 2. Band zu letzterem Thema umfasst die Jahre 1906 bis 1909. Die Publizierung des 3. Bandes zum Thema „Revolution“ für den Zeitraum 1909 bis 1919 ist für die Jahreswende 2023/24 vorgesehen.  
<https://www.versobooks.com/books/3891-the-complete-works-of-rosa-luxemburg-volume-iv>.
- In **Frankreich** haben die Verlage von Collectif Smolny und von Agone bisher **5 Bände Œuvres complètes von Rosa Luxemburg** herausgebracht. Ein 6. Band ist für Ende 2023 angekündigt. Danach sollen auch die Briefe Rosa Luxemburgs komplett auf Französisch publiziert werden. (<http://smolny.fr/rosa-luxemburg>).
- Weitere interessante Neuerscheinungen in Frankreich:
  - a) Die Nummer 1/2022 des Journals *Actuel Marx* hat ihren **Schwerpunkt im Thema „Rosa Luxemburg“** mit Beiträgen von **Jean-Numa Ducange, Michael Löwy, Peter Hudis, Sandra Rein, Marcel Bois, Michael Krätke** und anderen. (<https://www.cairn-int.info/journal-actuel-marx-2022-1.htm>).
  - b) **Jean-Numa Ducange: La République ensanglantée. Berlin, Vienne: aux sources du nazisme, Malakoff 2022.**
  - c) **Julien Juzeville: Rosa Luxemburg: lettres inédites**, auf der Website von „Fondation Jean Jaurès“, gepostet am 10.02.2023: <https://www.jean-jaures.org/publication/rosa-luxemburg-lettres-inedites/>. Ein Brief R. Luxemburgs vom 21. 10.1898 sowie ein Fragment, das zu einem Brief vom 27.1.1913 gehört, dessen

1. Seite im IISG Amsterdam, also unvollständig, liegt. **Beide an Jules Guède gerichtete Schriftstücke sind im Original auf Französisch geschrieben und bisher unveröffentlicht.**

- **In Spanien** ist im März 2022 der Sammelband „**Rafael Rodríguez-Prieto (coord.): Democratizar la producción una reflexión crítica sobre el legado de Rosa Luxemburg**, [Sevilla]: Atrapasueños, [2022]“ mit mehreren Aufsätzen erschienen, darunter ein Beitrag unseres Co-Vorsitzenden **Pablo Eduardo Slavín: Democracia y revolución en el pensamiento de Rosa Luxemburg** (Verzeichnis der Beiträge: <https://dialnet.unirioja.es/servlet/libro?codigo=858685>).
- **In Italien** fand an der **Universität Pisa** vom 24. bis 26. Januar 2023 eine Konferenz statt mit dem Thema **Past and Present: Why Rosa Luxemburg now?** (<https://securitypraxis.eu/freedom-conflicts-change-legacies-of-rosa-luxemburg-2/>).
- Aus Altersgründen (86 Jahre), auch wegen einiger Gesundheitsprobleme, wird Ottokar Luban seine Funktion als ehrenamtlicher Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, die er seit 1999 ausübt, im März 2023 aufgeben. Diese Aufgabe wird danach – zusammen mit dem Co-Sekretär Dr. Philipp Kufferath – von Prof. Dr. Frank Jacob wahrgenommen. (CV Frank Jacob: <https://www.nord.no/en/employees/frank-jacob#&acd=accAboutMe&acd=accResearch&acd=h-uprr&acd=h-upor>).
- Als neues Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates wird **Ottokar Luban** der *Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft* weiterhin verbunden bleiben.
- Über eine **Konferenz in Wien im Juni 2024** haben erste Vorgespräche mit dem **Institut für Historische Sozialforschung an der Arbeiterkammer Wien stattgefunden (angedachtes Thema: Linke gegen den Ersten Weltkrieg – 110. Jahrestag Kriegausbruch)**.
- Weiterhin liegt eine Einladung vor, dass die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft sich an einer **Konferenz an der Universität in Rouen, Frankreich**, beteiligt.

*Philipp Kufferath* (p.kufferath@posteo.de), *Ottokar Luban* (oluban@gmx.de), ehrenamtl. Sekretäre der Gesellschaft

Zurück

# International Rosa Luxemburg Conference

6 – 8 March 2023, Bodø



## DAY 1: 6 MARCH

14:00 Welcome Notes

### 14:30 Panel 1: Rosa Luxemburg and the Periphery: Latin America

A Red Witch Is Haunting Latin America (Selene Aldana Santana and Amada Vollbert Romero, Mexico City)

Rosa Luxemburg and the International Women's Strike (Alex Adamson, Wellesley, MA, USA)

Cultural Heritage in the Periphery: A Luxemburgian Analysis (Rosa Rosa Gomes, São Paulo)

16:00 Break

18:00 Public Event: Book Presentation/Roundtable (Stormen, Bodø)

## DAY 2: 7 MARCH

### 10:00 Panel 2: Rosa Luxemburg and the Periphery: Other Regions

Reception of Rosa Luxemburg in the Balkans during the World Revolution, 1917–1923 (Stefan Gužvica, Belgrade)

Walking on the edges: Rosa Luxemburg in Yugoslavia (Ankica Čakardić, Zagreb)

Luxemburg in Canada (Sven Steinberg, Ottawa/Ontario, Canada)



- 11:30 **Lunch Break**
- 13:00 **Panel 3: Rosa Luxemburg and Her Perception in Scandinavia**  
 "But we will brawl, I can promise we do." Bruno Kreisky Discusses Luxemburg's Ideas in Swedish Exile (Christian Dietrich, Frankfurt/Oder)  
 Rosa Luxemburg and the Norwegian Labour Movement (Steinar Aas, Bodø)
- 14:00 **Break**
- 14:30 **Panel 4: The Impact of Rosa Luxemburg's Ideas on Contemporary Progressive Mass Movements and Socialist Democracy (Part 1)**  
 Luxemburg and the Relevance of Republican Democracy (Ben Lewis, Leeds)  
 Rosa Luxemburg as a Republican Agitator: Shaping Social Democracy in Imperial Germany (David Guerrero and Andrea Pérez-Fernández, Barcelona)
- 16:00 **Panel 5: Projects and Sources**  
 Let Rosa Luxemburg Speak Chinese: The Project of Issuing The Complete Works of Rosa Luxemburg in Chinese (WU Xinwei, Wuhan)  
 "Which Institution Will Take Over the Papers of Narihiko Ito?" Short information by Wako Asato (Kyoto)

**DAY 3: 8 MARCH**

- 10:00 **Panel 6: The Impact of Rosa Luxemburg's Ideas on Contemporary Progressive Mass Movements and Socialist Democracy (Part 2)**  
 Railroad Luxemburg: Luxemburg's Theory of Infrastructure and Its Consequences for Competing Models of Internet Ownership (Charlie Muller, New York)  
 Rosa Luxemburg: Economics & Experience (Ingo Schmidt, Athabasca, Canada)  
 Rosa Luxemburg, Imperialism and the Socialist Challenge in South Africa (Gunneth Kaaf, Bloemfontein)
- 11:30 **Lunch Break**
- 12:30 **Panel 7: New Insights into Rosa Luxemburg's Life, Work, and Impact**  
 Willy Brandt's View of Rosa Luxemburg (Uli Schöler, Berlin)  
 Critique of the Totality Method Used by Rosa Luxemburg in Her Critique of Marx's Schema of Expanded Reproduction (Haochao Lin, Guangdong)  
 Rosa Luxemburg and Literature: Literature Effects on Rosa Luxemburg's Social Theory (Marc Ortmann, Munich)  
 The Portrayal of Rosa Luxemburg in the Films of the GDR and the FRG (Julia Killet, Munich)  
 Nature and Plants in Rosa Luxemburg's Philosophy (Evelin Wittich, Berlin)
- 15:00 **Concluding Session**

**LOCAL ORGANIZATION/CONTACT:**

Prof. Dr. Dr. Frank Jacob  
 Nord Universitet  
 FSV  
 Universitetsalléen 11  
 8026 Bodø  
 frank.jacob@nord.no

**CO-HOSTED BY:**

Nord University  
 International Rosa Luxemburg Society  
 Rosa Luxemburg Stiftung



*International Rosa Luxemburg Society (IRLS)*  
 Founded in 1980 by Prof. Narihiko Ito (Chiba University, Tokyo)



Zur Konferenz wird es eine Videoaufzeichnung geben. Der Link dazu wird zur gegebenen Zeit auf der Internetseite [www.fabgab](http://www.fabgab) veröffentlicht.

## Neues aus der Forschung

### Neuere Forschungs- und Vermittlungsprojekte zur schweizerischen Gewerkschaftsgeschichte

Gewerkschaftsgeschichte galt lange Zeit als eher trockene Materie für traditionalistische Arbeiterbewegungshistoriker:innen. Tatsächlich widerspiegelt sie aber zentrale Entwicklungs- und Konfliktlinien moderner Gesellschaften, ist in hohem Maße anschlussfähig an neue Fragestellungen und Perspektiven der Geschichtswissenschaften und kann ihre Gegenwartsrelevanz auch durch Auslösung geschichtspolitischer Debatten unter Beweis stellen. Akademische Forschung, archivische Innovationen und gewerkschaftliche „Public History“ können sich dabei gegenseitig befruchten. Dies zeigt ein Blick auf Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte in der Schweiz.

#### Überlieferung und Zugänglichkeit der Gewerkschaftsarchive

In den letzten Jahrzehnten haben die meisten Schweizer Gewerkschaften ihre Archive ins Schweizerische Sozialarchiv in Zürich abgeliefert. Dies betrifft sowohl die im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) zusammengeschlossenen Verbände als auch die (heute größtenteils im 2002 gegründeten Dachverband „Travail.Suisse“ versammelten) nichtsozialistischen Gewerkschaften christlich-sozialer, liberaler oder evangelischer Ausrichtung, ebenso Angestellten- und Beamtenorganisationen. Hinzu kommen im Sozialarchiv die Nachlässe wichtiger Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung. Die Findmittel dieser Archive sind online einsehbar ([www.findmittel.ch](http://www.findmittel.ch)). In der Regel befinden sich von den Einzelgewerkschaften und Dachverbänden die Akten der nationalen Ebene und der Sektionen des Kantons Zürich im Sozialarchiv, während die Sektionen anderer Regionen in den jeweiligen Kantonsarchiven oder regionalen Spezialinstitutionen (Collège du Travail, Genf; Association pour l'étude de l'histoire du mouvement ouvrier (AEHMO), Lausanne; Fondazione Pellegrini-Canevascini, Bellinzona) gelagert werden. Für die Recherche nach Arbeiterbewegungsbeständen in den unterschiedlichen schweizerischen Archiven existiert ein Metakatalog ([www.arbeiterbewegung.ch/archive](http://www.arbeiterbewegung.ch/archive)).

Audiovisuelles Material aus den Gewerkschaftsbeständen im Sozialarchiv ist auf einer online-Datenbank abrufbar ([www.bild-video-ton.ch](http://www.bild-video-ton.ch)). Zurzeit leitet das Sozialarchiv auch ein Projekt zur Retro-Digitalisierung der historischen Gewerkschaftspresse. Zehn Titel wurden 2018 auf dem Zeitungsportal der Schweizerischen Nationalbibliothek ([www.e-newspaperarchives.ch](http://www.e-newspaperarchives.ch)) angeschaltet, wei-

tere werden in den nächsten Jahren folgen. Im Vorfeld des zweiten nationalen Frauenstreiks von 2019 hat das Sozialarchiv auch eine Auswahl von Quellen zum ersten Frauenstreik von 1991 digitalisiert ([www.sozialarchiv.ch/2019/05/04/frauenstreik-gestern-und-heute/](http://www.sozialarchiv.ch/2019/05/04/frauenstreik-gestern-und-heute/)). Der SGB hat 2018 im Hinblick auf das 100-Jahre-Jubiläum des Landesstreiks wichtiges Quellenmaterial aus seinem Archiv online zugänglich gemacht ([www.generalstreik.ch/quellen](http://www.generalstreik.ch/quellen)). Insgesamt hat sich der Zugang zu den Archiven der Schweizer Gewerkschaften für Forschung und Öffentlichkeit seit der Jahrtausendwende markant verbessert.

### **Forschung zur Gewerkschaftsgeschichte**

Die Standardwerke zur schweizerischen Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsgeschichte stammen aus den 1960er- bis 1980er-Jahren und fokussieren stark auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert. Zu nennen sind etwa Gautschis Monographie über den Landesstreik (1968, zuletzt neu aufgelegt 2018), Gruners Gesamtdarstellung über die Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1968), ein Quellenband der Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung (1975), ein anlässlich des 75-Jahre-Jubiläums des Sozialarchivs 1981 herausgegebener Sammelband sowie das mehrbändige Werk „Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz, 1880-1914“ (1987/88) mit diversen Beiträgen zur Entwicklung der Gewerkschaften. Entsprechend dem internationalen Trend nahm in den 1990er-Jahren die Forschung zur schweizerischen Arbeiter:innengeschichte ab. Immerhin erschienen mit den Büchern von Degen (1991), Fluder et al. (1991) und Eisinger (1997) aber noch grundlegende Werke zur Gewerkschaftsgeschichte, ebenso 1997 eine von Studer/Vallotton herausgegebene Bilanz zur bisherigen Arbeiterbewegungsgeschichte.

Seit der Jahrtausendwende hat sich die Forschung zur helvetischen Gewerkschaftsgeschichte wieder belebt. Während zuvor die historische Streikforschung zur Schweiz jahrelang fast vollständig brachgelegen hatte, entstanden in den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts eine Reihe von (teilweise die Schweiz auch in internationale Vergleiche einbeziehende) Studien, die neue quantitative Ansätze verwendeten (Casutt-Schneeberger 2011), Perspektiven der Kultur-, Geschlechter-, Emotions- und Diskursgeschichte einbezogen (Koller 2009) oder sich auf die streikarme Zeit der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten (Deshusses 2014, Spillmann 2005, Barcella et al. 2019). Wenig wissenschaftliche Analyse erfahren hat bis jetzt der erste landesweite Frauenstreik vom Juni 1991, der von Teilen der gewerkschaftlichen Basis angestoßen worden war.

Auch andere gewerkschaftshistorische, aber nach wie vor aktuelle Themen sind Gegenstand wissenschaftlicher Studien geworden. Die Dissertation von Wyler (2012) befasste sich mit den Schweizer Gewerkschaften und Europa zwischen

1960 und 2005 mit Fokus auf den europapolitischen Positionen im Verhältnis zu EFTA, EWR und EU, der Zusammenarbeit mit internationalen Gewerkschaftsorganisationen sowie dem Verhältnis zu den europäischen Betriebsräten. Mehrere Studien untersuchten gewerkschaftliche Positionen zur Arbeitsmigration und der Integration von Migrant:innen in die Gewerkschaften seit 1945 (von Allmen/Steinauer 2000, Steinauer/von Allmen 2000, Spillmann 2005, Zürcher 2014).

Gleich zwei Biografien erschienen über Margarethe (Faas-)Hardegger, die 1905 bis 1909 als erste SGB-Frauensekretärin die Integration von Frauen in die Gewerkschaften voranzutreiben versuchte (Boesch 2003, Bochsler 2004). Baumgärtner (2013) hat eine Gesamtdarstellung der Entwicklung der „Industrial Relations“ im modernen Schweizer Bundesstaat vorgelegt und zwei Artikel von Koller (2019) und Zimmermann (2015) rekonstruierten Debatten über die (in der Schweiz bis heute schwach institutionalisierte) betriebliche Mitbestimmung um 1920 sowie in den 1970er-Jahren. Hinzu kamen zwei größere Publikationen zur Verwendung von Fotografie und Film durch die Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung (Koller/Naef 2019, Länzlinger/Schärer 2009). In Bearbeitung ist zurzeit eine Studie von Deshusses zum Umgang der Typographen Gewerkschaft mit dem technologischen Wandel in der Medienwelt in den 1960er- bis 1980er-Jahren.

### **Gewerkschaftliche „Public History“**

Neben der akademischen Historiografie wird Gewerkschaftsgeschichte auch in „Public History“-Aktivitäten der Gewerkschaften selbst tradiert. Der SGB (Boillet et al. 2006) sowie verschiedene Einzelgewerkschaften haben in den letzten zwei Jahrzehnten aus Anlass von Jubiläen oder bevorstehenden Fusionen Bücher zu ihrer Geschichte vorgelegt. Im Unterschied zu früheren Jubiläumsschriften wurden diese nun häufig von akademisch ausgebildeten Historiker:innen verfasst (z. B. Zimmermann 2013 und 2019). Die größte Schweizer Einzelgewerkschaft UNIA, die 2004 aus einer Fusion mehrerer Verbände entstanden ist, hat mehrere, teilweise von ehemaligen und aktuellen Präsident:innen mitverfasste Bücher zu Aspekten ihrer Geschichte publiziert (Rieger et al. 2008, Rieger 2014, Alleva et al. 2015, Alleva/Rieger 2017, Pedrina 2018, Pedrina/Schäppi 2021) und verfügt über eine Schriftenreihe „Materialien zu unserer Geschichte“ sowie einen Forschungsfonds zur Unterstützung gewerkschaftshistorischer Archivierungs- und Vermittlungsprojekte.

Darüber hinaus hat die UNIA 2013 bis 2017 das Oral-History-Projekt „Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen erzählen“ durchgeführt, das 41 Interviews mit Funktionär:innen und aktiven Gewerkschafter:innen seit den 1960er-Jahren umfasst. Diese Quellen dienen primär der gewerkschaftsinternen Bildungsarbeit, können aber auch im Sozialarchiv abgehört werden. Der SGB publizierte 2018

eine Broschüre mit „Feierabendgesprächen“ mit Paul Rechsteiner, der dem Dachverband von 1998 bis 2018 als Präsident vorgestanden hatte (Keller/Rieger 2018). Das gewerkschaftsnahe Collège du Travail digitalisierte 2015/16 127 Audiokassetten und 4 Magnetbänder mit Interviews mit Gewerkschaftsveteran:innen, die in den 1970er- und 1980er-Jahren aufgezeichnet worden waren und nun im Collège du Travail und im Sozialarchiv zugänglich sind.

2014/15 zeigte der „Espace Arlaud“ in Lausanne die vom Musée cantonal d’archéologie et d’histoire und der gewerkschaftsnahen AEHMO konzipierte Ausstellung „Sous le drapeau syndical“, die Gewerkschaftsgeschichte im Spiegel ihrer Fahnen erzählte. Weitere erinnerungskulturelle Aktivitäten bezogen sich auf Denkmäler. Insgesamt gibt es in der Schweiz nur wenige Arbeiter:innendenkmäler. Seit der Jahrtausendwende haben sich vor allem aus den Gewerkschaften heraus Bestrebungen für öffentliche Erinnerungsorte an den Landesstreik von 1918 verstärkt. In Grenchen weihten die Stadt und lokale Gewerkschaften 2008 eine Gedenktafel für die drei während des Landesstreiks von Ordnungstruppen getöteten Arbeiter ein. Gleichzeitig wurde in Olten eine Rostmetall-Plastik von Schang Hutter zum Gedenken an den Landesstreik aufgestellt. 2018 reichten sozialdemokratische Abgeordnete in den Stadtparlamenten von Zürich, Genf, Biel, Basel und Grenchen Vorstöße für Denkmäler zu den Todesopfern der Ordnungsdienst-einsätze gegen die Streik- und Protestwelle 1917 bis 1919 ein. Daraus ist bislang ein 2021 eingeweihtes, vom lokalen Gewerkschaftsbund veranlasstes Denkmal in Biel hervorgegangen.

### **Aktivitäten zum Landesstreikjubiläum 2018**

Einen Hype von Veröffentlichungen und „Public History“-Aktivitäten, aber auch geschichtspolitischen Kontroversen, brachte 2018 das Zentenarium des landesweiten Generalstreiks vom November 1918, der als größte Krise des modernen Schweizer Bundesstaats gilt. Nachdem seit den Standardwerken der 1960er- und 1970er-Jahre abgesehen von einigen Regionalstudien (z. B. Hiltbrunner 2012) kaum mehr über das Ereignis geforscht worden war, befassten sich nun zahlreiche Untersuchungen mit bislang unterbelichteten Themen wie etwa der bis 1919 anhaltenden Versorgungskrise, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Reaktionen auf die Umbrüche bei Kriegsende oder der Rolle von Akteur:innen wie den Frauen, den Arbeitgebern, den Bauern oder den Bürgerwehren (z. B. Auderset et al. 2018, Rennwald/Zimmermann 2018, Rossfeld et al. 2018). Untersucht wurden auch die Einbettung des Landesstreiks in die Streik- und Protestwelle 1917 bis 1919, die kurze Reformperiode nach 1918 (u. a. Einführung der 48-Stunden-Woche) sowie die Memorialisierung des Landesstreiks in den folgenden Jahrzehnten. Zugleich offenbarte sich, dass das Ereignis stärker im in-

ternationalen Zusammenhang zu sehen ist. Dabei geht es etwa um die Wahrnehmung der zeitgleichen Umbrüche in mehreren Nachbarstaaten, die transnationalen Verflechtungen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen, Regierungen und paramilitärischen Organisationen oder die Wirkungen der propagandistischen, diplomatischen und geheimdienstlichen Aktivitäten der Kriegführenden in der Schweiz.

Neben der akademischen Forschung, aber mit ihr verknüpft, gab es 2018 zahlreiche „Public History“-Aktivitäten. Das Fernsehen der Deutschen Schweiz produzierte eine Docufiction, die das Geschehen stark auf wenige zentrale Figuren fokussierte. Eine weitere Filmproduktion in der Romandie folgte dem Muster des klassischen Dokumentarfilms. Nebst Massenmedien, Regionalmuseen und Volkshochschulen griffen ein Laientheater mit Beteiligung von Gruppen aus allen Landesregionen in Olten sowie eine von Bundespräsident Alain Berset eröffnete Ausstellung des Landesmuseums Zürich und des Schweizerischen Sozialarchivs das Thema auf, die beide großen Publikumszuspruch fanden.

Daneben nahmen sich verschiedene politische Kräfte des Themas an. Der Zürcher „Tages-Anzeiger“ bezeichnete den Landesstreik zutreffend als „sozialpolitischen Rohrschachtest“. Die Gewerkschaften organisierten zahlreiche Veranstaltungen – darunter zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei ein großes Jubiläumsfest in Olten – und veröffentlichten mehrere Broschüren (SGB 2018, Dirlwanger 2018). Exponent:innen der Gewerkschaften und politischen Linken betonten dabei die Wirkung des Streiks als demokratische und sozialpolitische Initialzündung. Dies stand im Einklang zu den Erkenntnissen der Forschung, spitzte diese freilich im Sinne der eigenen Interessen zu. SGB-Präsident Paul Rechsteiner stellte den Streik als „zentralen Wendepunkt der neueren Schweizer Geschichte“ in eine Reihe mit der Aufhebung der Untertanenverhältnisse 1798 und der Bundesstaatsgründung von 1848. Gemäß der sozialdemokratischen Bundesrätin Simonetta Sommaruga stellte der Streik die Weichen dafür, dass „wir heute in einem Land leben, in dem möglichst niemand vergessen geht“. Und für Bundespräsident Berset stand er „nicht nur für das Programm des sozialen Fortschritts, sondern auch des politischen Fortschritts – also der Inklusion immer weiterer Bevölkerungskreise in unsere demokratische Kultur“.

Auf der Rechten gab es zwei geschichtspolitische Strategien, die beide im Widerspruch zu den Befunden der historischen Forschung standen. Die erste versuchte, das Ereignis von seinen sozialhistorischen Ursachen (die als „Verelendungsnarrativ“ karikiert wurden) und sozialpolitischen Folgen abzukoppeln und es (in den Worten des Militärhistorikers Rudolf Jaun) als „politisches Freilichttheater“ zu trivialisieren. Die rechtsliberale „Neue Zürcher Zeitung“ und andere Periodika ähnlicher Ausrichtung publizierten 2014 bis 2018 verschiedene Artikel arbeitgebernaher Historiker und Ökonomen auf dieser Linie. In der Fachwelt

wiesen Kritiker:innen unterschiedlicher politischer Couleur bei diesen Interpretationen auf methodische Unzulänglichkeiten, Faktenfehler, Pauschalisierungen, minimale Quellenbasis, Ausblendung realwirtschaftlicher Daten und Einseitigkeiten bei der Darstellung des Forschungsstands hin. Rechtspopulistische Kreise um den Milliardär und Ex-Bundesrat Christoph Blocher reaktivierten dagegen die im Bürgertum bis in die frühe Nachkriegszeit trotz fehlender Evidenz populäre Vorstellung vom Landesstreik als missratenem, bolschewistisch inspiriertem Umsturzversuch. Mit dieser von der Forschung seit den 1960er-Jahren widerlegten Interpretation stießen sie auf vehementen Widerspruch nicht nur aus der historischen Fachwelt und gewerkschaftlichen Kreisen, sondern auch im überwiegenden Teil der Medien.

*Christian Koller*  
*Schweizerisches Sozialarchiv,*  
*Stadelhoferstrasse 12, 8001 Zürich*

## **Bibliografie**

- Alleva, Vania et al.: Rentenalter 60 auf dem Bau: Wie es dazu kam. Bern 2015.
- Alleva, Vania und Andreas Rieger (Hg.): Streik im 21. Jahrhundert. Zürich 2017.
- Allmen, Malik von und Jean Steinauer: L'apport de l'immigration au syndicalisme suisse depuis 1945: Rapport scientifique: Programme national de recherche 39 „Migrations et relations interculturelles“. 2 Bde. Genf 2000.
- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.): Schweizerische Arbeiterbewegung: Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1975.
- Armingeon, Klaus und Simon Geissbühler (Hg.): Gewerkschaften in der Schweiz: Herausforderungen und Optionen. Zürich 2000.
- Auderset, Patrick und Marianne Enkell: Sous le drapeau syndical, 1845–2014: Les syndicats vaudoises et leurs emblèmes. Lausanne 2014.
- Auderset, Patrick et al. (Hg.): Der Landesstreik 1918 / La Grève générale de 1918 – Krisen, Konflikte, Kontroversen / Crises, conflits, controverses. Zürich/Lausanne 2018.
- Barcella, Paolo et al.: Der Streik in den SBB-Werkstätten in Bellinzona: Arbeitskämpfe im 21. Jahrhundert. Zürich 2019.
- Baumgärtner, Alex: Industrial Relations in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Baden-Baden 2013.
- Berthel, Stefan: Der Christliche Metallarbeiter-Verband (CMV) und seine Rolle als Minderheitsgewerkschaft in der Hochkonjunktur von 1955 bis 1974. Masterarbeit Univ. Zürich 2018.
- Bochsler, Regula: Ich folgte meinem Stern: Das kämpferische Leben der Margarethe

Hardegger. Zürich 2004.

Boesch, Ina: *Gegenleben: Die Sozialistin Margarethe Hardegger und ihre politischen Bühnen*. Zürich 2003.

Boillet, Valérie et al. (Hg.): *Vom Wert der Arbeit: Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*. Zürich 2006.

Casutt-Schneeberger, Julia: *Business Cycles and Strike Activity: Labour Conflicts across Different Economic Regimes 1945–2004*. Marburg 2011.

Degen, Bernard: *Abschied vom Klassenkampf: Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929)*. Basel 1991.

De Giorgi, Alda et al. (Hg.): *Archives, histoire et identité du mouvement ouvrier: Actes de la rencontre internationale organisée à Genève, les 7 et 8 mai 2004, par la Fondation Collège du travail et l'Association pour l'étude de l'histoire du mouvement ouvrier (AE-HMO)*. Genf 2006.

Deshusses, Frédéric: *Grèves et contestations ouvrières en Suisse, 1969–1979*. Lausanne 2014.

Dirlewanger, Dominique (Hg.): *La grève générale de 1918: Histoire d'un événement fondateur du XXe siècle en Suisse – Matériaux pour l'enseignement*. Lausanne 2018.

Eisinger, Angelus: „Die dynamische Kraft des Fortschritts“: *Gewerkschaftliche Politik zwischen Friedensabkommen, sozioökonomischem Wandel und technischem Fortschritt: Der schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) 1952–1985*. Zürich 1996.

Fluder, Robert et al.: *Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft. Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940*. Zürich 1991.

Gautschi, Willi: *Der Landesstreik 1918*. Zürich 1968.

Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV (Hg.): *Keinen Schritt umsonst getan: Blicke auf die Gewerkschaft SMUV 1970–2000*. Baden 2004.

Gruner, Erich: *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert: Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat*. Bern 1968.

Gruner, Erich et al. (Hg.): *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914: Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisationen und Sozialpolitik*. 3 Bde. Zürich 1987-1988.

Hartmann, Hans (Red.): *Gewerkschaftsleben: GBI: Bewegung für raue Zeiten*. Zürich 2004.

Heimberg, Charles: *La Grève générale de 1918 en Suisse: Un documentaire qui brouille les esprits*, in: *Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier* 34 (2018). S. 61-65.

Hiltbrunner, Edith: *Generalstreik 1918 in der Region Grenchen-Solothurn*. Fribourg 2012.

Hug, Ralph (Red.): *100 Jahre VHTL 1904 bis 2004*. Zürich 2004.

Keller, Stefan (Hg.): *Vorwärts zum Genuss: Von Arbeiterferien und Arbeiterhotels*.

Zürich 2014.

Keller, Stefan und Andreas Rieger: *Feierabendgespräche mit Paul Rechsteiner*. Bern 2018.

Koller, Christian: *Streikkultur: Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*. Münster/Wien 2009.

Koller, Christian: „Auf einem Schiffe regiert der Kapitän und kein Matrosenrat“ – Die Mitbestimmungsdebatte nach dem Schweizer Landesstreik, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 69/1 (2019), S. 49-72.

Koller, Christian: Irrtum, Erkenntnis und Interessen: Die Erinnerung an den schweizerischen Landesstreik zwischen Geschichtswissenschaft und Memorialpolitik, in: *conexus* 2 (2019), S. 175-195. URL: <https://www.hope.uzh.ch/conexus/article/view/conexus.2019.02.011>.

Koller, Christian und Raymond Naef (Hg.): *Chronist der sozialen Schweiz: Fotografien von Ernst Koehli 1933–1953*. Baden 2019.

Länzlinger, Stefan und Thomas Schärer: *Stellen wir diese Waffe in unseren Dienst: Film und Arbeiterbewegung in der Schweiz*. Zürich 2009.

Pedrina, Vasco: *Von der Kontingentierungspolitik zur Personenfreizügigkeit: Gewerkschaftliche Migrationspolitik im Wettlauf gegen Diskriminierungen und Lohndumping*. Bern 2018.

Pedrina, Vasco und Hans Schäppi: *Die große Wende in der Gewerkschaftsbewegung: Gewerkschaft Bau & Industrie und die Neuausrichtung der Gewerkschaften in den Neunzigerjahren*. Zürich 2021.

Portmann, Werner und Heinz Gabathuler (Red.): *Zukunft mit Geschichte(n): 100 Jahre VPOD Sektion Zürich Kanton*. Zürich 2018.

Rennwald, Jean-Claude und Adrian Zimmermann (Hg.): *La Grève générale de 1918 en Suisse: Histoire et répercussions*. Neuchâtel 2018.

Rieger, Andreas et al. (Hg.): *Gewerkschaften im Umbruch: Eine Analyse der Fusion zur Großgewerkschaft Unia*. Zürich 2008.

Rieger, Andreas (Red.): *Gewerkschaft in Bewegung: 10 Jahre Unia*. Zürich 2014.

Rossfeld, Roman et al. (Hg.): *Der Landesstreik: Die Schweiz im November 1918*. Baden 2018.

Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.): *Arbeitsalltag und Betriebsleben: Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz*. Diessenhofen 1981.

SGB (Hg.): *100 Jahre Landesstreik: Ursachen, Konfliktfelder, Folgen: Reader zur Tagung vom 15.11.2017*. Bern 2018.

Specker, Louis: *„Links aufmarschieren“: Aus der Frühgeschichte der Ostschweizer Arbeiterbewegung*. Zürich 2010.

Spillmann, Moritz: *Fremdarbeiter – wilde Streiks – Gewerkschaften: Die wilden Fremdarbeiterstreiks in der Schweiz der frühen 1970er Jahre und ihr Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik – oder: vom verlorenen Vertrauen in das helvetische Selbstverständnis*.

Lizentiatsarbeit, Univ. Zürich 2005.

Steinauer, Jean und Malik von Allmen: Weg mit den Baracken: Die Immigranten in den Schweizerischen Gewerkschaften 1945–2000. Lausanne 2000.

Studer, Brigitte und François Vallotton (Hg.): Histoire sociale et mouvement ouvrier: Un bilan historiographique 1848–1998. Lausanne 1997.

Vuilleumier, Marc: Histoire et combats: Mouvement ouvrier et socialisme en Suisse, 1864–1960. Lausanne 2012.

Wenger, Simon und Hermann Wichers: Die Basler Gewerkschaftsarchive: Überlieferungs- und Quellenlage und Forschungsperspektiven. Basel 2012.

Wyler, Rebekka: Das „Proletariat“ und die „Anderen“: Sozialgeschichte der ArbeiterInnen und Unterschichten, in: *Traverse* 18/1 (2011), S. 137-172.

Wyler, Rebekka: Schweizer Gewerkschaften und Europa 1960–2005. Münster 2012.

Zimmermann, Adrian: Fusion und Tradition: Archivbericht im Hinblick auf die Fusion der Gewerkschaften GBI, SMUV und VHTL liegt vor, in: *Arbido* 10 (2003), S. 12-15.

Zimmermann, Adrian: Der SEV in Bewegung: Vom Verband zur Gewerkschaft: Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV seit 1970. Bern 2013.

Zimmermann, Adrian: Demokratie im Betrieb: Die Mitbestimmungsoffensive der schweizerischen Gewerkschaften in den 1970er-Jahren, in: Bernet, Brigitta und Jakob Tanner (Hg.): *Außer Betrieb: Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz*. Zürich 2015, S. 293-312.

Zimmermann, Adrian: 100 Jahre SEV 1919–2019: Gewerkschaft des Verkehrspersonals – Retrospektive auf 100 Jahre. Bern 2019.

Zürcher, Daniel: Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Arbeitsmigration: Gewerkschaftskartell, SMUV und GTCP von 1960 bis 1981. Masterarbeit, Univ. Basel 2014.

Zurück

## **Eine Globalgeschichte der Hafestreiks in den 1940er- und frühen 1950er-Jahren – Werkstattbericht zum Promotionsprojekt**

Sorgenvoll richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit im vergangenen Sommer auf die deutschen Seehäfen, als dort zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder in größerem Ausmaß die Arbeit ruhte. „Bild.de“ sprach von einem „Super-GAU“, Arbeitgebervertreter:innen nannten den Streik „verantwortungslos“.<sup>1</sup> Die Gewerkschaft ver.di gefährdete damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Plötzlich wurde die strukturelle Macht der Arbeiter:innen an den Häfen augenfällig – und damit der wirtschaftliche Schaden, den sie anzurichten im Stande sind.

---

1 Schiffs-Stau wird zu Super-GAU, Bild.de, 9. Juni 2022, <https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/150-000-container-haengen-in-der-deutschen-bucht-fest-schiffs-stau-wird-zu-super-80323762.bild.html>, zuletzt abgerufen am 27. Januar 2023.

Vorwürfe wie diese trafen auch die Akteure, denen ich mich in meinem Projectionsprojekt widme.<sup>2</sup> In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg fanden weltweit vielerorts Streiks an Häfen statt, von kurzen und spontanen Arbeitsniederlegungen einer Hand voll Beschäftigter bis hin zu monatelangen Konflikten mit zehntausenden Streikenden. In meiner Arbeit gehe ich insbesondere der Frage nach, welche transnationalen Verbindungen zwischen den Streiks bestanden und welche Rolle die nationalen und internationalen Hafentarbeitergewerkschaften spielten. Damit verbunden stellen sich Fragen nach dem Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher Basis und Führung sowie nach dem Einfluss der jeweiligen Arbeitsregime, in denen länderübergreifend noch zu einem großen Teil in verschiedenen Graden Formen der unständigen Arbeit vorherrschten.

Aus Veröffentlichungen der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) und Recherchen in Online-Zeitungsarchiven habe ich 190 Streiks von Hafentarbeitern und Seeleuten zusammengetragen, die zwischen 1945 und 1951 stattgefunden haben. Statistische Aussagen lässt diese Zusammenstellung aufgrund der Unwuchten in der Quellengrundlage nicht zu. So sind darin etwa Streiks in Ländern, in denen die ITF keine Repräsentanz besaß, unterbelichtet. Zudem liegen für viele der Streiks nur fragmentarische Informationen vor. Eine auffällige Tendenz ist jedoch, dass es eher diejenigen Streiks mit nicht-ökonomischem Charakter waren, die das Potenzial besaßen, sich über einzelne Häfen oder sogar über Ländergrenzen hinweg auszuweiten.

Der Begriff der Globalgeschichte in meinem Arbeitstitel drückt den Anspruch aus, das Projekt in die „area of inquiry“<sup>3</sup> der Global Labour History (GLH) einzuordnen, wie sie am Ausgang des vergangenen Jahrhunderts am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam erarbeitet wurde. Häfen bilden hierbei als Knotenpunkte in internationalen Handelsnetzwerken besonders geeignete Untersuchungsobjekte zur Überwindung einer nationalstaatlichen Fixierung. Um mehr als nur Vergleiche zwischen der Arbeit und den Arbeitskämpfen in verschiedenen Häfen anzustellen, bemühe ich mich darum, die transnationalen Verflechtungen dieser Streikphänomene herauszuarbeiten.<sup>4</sup>

So ist ein Ausgangspunkt meiner Arbeit die Feststellung, dass nicht nur weltweit, sondern in einigen Fällen auch über Grenzen hinweg gestreikt wurde. „Their

2 Prof. Martin H. Geyer betreut das Projekt am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München. Es wird seit September 2021 von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

3 Als solche bezeichnet Marcel van der Linden, einer der Mitbegründer der GLH, den Ansatz, um klarzustellen, dass es sich hierbei nicht um eine „theory‘ in its own right“ handelt. Marcel van der Linden: *The Promise and Challenges of Global Labor History*, in: *International Labor and Working-Class History* 82 (2012), S. 57–76, hier: S. 60.

4 Mit transnationalen maritimen Streiks hat bislang nur wenig Auseinandersetzung stattgefunden. Eine Ausnahme bilden Baruch Hirson und Lorraine Vivian: *Strike Across the Empire. The Seamen’s Strike of 1925: in Britain, South Africa and Australasia*, London 1992.

picket line stretches round the world“<sup>5</sup> überschrieb etwa der *Daily Worker*, die Tageszeitung der britischen Kommunistischen Partei, am 17. Mai 1949 einen Artikel über den Streik einer kanadischen Seeleutegewerkschaft. Als ein Paradebeispiel für einen globalen Streik bildet dieser Arbeitskampf der Canadian Seamen’s Union eines meiner beiden Fallbeispiele. Er berührte auf mehreren Ebenen die internationalen Verbindungen in der Gewerkschaftsbewegung, rief eine grenzüberschreitende Berichterstattung und Reaktionen hervor und bettete sich in den globalen Kontext des beginnenden Kalten Krieges ein. Gleichzeitig ist er beispielhaft für die enge Verbindung von Seeleuten und Hafentarbeitern im Arbeitskampf.

Das zweite Fallbeispiel widmet sich Streikbewegungen in den britischen Kolonien in Ostafrika, in Kenia, Tanganjika und Sansibar. Dort fanden 1947/48 Hafent- und Generalstreiks statt, die zwar gut erforscht sind, jedoch bislang nur wenig in ihrem direkten Zusammenhang betrachtet worden sind. Anhand dieses Fallbeispiels adressiert die Arbeit den umfangreichen Komplex der Dekolonisierungsbewegungen, auch wenn die Streiks in ihren Forderungen nicht unmittelbar als antikolonial zu verstehen sind.

Meine Untersuchung verbleibt dabei nicht auf der Ebene der offiziellen Organisationen, sondern bemüht sich, nah an die Akteure, die Hafentarbeiter selbst, heranzukommen, was insbesondere über die Auswertung von transkribierten Oral-History-Interviews gelingen kann.<sup>6</sup> Diese Herangehensweise ist auch deshalb gewinnbringend, weil viele der Streiks nicht unter der Führung der offiziellen Gewerkschaftsstrukturen stattfanden.

Tatsächlich waren inoffizielle, sogenannte „wilde“ Streiks an den Häfen ein verbreitetes Phänomen. Den Grund hierfür beschrieb der ehemalige Hafentarbeiter Harry Browne prägnant in einem der erwähnten Interviews. Ihr oftmals spontaner Charakter war unmittelbar den Umständen der Arbeit geschuldet – konkrete Missstände an Bord eines Schiffes mussten adressiert werden, ehe dieses abgefertigt war: „[T]he reason you have unofficial strikes is to be official is a very long winded operation [...] and you haven’t got time to follow the system through[...] [...] [I]f you’ve got something smashed on the ship and you’ve got a dangerous bit of cargo at a given time you can’t say just a minute we are goin to put in three weeks notice [...] you know these things boil up.“<sup>7</sup>

---

5 *Daily Worker*, 17. Mai 1949.

6 Dazu gehört insbesondere der Bestand „Unofficial movements and trade unionism in the major ports, 1945-67“ am Modern Records Centre (MRC) der Universität Warwick. Dieser umfasst die Tonaufzeichnungen und Transkripte von Interviews mit 28 gewerkschaftlich und betrieblich aktiven ehemaligen Hafentarbeitern, MRC, MSS/371/QD7/Docks2. Zum erwähnten Streik der Canadian Seamen’s Union existieren ebenfalls umfangreiche Interviewaufzeichnungen, die ich allerdings erst in einem noch bevorstehenden Archivaufenthalt in Ottawa sichten werde, Library and Archives Canada, R2202-2-7-E, MG30-A124.

7 Interview von Fred J. Lindop mit Harry Browne, 1.2.1984, MRC, MSS/371/QD7/Docks2/5b.

## Unständige Beschäftigung und Konfliktbereitschaft

Die Konfliktbereitschaft der Hafendarbeiter hing zudem unmittelbar mit der unständigen Beschäftigung, im Englischen *casual labour*, zusammen. Diese war bis weit ins 20. Jahrhundert global ein charakteristisches Merkmal des Arbeitsregimes an den Häfen. Ein bedeutender Teil der Arbeiter war nicht bei einem einzelnen Unternehmen angestellt, sondern musste jeden Morgen vorstellig werden und darauf hoffen, dass es genug Arbeit für sie gab. Für die Unternehmen war dieses System von Vorteil, schließlich schwankte der Bedarf an Arbeitskraft stark abhängig davon, wie viele Schiffe vor Anker lagen.

Joe Bloomberg, Hafendarbeiter in London, sagte in einem der Oral-History-Interviews über die unständige Beschäftigten: „They were floating men – they would go wherever there was work.“ Interessant an dieser Formulierung ist die Nähe zu dem Begriff der *floating population*, also dem Teil einer Bevölkerung, der nicht zu den Festangesiedelten gehört. Im Diskurs der Zeit stand dieser mit dem Begriff der *dangerous classes* in Verbindung, zu denen auch die Unständigen gezählt wurden. Sie gehörten nicht zum respektablen Teil der Arbeiterschaft, wurden mit Kriminalität und Sittenverfall in Verbindung gebracht – und mit einem Hang zum Arbeitskampf.

Allerdings erschöpfte sich die Bereitschaft zum industriellen Konflikt nicht in Spontaneität. In Großbritannien entwickelte sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vielmehr eine umfangreiche „inoffizielle“ Bewegung von Hafendarbeitern, die in Opposition zur offiziellen Führung der *Transport and General Workers' Union (TGWU)* stand. Diese bildete mit der 1945 ins Amt gelangten Labour-Regierung ein enges Bündnis und versuchte nach Kräften, Streiks an den Häfen zu unterbinden.

Zwar hat sich nicht zuletzt mit der Einführung der Container in der Schifffahrt Vieles verändert. Eine Auseinandersetzung mit historischen Beispielen der Basisorganisation an den Häfen bleibt angesichts der internationalen Debatten um gewerkschaftliche Erneuerung und die Potentiale einer Organisation von Beschäftigten in der Logistik, die in einer globalisierten Wirtschaft notwendigerweise auch Grenzen überschreiten muss, hochaktuell.<sup>8</sup>

*Marco Helmbrecht*

Zurück

8 Zur Debatte um gewerkschaftliche Erneuerung durch „Organizing“ siehe Jane McAlevey: *Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie*, Herausgegeben von Stefanie Holtz (IG Metall Jugend) und Florian Wilde (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Hamburg 2021; zur Organisation von Beschäftigten im Logistiksektor siehe Jake Alimahomed-Wilson and Immanuel Ness (Hg.): *Choke Points. Logistics Workers Disrupting the Global Supply Chain*, London 2018.

## Miszelle

### **Elli Erna Martha Fuchs (1912-2012)<sup>1</sup> – Sozialdemokratin und Bibliothekarin – ein Jahrhundertleben für Bücher**

*Elli Fuchs wurde am 19. Oktober 1912 in Berlin-Neukölln, einem traditionellen Arbeiterbezirk, in eine sozialdemokratischen Familie hineingeboren. Über ihre Kindheit und Jugend in Neukölln während des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik ist wenig bekannt. Sie besuchte die Volksschule und absolvierte später eine kaufmännische Ausbildung. Elli war schon früh politisch aktiv und engagierte sich in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ).<sup>2</sup>*

Ihr Leben widmete sie den Büchern. Schon in jungen Jahren, ab Mitte der 1920er, begann sie, in der Stadtbibliothek Neukölln unter der Leitung von Helene Nathan (1885-1940) zu arbeiten.<sup>3</sup> Vermutlich begann Elli als Hilfsbibliothekarin im Außenmagazin der Stadtbibliothek in der Anzengruber Straße. Dr. Helene Nathan, die die Leitung der Bibliothek 1921 übernommen hatte, engagierte sich insbesondere für die Jugendbibliotheksarbeit und verfolgte das Ziel, den Bibliothekarinnen-Beruf auch für Frauen aus dem Arbeitermilieu zu öffnen – die meisten Bibliothekarinnen kamen damals aus dem Bürgertum. Unter ihrer Leitung wurde die Neuköllner Bücherei zur Ausbildungsbibliothek ernannt.<sup>4</sup> Ein Foto von einem Betriebsausflug zeigt Helene Nathan und Elli Fuchs Mitte der 1920er-Jahre zusammen.<sup>5</sup>

Nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 wurde Elli Fuchs wie viele Mitarbeitenden der Neuköllner Stadtbibliothek im Oktober als „politisch unerwünscht“ entlassen.<sup>6</sup> Ihre Wohnung wurde mehrfach durchsucht.<sup>7</sup> Elli engagierte sich zusammen mit ihrem Lebensgefährten, dem Jungkommunisten Erich Ziegler (1914-2001), im Widerstand für den kommunistischen Jugendverband in Neu-

---

1 Eheurkunde von Elli Fuchs und Erich Ziegler von 1935, Folgebeurkundungen 2013, Ancestry.de.

2 BVVdN (Hrsg.): Widerstand in Berlin 1933-1945.

3 Foto von einem Betriebsausflug der Neuköllner Bibliothekarinnen Mitte der 1920er-Jahre, Museum Neukölln.

4 Wer war Helene Nathan: <https://www.berlin.de/stadtbibliothek-neukoelln/bibliotheken/bezirkzentralbibliothek-helene-nathan-bibliothek/artikel.175175.php>.

5 Foto von einem Betriebsausflug der Neuköllner Bibliothekarinnen Mitte der 1920er-Jahre, Museum Neukölln, Nachlass: Schumann.

6 OdF-Akte von Elli Fuchs, Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 11277.

7 OdF-Akte von Elli Fuchs, Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 11277.

köln.<sup>8</sup> Um politische und verbotene Literatur zu bewahren und weitergeben zu können, eröffnete sie 1934 zusammen mit Erich eine Leihbibliothek in Neukölln. Wegen mehrerer Durchsuchungen und Überwachung durch die Gestapo musste die Leihbücherei mehrfach umziehen. Der letzte Standort war in der Weserstraße 177, ebenfalls in Neukölln.<sup>9</sup> Der Keller der Bibliothek wurde ein wichtiger Treffpunkt für kommunistische und sozialdemokratische Widerständige aus dem Bezirk. Die Genoss:innen diskutierten die politische Lage und was gegen den Faschismus getan werden muss, verfassten Flugblätter und verbreiteten sie in Neuköllner Betrieben und Wohngebieten.<sup>10</sup> Unter dem Ladentisch gab Elli heimlich illegale Literatur und Flugblätter weiter. Sie hielt und vermittelte Kontakte zu früheren Freund:innen aus der SPD und gewann neue Personen für die Widerständigkeit der Gruppe in ihrer Kundschaft.<sup>11</sup>



*Elli Fuchs 1.Reihe, 3. v. l.; vor ihr im dunklen Kleid Helene Nathan.*

1939 verbreitete der Kreis um Elli und Erich sowie ihres Freundes Heinz Kapelle ihr bekanntestes Flugblatt „Ich rufe die Jugend der Welt“, in dem sie das Ende des Kriegs und der NS-Herrschaft forderten. Es endete mit dem Aufruf:

„Berliner Jugend, wehre dich und empöre dich! Setze den Kriegstreibern überall schärfsten Widerstand entgegen! Berliner Mädels! Auf euch kommt es an. Weigert euch, Munition herzustellen. Je schneller ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg.“<sup>12</sup>

8 Befragung von Erich Ziegler für die Multimedia-Anwendung im Neukölln Museum: Widerstand in Neukölln 1933-1945.

9 Ebd.

10 Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Neukölln 1933-1945.

11 Claudia von Gélieu: Wegweisende Neuköllnerinnen. Von der Britzer Prinzessin zur ersten Stadträtin.

12 Zit. nach: Karl-Heinz Jahnke: Ermordet und ausgelöscht. Lebensbilder zwölf ermordeter Antifaschisten.

Im Oktober des gleichen Jahres flog die Gruppe auf. Im Motorradschuppen von Heinz Kapelle (1913-1941) fand die Gestapo das Flugblatt und illegale Bücher mit der Inschrift „Leihbibliothek Ziegler“. Mitte Oktober 1939 wurden Elli und Erich in der Leihbibliothek verhaftet, und das illegale Material, das sich bei ihnen fand, beschlagnahmt. Beide wurden ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz überstellt und dort mehrfach von der Gestapo verhört.<sup>13</sup>

Im Prozess gegen die Mitglieder der Gruppe vor dem Volksgericht übernahm Heinz Kapelle die volle Verantwortung für die Flugblätter und rettete so das Leben von Elli und Erich Ziegler. Heinz Kapelle wurde wegen Rädelsführerschaft und Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 1. Juli 1941 in der NS-Hinrichtungsanstalt Berlin-Plötzensee ermordet. Im gleichen Verfahren erhielten Erich 10 Jahre Zuchthaus und Elli drei Jahre, die sie im Frauenzuchthaus Cottbus verbringen musste.<sup>14</sup> Nach Ablauf der Haftzeit 1943 wurde sie nicht entlassen, sondern ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück überstellt und blieb dort bis zur Befreiung Ende April 1945. Sie musste Zwangsarbeit in der Weberei leisten und hatte Kontakte zu anderen politischen Häftlingen wie Sophie Sieg (1893-1987).<sup>15</sup> Die KZ-Wärterinnen wurden von Elli nach 1945 als äußerst gewaltvoll beschrieben. Das ist ihre einzige Aussage, die bisher gefunden wurde.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Elli nach Neukölln zurück und arbeitete ab 1945 wieder als Bibliothekarin in der Stadtbibliothek. Elli und Erich hatten sich 1940 getrennt, weil Erich glaubte, er würde die Haft nicht überleben.<sup>16</sup> Das Urteil zur Scheidung wurde 1947 erlassen, 1950 wurde die Ehe endgültig geschieden. 1951 nahm Elli ihren Mädchennamen Fuchs wieder an. Dennoch lebten beide ihr weiteres gesamtes Leben lang in nahe beieinanderliegenden Wohnungen.<sup>17</sup>

Ab spätestens 1954 bis vermutlich Ende der 1990er-Jahre besaß Elli Fuchs wieder eine Leihbibliothek in Neukölln.<sup>18</sup> Am 22. Dezember 2012 starb Elli Fuchs in Neukölln. Obwohl sie 100 Jahre alt wurde, ist sie nie als Zeitzeugin zu ihren Erlebnissen befragt worden. 2010 wurde eine Leihbibliothek in Neukölln nach ihr benannt. Damals war offensichtlich nicht bekannt, dass sie noch lebte.

*Trille Schünke, Berlin*

Zurück

---

13 OdF-Akte von Elli Fuchs, Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 11277.

14 Urteil vom 22.2.1941.

15 OdF-Akte von Elli Fuchs, Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 11277.

16 Zeitzeugenberichte von Dr. Günther Wehner und Klaus Ziegler.

17 Telefonbücher von Berlin.

18 Siehe Berliner Telefonverzeichnis von 1954.

# Aus dem Vereinsleben

## Protokoll

der 31. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 10.09.2022 im ND-Verlags- und Bürohaus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tagesordnung:

### **1. Regularien**

- 1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls der 29./30. Jahresmitgliederversammlung

### **2. Berichte des Vorstandes**

- 2.1 Erläuterung der Geschäftsberichte 2021
- 2.2 Kassenbericht 2021
- 2.3 Bericht der Kassenprüfer
- 2.4 Diskussion und Abstimmung über die Berichte

### **3. Berichte**

- 3.1 Zur Entwicklung der SAPMO
- 3.2 Zum Zeitgeschichtlichen Archiv (ZGA)

### **4. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen***

### **5. Verschiedenes / Schlusswort**

Anwesend: 17 Mitglieder (14 entschuldigt)

### **1. Regularien**

- 1.1 Der Vorsitzende Holger Czitrich-Stahl eröffnet die Sitzung. Für die 2021 verstorbenen Mitglieder wird eine Gedenkminute abgehalten. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.
- 1.2 Das Protokoll der 29./30. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit dem Mitteilungsheft Nr. 61 erhalten haben, wird einstimmig bestätigt.

### **2. Geschäftsbericht 2021**

- 2.1 Holger Czitrich-Stahl erläutert und ergänzt den Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2021, das in Heft 61 der *Mitteilungen* abgedruckt ist. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich vorwiegend auf die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Rahmen der Publizistik und auf die kritische Begleitung der Debatten um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO. Die Verjüngung der Mitgliedschaft konnte zum Teil erreicht werden, ist aber weiterhin nötig. Jüngere Autoren konnten für Beiträge in

den Mitteilungen gewonnen werden. Die Resonanz auf die Mitteilungen war positiv: Hefte mussten nachgedruckt werden und die Verbreitung hat regional zugenommen. Der Förderkreis muss, um sein Umfeld zu erweitern, selbst Teil von Netzwerken werden.

- 2.2 Die Kassenwartin Elisabeth Ittershagen gibt einen detaillierten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises im Jahr 2021:

Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der *Mitteilungen* betrug 3.458,00 € (Gesamtsumme der Einnahmen). Dem stehen Ausgaben in Höhe von 3.229,30 € gegenüber. Der Kontostand betrug am 31.12.2021 2.727,13 €, der Kassen-Barbestand 656,95 €.

Zu Beginn des Jahres 2021 gehörten dem Förderkreis 96 Mitglieder an.

Am 31.12. zählte der Förderkreis 101 Mitglieder. Der detaillierte Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

- 2.3 Bericht der Kassenprüferin 2021

Die Kassenprüferin Dagmar Goldbeck erstattet den Bericht über die Kassenprüfung und hat keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden.

### 3. Berichte

- 3.1 Zur Entwicklung der SAPMO

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO unterlag auch 2021 den Bedingungen der Corona-Pandemie. Entgegen ursprünglichen Zusicherungen, die Konstruktion eines „Archivzentrums SED-Diktatur“ aufzugeben, hält die Bundesregierung im Koalitionsvertrag daran fest. Eine Machbarkeitsstudie zu Kosten und Zeithorizont wurde beauftragt. Der Förderkreis wird die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten.

- 3.2 Zum Zeitgeschichtlichen Archiv (ZGA)

Die Zukunft des Zeitgeschichtlichen Archivs bleibt weiterhin ungeklärt. Kurt Metschies Expertise und seiner Herstellung von Kontakten, um das Archiv in seiner Gesamtheit zu erhalten, wird vom Förderkreis gedankt. Kurt Metschies stellt die Aufgabe und Bedeutung von Presseauschnittsammlungen dar. Der Beschluss der BVV Marzahn-Hellersdorf, das ZGA von den Betriebskosten frei zu stellen, ist positiv, aber nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Der Förderkreis wird weiterhin Unterstützungsmöglichkeiten eruieren.

### 4. Bericht des Wissenschaftlichen Beirates zur Entwicklung der *Mitteilungen*

Das vor der Jahreshauptversammlung avisierte Treffen des Wissenschaftlichen Beirates konnte leider nicht stattfinden. Es soll zeitnah nachgeholt werden. Der

Wissenschaftliche Beirat ist für die wissenschaftliche Begleitung der *Mitteilungen* verantwortlich und unterstützt die Qualitätssicherung. Es wird bei der Vorstandssitzung im November 2022 eine Diskussion über die weitere Arbeit geben. Die Vorstandssitzungen werden in Zukunft immer auf der Website des Förderkreises angekündigt.

## 5. Schlusswort

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Berlin, 10.10.2022

Uwe Michel

(Schriftführer)

[Zurück](#)

## Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2022

Das Geschäftsjahr 2022 wurde abermals von den Folgen der Corona-Pandemie eingeleitet, im Laufe des Jahres konnte aber immer mehr ein Zustand der Normalität des Arbeitens hergestellt werden. Allerdings überschatteten der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Eingreifens der Politik die allgemeine Lage und fanden Eingang in unsere Vorstands- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies kam u. a. in den Editorials der Hefte 61 und 62 zum Ausdruck.

Insgesamt konnte der Förderkreis erneut auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, die *Mitteilungen* haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Erste Veranstaltungen des Förderkreises konnten seit dem Mai 2022 endlich realisiert werden, auch wenn zunächst die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurück blieben. Die Arbeit des Vereins musste sich deshalb 2022 nicht mehr vorwiegend auf die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Rahmen der Publizistik und in der Begleitung der Entwicklungen im Kontext der Debatte um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO konzentrieren, sondern konnte wieder auf die Öffentlichkeit ausgerichtet werden.

### 1. Öffentlichkeitsarbeit

#### 1.1 *Mitteilungen*. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im März und September erschienen die Hefte 61 und 62 der *Mitteilungen* unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unterstützt wurde die Redaktion von Jochen Gester (Satz/Layout) und Rainer Knirsch (Korrektur) vom Verlag *Die Buchmacherei*. Die Auflage stabilisierte sich bei 200 Exemplaren, die vollständig ausgegeben bzw. veräußert werden konnten.

Unsere Zeitschrift leistete im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten zur Geschichte der DDR, zur internationalen Arbeiterbewegung, zu den NS-Kriegsverbrechen, zur Friedensbewegung und zur Nachkriegsgeschichte im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Dazu trugen nicht zuletzt die dokumentierten Quellen, Dokumente und Forschungsberichte (Erwin Lewin, Siegfried Prokop, Judy Slivi, Deborah Jeromin, Christoph Mayer, Jürgen Schütt, Detlef Lehnert, Vincent Streichhahn und Christoph Stamm) bei, zusätzlich auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen, Interviews und Berichte. Hervorzuheben ist der (gekürzte) Abdruck des Vortrages von Prof. Dr. Gerd Dietrich zur Kulturgeschichte der DDR im Heft 61.

Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR beschäftigen. Die Bandbreite der präsentierten Einrichtungen hat sich entwickelt. So wurden z. B. im Heft 61 die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung (Dresden), die Erinnerung an die Zigarrenarbeiterbewegung in Ostwestfalen und im Heft 62 die Gedenkstätte Bittermark in Dortmund, die an ein NS-Verbrechen an Zwangsarbeitern erinnert, vorgestellt. Bemühungen um neue Kontakte zu Stätten der Überlieferung sind geboten.

Unsere Interview-Reihe wurde mit Axel Weipert und Carola Tischler fortgesetzt. Gleiches gilt für die Rubrik „Neues aus der Forschung“, die sich großen Interesses erfreut und seit Langem ein Kennzeichen unserer *Mitteilungen* ist.

Die *Mitteilungen* wurden 2022 weiter beim „Schaltungsdienst Lange Buchdruck“ in Berlin gedruckt. Die Heftstärken waren im vergangenen Jahr recht unterschiedlich: besaß Heft 61 einen Umfang von 120 Seiten, so Heft 62 von 78 Seiten. Alles in allem hat sich eine durchschnittliche Heftstärke von 100 Seiten herausgebildet.

Es zeichnet sich weiterhin positiv ab, dass neue und jüngere Autorinnen und Autoren gewonnen werden können und dass die Verbreitung der Mitteilungen in weitere Regionen zunimmt. Besprechungen wurden in der einschlägigen Fachpresse vorgenommen, doch hat sich der Kreis der uns wahrnehmenden Zeitschriften und Zeitungen leider immer noch nicht nennenswert erweitert. Ohne Eigeninitiative wären wohl kaum Besprechungen zustande gekommen.

Der 2019 errichtete „Wissenschaftliche Beirat“ der *Mitteilungen* unterstützte uns bei der Qualitätssicherung, bei der Gewinnung neuer Autorinnen und Autoren und bei der Mitgliederwerbung. Kommunikation und Kooperation verliefen in der Regel solidarisch und positiv. Zahlreiche Mitglieder des „Wissenschaftlichen Beirats“ haben in Vorbereitung der 31. Jahresversammlung am 10. September 2022 ihre Vorschläge zur Qualitätsentwicklung der *Mitteilungen* ausgetauscht und auf Basis eines Fragebogens an Vorstand und Redaktion weitergegeben. Ein Präsenztreffen kam nicht zustande. Unter anderem wurde hervorgehoben, dass

das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten unser „Markenkern“ bleiben solle. Außerdem soll es eine regelmäßige Blattkritik geben.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins und des „Wissenschaftlichen Beirats“, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben. Besonders zu danken ist Kurt Metschies, der zum Jahresende 2022 aus persönlichen Gründen aus dem Wissenschaftlichen Beirat ausschied. Sein Rat und seine Expertise in Sachen Archive und Bibliotheken und bei Beiträgen zu dieser immens wichtigen Rubrik hat sehr wertvolle Unterstützung geleistet. Als langjähriger Redakteur der *Mitteilungen* trug er wesentlich zur Entwicklung und zur Qualität unseres Vereinsorgans als Fachzeitschrift bei. Sein Bemühen um den Erhalt des Zeitgeschichtlichen Archivs konnte viel dazu beitragen, dass das ZGA noch existiert (siehe 3.1). An seine Stelle im Beirat tritt ab dem 1.1. 2023 Christoph Stamm (Berlin).

## 1.2 Veranstaltungen / Vorträge

Im Vereinsjahr 2022 konnten wir endlich unsere öffentlichen Veranstaltungen wieder aufnehmen und auch erste Schritte in Richtung der Wiederbelebung der gemeinsamen Vortragsreihe mit der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft gehen.

Am 12. Mai trug die Künstlerin Deborah Jeromin (Leipzig) aus ihrem Buch „Fallschirmseide“ vor, das sich mit Seidenraupenzucht in Leipzig und in Deutschland zum Zwecke der Fallschirmproduktion befasste. Sie kamen beim Überfall auf Kreta zum Einsatz. Auch ihr Film mit Zeitzeugeninterviews wurde von ihr präsentiert, die Veranstaltung war ein Kooperationsprojekt mit dem Kiezladen „Zusammenhalt“ im Prenzlauer Berg.

Am 10. September anlässlich unserer 31. Jahresmitgliederversammlung hielt Christoph Stamm den öffentlichen Vortrag. Sein Thema: „Tauziehen um die SED-Akten. Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv 1990“.

Am 28. September konnte im neuen Benutzungszentrum des Bundesarchivs erstmals wieder ein Vortrag im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe von SAPMO, Förderkreis und Johannes-Sassenbach-Gesellschaft stattfinden. Dr. Hans-Rainer Sandvoß referierte über den Arbeiterwiderstand 1933-1945 und las aus seinem Buch „Mehr als eine Provinz! Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preußischen Provinz Brandenburg“. Weitere Initiativen für Vorträge 2023 sind eingeleitet.

Das Ehrensymposium für unseren 2020 verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat wurde endlich am 12. November 2022 in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt. Es trug den Titel „Kein Schlussstrich! Der Aufstieg des deutschen Faschismus und der antifaschistische Widerstand“. Wir konnten zu den acht Vorträgen ca. 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer be-

grüßen. Die Vorträge sollen 2023 als Sonderheft der *Mitteilungen* erscheinen.

### 1.3 Webseite

Seit dem Jahreswechsel 2020/21 betreut Ingo Müller unsere neugestaltete Homepage. Die notwendigen Aktualisierungen wurden von ihm zeitnah vorgenommen. Die Erweiterung durch die Aufnahme von umfangreichen Textbeiträgen, die nicht für unsere *Mitteilungen* verfasst wurden oder außerhalb unserer Vortragsreihe entstanden sind, wurde fortgesetzt. Somit konnte Autorinnen und Autoren ein weiteres Publikationsangebot gemacht werden. Die Präsentation unserer *Mitteilungen* auf der Homepage konnte attraktiver gestaltet werden, das Angebot wurde durch die Anlegung eines Dokumentenregisters erweitert. Unsere Veranstaltungen wurden auf der Webseite angekündigt und zum Teil nach ihrer Durchführung mit Bild- und Textmaterial dokumentiert. Die Digitalisierung der *Mitteilungen* 1 - 49 ist abgeschlossen. Die Vereinschronik wurde bis zum Jahresende 2022 auf den aktuellen Stand gebracht.

Im Geschäftsjahr 2022 konnten auch die Einträge des Förderkreises und der *Mitteilungen* bei Wikipedia zeitnah aktualisiert werden.

## 2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die gemeinsame Vortragsreihe mit der SAPMO-BArch und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft konnte am 28. September 2022 erstmals wieder aufgenommen werden. Für 2023 ist ein Termin bereits anberaumat, ein Planungsgespräch der Beteiligten der Vortragsreihe fand im Januar statt.

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO unterlag auch 2022 noch teilweise den Bedingungen der Corona-Pandemie. So fanden die beiden Kuratoriumssitzungen am 11. Januar 2022 und am 4. Mai 2022 als Telefonkonferenz (31.) bzw. als Videokonferenz (32.) statt. Über beide Sitzungen wurde im Vorstand gesprochen, die Berichte erschienen in den *Mitteilungen*. In Sachen Zukunft des Areals in Lichtenberg berichtete Prof. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, dass es in Bezug auf Baufragen keine neuen Entwicklungen hinsichtlich des Standorts Berlin-Lichtenberg gebe. Die gegenwärtige Bundesregierung dürfte angesichts der gegenwärtigen Krise und der dadurch gesetzten Prioritäten kaum größere Investitionen in ein Projekt dieser Größenordnung namens „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ anstreben. Dies könnte die Umsetzung angestrebter Planungen zeitlich verzögern. Ob es tatsächlich um einen Zeithorizont von zehn bis zwölf Jahren geht, wie Prof. Hollmann vermutete, muss kritisch begleitet werden.

Der Förderkreis jedenfalls wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Betroffenenvertretungen tätig werden,

wo es sich gebietet.

Nach dem Parteitag im Juni 2022 bestätigte der Parteivorstand der Partei DIE LINKE Claudia Gohde (für Martin Schirdewan, Co-Vors.) und Dr. Holger Czitrich-Stahl (für Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer) als stellvertretende Kuratoriumsmitglieder der SAPMO.

### **3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen**

#### **3.1 Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk / Zeitgeschichtliches Archiv**

Leider hat das Berlin-Brandenburgische Bildungswerk 2020 seine Arbeit eingestellt und befindet sich in Liquidation. Die Zukunft des Zeitgeschichtlichen Archivs aus den bisher genutzten Räumlichkeiten in Berlin-Marzahn ist noch immer ungewiss, alle Bemühungen für eine adäquate Lösung, fachlich unterstützt von Kurt Metschies und Günter Benser, führten noch zu keinem Erfolg. Zumindest kann das ZGA nach neuesten Informationen weiterhin in den Räumen verbleiben.

Der Geschäftsführer des Bildungswerks und des Zeitgeschichtlichen Archivs, Dr. Harald Wachowitz, unterstützte uns bei der Durchführung des Ehrensymphosiums.

#### **3.2 ITH**

Die 57. ITH-Konferenz mit dem Leitthema „Politische Arbeit in Zeiten der Katastrophen“ fand vom 23. - 25. September 2022 in Linz statt. Für den Förderkreis nahm sein Vorsitzender Dr. Holger Czitrich-Stahl an der 57. ITH teil. Der Bericht über die Konferenz steht in diesem Heft 63.

Mit dem Sekretariat der ITH wurde vereinbart, weiterhin wichtige Informationen wie Einladungen zu Konferenzen etc. regelmäßig in den *Mitteilungen* zu veröffentlichen.

#### **3.3 IALHI**

Der Kontakt zur IALHI und der Informationsaustausch haben durch die Corona-Pandemie gelitten. Im Jahr 2022 erschien kein Bericht über die IALHI-Jahreskonferenz in den *Mitteilungen*, dies erfolgt aber im Heft 63. Wenn möglich, sollte demnächst ein Vorstandsmitglied zumindest Online an den IALHI-Konferenzen teilnehmen.

#### **3.4 Andere Vereinigungen und Publikationen**

Es bestehen nach wie vor Arbeitskontakte zum August Bebel Institut, zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zur Hellen Panke e. V., zum Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bund und in Sachsen, zur Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zum Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918 und zur Paul-Löbe-Stiftung bzw. Hu-

go-Preuß-Stiftung, außerdem zum Zeitgeschichtlichen Archiv. Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung ist ein weiterer potenzieller Kooperationspartner, ebenso die Robert-Havemann-Gesellschaft und der Humanistische Verband.

Verlagskontakte besitzen wir besonders zur Edition Bodoni, zum Trafo-Verlag und zum Verlag Die Buchmacherei, Redaktionskontakte bzw. redaktionelle Mitarbeit in anderen Fachzeitschriften erfolgen durch Rainer Holze (BzG, Z.) und Holger Czitrich-Stahl (Arbeit – Bewegung – Geschichte). Die Veranstaltung am 12. Mai mit Deborah Jeromin führten wir gemeinsam mit dem Kiezladen „Zusammenhalt“ durch.

#### 4. Vereinsangelegenheiten

2022 mussten wir wieder Abschied nehmen. Es verstarben unsere Mitglieder Hans Hübner (noch 2021) und Prof. Dr. Ingo Materna.

Unser Beiratsmitglied Dr. Gisela Notz wurde für ihr langjähriges Engagement für Menschenrechte, Gleichberechtigung und sexuelle Selbstbestimmung am 24. November 2022 vom Berliner Abgeordnetenhaus mit der Louise-Schroeder-Medaille geehrt.

Die Vorstandssitzungen wurden am 5. Mai 2022, am 24. August 2022 und am 23. November 2022 in Präsenz im Vereinszimmer im Bundesarchiv durchgeführt. Die zwischenzeitliche und nachfolgende Koordination der Vorstandsarbeit erfolgte schriftlich, postalisch und fernmündlich. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen und in der Vorstandskorrespondenz den *Mitteilungen* und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Weiterhin besprachen wir die künftige Entwicklung der *Mitteilungen* und die Zukunft des Vereinsarchivs. Beide Diskussionspunkte müssen noch 2023 abschließend gelöst werden.

Anlässlich der Vorstandssitzung am 24. August nahmen wir das Angebot einer Führung durch das neue Benutzungszentrum des Bundesarchivs wahr.

Mittlerweile organisiert Keith Grünewald den Vertrieb der *Mitteilungen* und wird dabei von Dagmar Goldbeck unterstützt. Sylvia Gräfe betreute das Vereinsarchiv und das Findbuch und nahm am Gespräch mit dem Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) teil; sie wird aber ab der künftigen Amtsperiode dafür nicht mehr zur Verfügung stehen. Kurt Metschies beriet den Vorstand und die Redaktion in Sachen archivwissenschaftliche Beiträge und berichtete über die Entwicklungen hinsichtlich des Zeitgeschichtlichen Archivs.

Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u. a. die Redaktion bei der Gewinnung von Themen, Autoren und Rezensenten für die *Mitteilungen* und bei der Vernetzung mit anderen Multiplikatoren. Ingo Müller betreute die Webseite des Fördervereins, Jochen Gester und Rainer Knirsch unterstützten die Redaktion bei Korrektur, Layout und Satz

und knüpften den Kontakt zur neuen Druckerei.

Auf jeder Sitzung und in seinem Schriftverkehr thematisierte der Vorstand weiterhin die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO-BArch und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen.

### 5. Vereinsarchiv

Das von Sylvia Gräfe geordnete und verzeichnete Vereinsarchiv wurde im Jahr 2022 aktualisiert. Gleiches gilt für das Findbuch. Eingearbeitet in den Aktenbestand wurden die im Jahr 2022 abgegebenen Unterlagen von Günter Benser über die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO. Insgesamt liegen erschlossen und verzeichnet im Findbuch 133 Akteneinheiten mit 1,30 lfd. M. Archivgut für den Zeitraum von 1991 bis 2020 im Vereinsarchiv vor. Der vorgelegte Archivvertrag des Archivs Demokratischer Sozialismus (ADS) bei der Rosa-Luxemburg Stiftung, um die Eingliederung des Vereinsarchivs vertraglich zu regeln, wurde im Vorstand beraten und mit Änderungen im April dem ADS übergeben. Am 15. September 2022 kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen der Leiterin des ADS, Frau Bärbel Förster, und dem Förderkreis, vertreten durch Sylvia Gräfe und Dr. Holger Czitrich-Stahl. Hinsichtlich der Eigentümerschaft des Archivs konnte kein Einvernehmen hergestellt werden. Anfragen bei der SAPMO und beim Landesarchiv wurden in der Hinsicht abschlägig beschieden, dass die SAPMO nur eine Schenkung akzeptiert und das Landesarchiv sich für ein Vereinsarchiv als nicht zuständig betrachtet. Ob das Archiv in Vereinshand weitergeführt wird oder nach weiteren Gesprächen an das Archiv Demokratischer Sozialismus übergeben wird, ist 2023 im Vorstand zu klären.

„Es ist schon mehr als ein Jahr her, dass Hans Hübner, der unermüdliche Sammler, Fotograf und Bibliothekar, am 30.12.2021 im 85. Lebensjahr für immer seine Augen schloss. Er war ein Aktiver aus dem und für den Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der unermüdlich Gemaltes, Gestaltetes oder Gezeichnetes vor allem über Karl Marx und Friedrich Engels sammelte und nicht zuletzt in seiner beliebten Ausstellung ‚Grüß Gott! Da bin ich wieder: Karl Marx in der Karikatur‘ zu präsentieren wusste. In seinem Wohnbezirk Berlin-Marzahn und seiner Heimatstadt Belgiz widmete er sich u. a. dem Kampf gegen den Rechtsextremismus und der kulturellen und historischen Arbeit vor Ort.“

## Einladung zur 32. Jahresmitgliederversammlung

Liebe Vereinsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand unseres Förderkreises hat die diesjährige Jahresmitgliederversammlung für Samstag, den 06. Mai 2023, einberufen und schlägt Ihnen folgende Tagesordnung vor:

### 1. Regularien

- 1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
- 1.2 Wahl einer Versammlungsleitung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls der 31. Jahresmitgliederversammlung

### 2. Berichte

- 2.1 Erläuterungen zum Geschäftsbericht 2022
- 2.2 Kassenbericht
- 2.3 Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte

### 4. Wahlen

- 4.1 Wahlen des Vorsitzenden und des Vorstandes
- 4.2 Wahl der Kassenprüfer

### 5. Informationen

- zur Entwicklung der SAPMO
  - des Wissenschaftlichen Beirats der „Mitteilungen“
- Anschließendes Gespräch und Diskussion

### 6. Schlusswort

Die **Jahresversammlung** findet im **Nachbarschaftszentrum „RuDi“** am Rudolphplatz, Modersohnstraße 55, 10245 Berlin, statt. **Beginn: 13 Uhr.**

Vor unserer Jahresversammlung findet wie üblich ein öffentlicher **Vortrag** statt, Es spricht

#### **Dr. Volker Külow (Leipzig):**

„Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück ... *Anmerkungen zur Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und zum Angedenken an den sächsischen Ministerpräsidenten und Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner.*“

Beginn: 10.30 Uhr.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand

## Anmerkungen zur Tagesordnung und organisatorische Hinweise

Das von der Versammlung zu bestätigende **Protokoll der 31. Jahresmitgliederversammlung** und den zur Diskussion stehenden **Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2022** finden Sie in Heft 63 (März 2023). Verpflegung wird vor Ort zur Verfügung stehen. Vor den Veranstaltungen und während der Pausen haben Sie die Möglichkeit, Ihren **Mitgliedsbeitrag** zu entrichten. **Anträge und Vorschläge** richten Sie bitte an die Adresse unseres Vorsitzenden: Dr. Holger Czitrich-Stahl, Beethovenstraße 51, D-16548 Glienicke/Nb. – Tel.: 033056-77417 – E-Mail: [czitrich-stahl@arcor.de](mailto:czitrich-stahl@arcor.de).

### Verkehrsverbindung

Sie erreichen den Tagungsort RuDi über folgende Verkehrsverbindung:

**Von den S-Bahnhöfen Ostbahnhof und Warschauer Straße** mit dem **Bus 347** (Richtung Tunnelstraße) sowie vom **S-Bahnhof Ostkreuz** mit dem **Bus 347** (Richtung Ostbahnhof) bis zur Haltestelle **Modersohnstraße**. Siehe auch <https://www.bvg.de/images/content/linienverlaeuft/LinienverlaufBus347.pdf>.

Weitere Informationen entnehmen Sie gegebenenfalls unserer Homepage: <http://archive.fabgab.de/>.

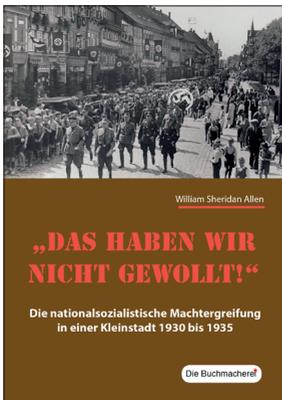
### Einladung zum öffentlichen Vortrag

**Dr. Volker Külow (Leipzig): Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück ... Anmerkungen zur Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und zum Angedenken an den sächsischen Ministerpräsidenten und Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner.**

Samstag, den 6. Mai 2023, um 10:30 Uhr im Nachbarschaftszentrum RuDi, Modersohnstraße 55, 10245 Berlin.

Der 150. Geburtstag der beiden Führungsfiguren der deutschen Linken im Jahr 2021 wurde im Freistaat Sachsen auf mannigfaltige Weise begangen. Insbesondere der traditionsreiche Felsenkeller – langjährige Versammlungsstätte der Leipziger Arbeiterbewegung – entwickelte sich zu einem Kristallisationspunkt erinnerungspolitischer Aktivitäten, die durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wurden. Neben dem Blick in die jüngste Vergangenheit und der Erinnerung an den sächsischen Ministerpräsidenten und Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner wird auch ein neues Projekt der Luxemburg-Forschung vorgestellt: eine historisch-kritische Faksimile-Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte.

*Der Eintritt ist unentgeltlich*



## **Das haben wir nicht gewollt** Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 - 1935

William, Sheridan Allen  
330 Seiten  
Die Buchmacherei, 2022  
ISBN 978-3-98223317-5-1

16,00 €

Dieses Buch ist eine Rarität. Der Autor William Sheridan Allen macht wie unter einem Brennglas den Übergangsprozess der Weimraer Republik in den NS-Staat nachvollzieh- und begreifbar. Ort der Handlung ist die niedersächsische Kleinstadt Northeim. Dem US-

Amerikaner war es zu Beginn der 60er-Jahre gelungen, „das Vertrauen von prominenten wie unbedeutenden Leuten, die nach 1930 ‚mitmachten‘ oder auch ‚dagegen‘ waren“, zu gewinnen. Er durchforschte die Archive und interviewte maßgebliche Akteur:innen. Das Buch wurde damals weitgehend vom Markt gekauft. Jetzt neu veröffentlicht, schlägt es ein wie eine Bombe: „Eine Stadt liest ein Buch.“



## **Skizzen –** des Arbeiterwiderstands in Süddeutschland

Max Brym  
84 Seiten  
ISBN 978-3-98223317-8-2

6,50 €

Arbeiterwiderstand in Südbayern – im Umland der „Hauptstadt der Bewegung“ und der „Reichsparteitage“ der Nazis? Ja, den gab es und er verdient eine eingehende Betrachtung. Dies jedenfalls kann man den Dokumenten entnehmen, die Max Brym eingesehen hat. Bryms kleine

Geschichtsexkursion ist ein anerkennendes Gedenken an Mut und Standfestigkeit jener Aktivist:innen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die gestützt auf große Teile ihrer Klasse den erbittertsten Widerstand gegen die Machtübertragung an den deutschen Faschismus geleistet haben.

## Buchbesprechungen & Literaturhinweise

**Paul Levi: Sozialdemokratie: heimatlos daheim, 1923 bis 1930. Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band II/3: Sozialdemokratie. Herausgegeben von Jörn Schütrumpf. Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, 992 Seiten, 49,90 €. ISBN: 978-3-320-02392-8.**

Paul Levi (1883 – 1930) zählt zu den faszinierendsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkriegs und in der Weimarer Republik. Als Mitgründer der KPD, intellektuelle Führungspersonlichkeit des linken Flügels der Sozialdemokratie, als Rechtsanwalt und politischer Publizist: Die Biografie Levis weist viele spannende Facetten auf. Dennoch sind Leben und Wirken bis heute nur wenig aufbereitet. Umso verdienstvoller ist die von Jörn Schütrumpf herausgegebene und auf sieben Bände angelegte Ausgabe gesammelter „Reden, Schriften, Briefe“, die mit dem vorliegenden Teilband II/3: Sozialdemokratie, abgeschlossen wird. Enthalten sind im Band alle zwischen 1923 und Levis frühem Tod im Jahr 1930 veröffentlichten Schriften, die nicht bereits in den beiden Teilbänden mit Levis Texten aus den Zeitschriften „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW) sowie „Der Klassenkampf“ enthalten sind. Angehängt sind zudem Nachträge zu früheren Jahren, sowie Berichterstattungen und Nachrufe zu Levis Tod. Zugrunde liegt dem Abdruck überwiegend der im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung enthaltene Nachlass. Die literarischen

Formen der Texte sind breit gestreut. Eingeschlossen sind damit neben Texten von Levi selbst auch einzelne Texte aus anderer Feder enthalten, etwa von Friedrich Stampfer in Auseinandersetzung mit den Positionen Levis im Rahmen der Debatten über sozialdemokratische Wehrpolitik und das Verhältnis zum Staat, sowie Presseberichte, in denen über Levi berichtet wird. Neben Nachdrucken von Levis Reden im Reichstag, Parteitagsreden oder Texten etwa für die politische Zeitschrift „Das Tagebuch“ enthält der Band auch Korrespondenzen Levis – hier allerdings so gut wie keine längeren Briefe, sondern überwiegend Nachrichten von unterwegs oder aus dem Urlaub, vor allem an seine Familie sowie an seine Mitarbeiterin Mathilde Jacob.

Die Texte beginnen im Jahr 1923, als Levi bereits wieder in die Vereinigte Sozialdemokratie zurückgekehrt war. Levi galt hier sehr schnell als intellektueller Kopf des äußeren linken Parteiflügels, gut verankert bei seiner Parteibasis im Wahlkreis Zwickau-Plauen, der ihn denn auch durchgehend wieder für den Reichstag nominierte. Levis Rolle in der SPD-Reichstagsfraktion wird oft die als eines Außenseiters beschrieben, der „nur“ zu rechtspolitische Themen sprechen durfte. Dieser thematische Schwerpunkt bestätigt sich mit Blick auf die im Band abgedruckten Reichstagsreden sowie die ebenfalls abgedruckten Berichte über Ausschusssitzungen mit Levis Beteiligung. Deutlich wird allerdings, dass Levi hier die Arbeit des Reichstags und das politische Auftreten seiner Fraktion maßgeb-

lich prägte. Beispiel ist hier insbesondere seine Rolle als Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss des Reichstages zur „Schwarzen Reichswehr“ und den „Fememorden“ in den Jahren 1926 und 1927, in denen deutlich wird, wie intensiv sich Levis juristisches Geschick mit einem klaren politischen Blick auf die gesellschaftlichen Hintergründe der Entwicklungen verband. Levi gehörte zudem zu den Hauptrednern in den jeweiligen Generaldebatten zu Justizetat und Rechtspolitik. Das Thema „Politische Justiz“ und auch namentlich die Fälle von zu Unrecht wegen „Landesverrats“ Verurteilten nehmen hier breiten Raum ein. Deutlich werden zudem auch Levis klare Ablehnung der Todesstrafe und seine Parteinahme für eine Strafprozessordnung, die dem Angeklagten Zugang zu allen relevanten Dokumenten der Staatsanwaltschaft ermöglicht. Auch als Rechtsanwalt in politischen Verfahren trat Levi in den Jahren auf, dokumentiert insbesondere durch im Band nachgedruckte Presseberichte. Ab 1928 nimmt hier vor allem die Aufklärung der Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht breiten Raum ein. Wie insbesondere aus den Prozessberichten deutlich wird, gelang es Levi, eine Beleidigungsklage des die Ermittlungen in der Mordsache Luxemburg/Liebknecht verschleppenden Staatsanwalts und späteren Reichsanwalts Paul Jorns gegen einen Journalisten des „Tagebuch“ praktisch in ein Verfahren gegen den Kläger zu seiner Rolle bei der Vertuschung der Morde im Jahr 1919 umzufunktionieren. Levis ebenfalls abgedrucktes Schlussplädoyer ist ein beredtes Zeugnis seiner forensischen Kunst. Mit Blick auf die weiteren politischen Themen stehen u.

a. die Koalitionsfrage sowie die Wehrpolitik der Sozialdemokratie im Mittelpunkt. Zu allgemeineren politischen Themen ist dieser Band eher dünn bestückt. Levis publizistisches Hauptmedium in diesen Jahren war die „SPW“ – deren Nachdruck in den gesammelten Schriften zwei enorm beeindruckende Bände füllt, die sowohl Levis Interesse an volkswirtschaftlichen und internationalen politischen Themen, wie auch seine Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie sowie mit den Kommunisten zeigen.

Abgeschlossen wird der Band mit dem Nachdruck einer Reihe von Texten und Nachrufen zu Levis Tod, etwa von Angelica Balabanoff, Josef Bornstein, Paul Löbe, Elsa und Albert Einstein, Carl von Ossietzky und Kurt Rosenfeld. Insbesondere der Nachruf von Carl von Ossietzky aus der „Weltbühne“ zeigt die Dramatik von Levis politischem Lebensweg, beginnt er doch mit der Beschreibung, wie beim (im Band nachgedruckten) Nachruf des Reichstagspräsidenten Paul Löbe sowohl die Nationalsozialisten wie auch die Kommunisten den Plenarsaal verließen. Albert Einstein schrieb zu Levis Tod: „Er war einer der gerechtesten, geistvollsten und mutigsten Menschen, die mir auf meinem Lebenswege begegnet sind. Seine ganze nie erlahmende Kraft hat er der Verteidigung der Schwachen und Unterdrückten gewidmet, Dies tat er oft mit Lebensgefahr, stets mit jener Selbstverständlichkeit, wie sie nur solchen Naturen eigen ist, die aus dem inneren Zwange eines unersättlichen Bedürfnisses nach Gerechtigkeit handeln. Möge sein Andenken nie erlöschen, und sein leuchtendes Beispiel das Verantwortungsgefühl

der Späteren wach erhalten zum Wohle der Allgemeinheit.“

In einem kurzen Text am Ende des Bandes hält Jörn Schütrumpf fest, zur Erinnerung an Paul Levi existiere „allenfalls in der Abteilung Sozialdemokratie (...) noch eine verwunschene Nische, die über Jahrzehnte hinweg manchmal – etwas – entstaubt, aber nie wirklich betreten worden ist.“ Hier ist dem Herausgeber zuzustimmen. Innerhalb der linken Sozialdemokratie gab es zwar etwa mit Gründung der bis heute bestehenden „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw) durchaus Bezüge, für eine wirkliche Wiederentdeckung beispielsweise durch die westdeutsche Studentenbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre wurden Levis Texte vermutlich zu stark als vor allem tagespolitisch und zu wenig grundlegend theoretisch motiviert wahrgenommen. Zum Vergessen Levis beigetragen hat zudem der Umgang mit Levi im Umfeld der Geschichtsschreibung und der Erinnerungskultur des Parteikommunismus. Nicht ohne Grund finden sich in den im vorliegenden Band abgedruckten Texten keine Nachrufe aus kommunistisch orientierter Feder. Die Fähigkeit, innerlinke Pluralität und intellektuelle Auseinandersetzung zu akzeptieren und unterschiedliche Zugänge zu sozialistischer Politik und Theorie als Teil einer produktiven Debatte zu verstehen, hatte sich der deutsche Parteikommunismus spätestens seit Mitte der 1920er-Jahre für die nächsten Jahrzehnte nahezu völlig ausgetrieben. Paul Levi als unabhängiger Denker und „nüchterner Zergliederer der Verhältnisse“ (Arkadij Gurland) passte hier nicht ins Bild.

Nicht überzeugen kann Schütrumpfs

Vergleich Levis mit Hugo Haase – der anders als Levi dann doch zu sehr „Parteisoldat“ gewesen sei. Schütrumpf macht dies am Verhalten Haases bei der ersten Abstimmung über die Kriegskredite im August 1914 fest, als dieser gegen seine Überzeugung sogar die Zustimmung zu den Kriegskrediten für die SPD-Fraktion im Plenum des Reichstags vortrug. Dies wird der Situation im August 1914 und insbesondere Haases intensivem Bemühen um einen Kurswechsel der Partei bis zu seinem Ausschluss nicht gerecht. Es ignoriert zudem, dass Levi zwar – wie Schütrumpf schreibt – sicherlich an parteiorganisatorischen Fragen wenig Interesse hatte und deshalb auch nicht zum Organisator eines linken SPD-Flügels taugte. Levis Agieren insbesondere bei der Durchsetzung der Spaltung der USPD im Jahr 1920 kann aber durchaus als verlässliche Exekution Moskauer Wünsche interpretiert werden, auch wenn Levi innerlich diesem Agieren zunehmend zumindest kritisch gegenüberstand. Klar ist, dass Levi bis an sein Lebensende mit dem alten marxistischen Zentrum der SPD, an dem Haase sich nach wie vor orientierte und das in der Weimarer Republik weiterhin insbesondere von Protagonisten der ehemaligen USPD wie etwa Karl Kautsky oder Rudolf Hilferding verkörpert wurde, politisch abgeschlossen hatte.

Das Projekt einer Edition von Paul Levis „Schriften, Reden, Briefe“ ist ein enormer Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit dem vorliegenden Band ist es dem Herausgeber Jörn Schütrumpf gelungen, ein wirklich bedeutsames wissenschaftlich-dokumentarisches Vorhaben abzuschlie-

ßen. Viele der Texte in diesem Band bieten zudem nicht nur interessante Einblicke in das politische Denken und Handeln von Paul Levi selbst: Etwa die Dokumentation von Levis Agieren bei der Aufklärung der Aktivitäten der „Schwarzen Reichswehr“ mit ihren Auswüchsen in illegaler Aufrüstung des Militärs und der begleitenden „Absicherung“ durch Fememorde und auch nach damaligem Recht bereits fragliche Verurteilungen wegen „Landesverrats“ stellt auch einen wichtigen Baustein für die Einordnung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in der Weimarer Republik dar. Die Suche nach aktuellen Anschlüssen an das Werk Paul Levis liegt im Auge des jeweiligen Betrachters. Als Analytiker des Tagesgeschehens lässt sich dies – bei aller Faszination für den politischen Denker Paul Levi – nach Ansicht des Rezensenten nur schwer unmittelbar herstellen. Dies schließt Anschlüsse im Sinne einer ideellen politischen Traditionsbildung nicht aus. Gerade für die nicht einfache Entwicklung eines demokratisch-rechtsstaatlichen Traditionsstrangs in der deutschen Rechtsgeschichte bieten gerade die im vorliegenden Band versammelten Texte ein großes Potenzial. Paul Levis Lebensweg stellt zudem ein seltenes Lebenszeugnis dafür dar, dass es möglich war, an die Stelle der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse der Weimarer Republik eine radikal andere Gesellschaft setzen zu wollen und dies auch unerbittlich öffentlich zu thematisieren – und zugleich doch die demokratische Republik als wichtigen, an seinem eigenen rechtsstaatlichen Anspruch ernst zu nehmenden, Boden für die politische Auseinandersetzung zu betrachten. Ein wichtiger Grund dafür scheint

vor allem Paul Levis Fähigkeit gewesen zu sein, sein jeweiliges Denken und politisches Handeln durchaus neuen Gegebenheiten anzupassen – dabei aber weder seine eigene politische Vergangenheit zu leugnen, noch zum Zyniker oder Opportunisten zu werden. Die gesammelten Schriften zeigen dies auf beeindruckende Weise. Paul Levi war – das zeigen die Texte in diesem und den weiteren Bänden der Gesammelten Schriften zudem auch – früh klar, dass am Ende der bestehenden Republik für die Arbeiterbewegung keinesfalls eine neue Etappe des Fortschritts, sondern vermutlich sogar noch eher Diktatur und Leid stehen würden.

*Thilo Scholle*

**Mario Keßler (Hrsg.): Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, Reihe Biografische Miniaturen, 192 S. mit neun Abbildungen, 12 €. ISBN: 978-3-320-02395-9.**

Es lag wohl nahe, dass sich Mario Keßler mit Leo Trotzki (1879-1940) und dessen Auseinandersetzung mit dem auch ihn mehr und mehr betreffenden Antisemitismus befassen würde. Trotzki gilt heute noch als eine der bekanntesten und umstrittensten revolutionären Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Der überzeugte Internationalist wurde nicht nur von der politischen Rechten, sondern nicht zuletzt auch von den Stalinisten als kritischer Sozialist und als Jude zugleich angefeindet und starb am 21. August 1940 an den Folgen eines auf Geheiß von Stalin auf ihn verübten Attentats.

Im Klappentext heißt es: „Selten wurden bisher Trotzki's persönliche Erfahrungen in Beziehung zu seinen Analysen des Antisemitismus und Faschismus gesetzt. Diese Bezüge stehen im Zentrum dieses Bandes und stellen sie in den Kontext seiner weltrevolutionären Erwartung wie seiner Desillusionierung im Zeitalter von Antisemitismus, Faschismus und Stalinismus.“ Mario Keßlers Einleitung gliedert sich in acht Kapitel, von denen sieben Bezug zum Antisemitismus haben und eines die Besonderheiten des Trotzki'schen Linkssozialismus als „permanente Revolution“ und die demokratisierte anstatt der unter Stalin bürokratischen und abgeriegelten Parteistruktur behandelt. Leo Trotzki, am 7. November 1879 in Janowka in der Südukraine als Lew Davidowitsch Bronstein geboren, antwortete auf Fragen seinen religiösen Hintergrund betreffend stets: „Ich bin kein Jude, ich bin Internationalist.“ Diese bei vielen jüdisch-stämmigen Intellektuellen anzutreffende Haltung bezeichnete sein Biograf Isaac Deutscher als eine von „nicht-jüdischen Juden“. Diese strebten mit ihren nichtjüdischen Genossen universale, nicht partikularistische, internationalistische statt nationalistische Lösungen für die Probleme ihrer Zeit an. Trotzki's Leitvorstellung zielte auf die Durchsetzung einer weltweiten, die gesamte Menschheit verändernden Umwälzung, die Weltrevolution, ab. Aber Keßler arbeitet auch heraus, dass Trotzki genauso wie andere Sozialistinnen und Sozialisten seiner politischen Generation zunächst eine stark mechanistische Perspektive auf den Antisemitismus richtete: Dieser würde dann verschwinden, wenn im Prozess der Polarisierung der Klassen die kleinbürger-

lichen und kleinbäuerlichen Klassen aufgerieben würden. Da diesem Prozess zum Trotz auch weltweit der Antisemitismus anwuchs, erforderte das ein neues Nachdenken. Gerade für Russland wurde die jüdische Arbeiterschaft als revolutionäre Kraft entdeckt, da sie im Zarenreich eine scharfe Unterdrückung erfuhr und sich zu radikalisieren begann. Kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Juden hingegen neigten zum Konservatismus und blieben emanzipatorischen Zielen fern, während Teile der Intelligenz allgemeine und jüdische Emanzipation als Elemente eines gemeinsamen Prozesses ansahen.

Im Bürgerkrieg in Russland nach der Oktoberrevolution verfolgte Trotzki eine Position der gewaltsamen Niederhaltung der weißen Gegenkräfte zur Rettung der Revolution. Doch stärkte dies die Herausbildung einer zentralistischen Bürokratie, deren Repräsentanten sich um Stalin scharten. Trotzki's Niederlage im Machtkampf um die Nachfolge Lenins lag sicher auch an dem mangelnden Mut zur Entmachtung Stalins, ist allerdings gewiss ebenso auf die für die Bevölkerung und die Parteimitgliedschaft eingängigere Position vom „Sozialismus in einem Land“ gegenüber permanenter und globaler Revolution zurückzuführen. Politisch begann nach Lenins Tod die Zurückdrängung Trotzki's. 1928 wurde er nach Alma-Ata verbannt, 1929 ging er ins Exil in die Türkei, später nach Frankreich und nach Norwegen und übersiedelte 1937 nach Mexiko.

Die anregendsten und spannendsten Kapitel des Buches befassen sich mit Trotzki's Kampf gegen den Antisemitismus, im zweiten Abschnitt des Bandes textlich ein-

drucksvoll belegt. So war es Stalin selbst, der perfide Trotzki's jüdischen Hintergrund gegen ihn ausspielte und so die Opposition gegen sich als jüdisch konnotierte. Zu seiner persönlichen Betroffenheit schrieb Trotzki: „Die Frage meines Judentums bekam erst mit Beginn der politischen Hetze gegen mich Bedeutung. Der Antisemitismus erhob das Haupt gleichzeitig mit dem Antitrotzkismus. Beide nähren sich aus der gleichen Quelle: der kleinbürgerlichen Reaktion gegen den Oktober“ (S. 44). Und so betont Keßler die damals recht weitsichtige Faschismusanalyse Trotzki's, wie jene von August Thalheimer (KPO) auf der Marx'schen Bonapartismus-Theorie beruhend, und mit ihr die Funktion des Antisemitismus im Hitlerfaschismus: „Der Jude war Kapitalist wie Bolschewist, Liberaler oder Marxist, vor allem aber das Fremde“ (S. 54). Und Trotzki, so zitiert ihn Keßler, habe den Holocaust kommen sehen: „Es ist ohne Schwierigkeit möglich, sich vorzustellen, was die Juden beim bloßen Ausbruch des künftigen Weltkrieges erwartet. Aber sogar ohne Krieg wird gewiss die nächste Entwicklung der Weltreaktion die physische Vernichtung der Juden bedeuten“, schrieb er am 22. Dezember 1938 (S. 156 ff.). Tat sich Trotzki lange Zeit schwer, ein jüdisches Staatsterritorium zu fordern, so wie es der Zionismus tat, so respektierte er das prinzipielle Recht darauf, wenngleich er es im Kapitalismus als wenig aussichtsreich zu werden erwartete.

Mit den fünfzehn aufgeführten Texten (1909-1940) unterlegt Keßler die biografisch-politischen Aussagen über Leo Trotzki. Teilweise mussten sie von Keßler aus dem Englischen oder dem Russischen

übersetzt werden. Nicht alle Quellen entstammen gängiger Literatur. Einige der verwendeten Fotos sind im Bundesarchiv zu finden. Wortgewaltig und plastisch beschrieb Trotzki im Rückblick auf die antijüdischen Pogrome während der Revolution von 1905 deren Vorbereitung und unglaublich bluttriefende Durchführung, so dass es einem schaudert. Schon hier wird deutlich, dass er im Antisemitismus auch ein Mittel der Herrschenden sah, die Beherrschten weiterhin zu unterdrücken und nach der Revolution von 1905 wieder brutal zu unterwerfen. Die Lage der Juden in Rumänien nach den Balkankriegen, und die „Beilis-Affäre“, ein angeblicher, nachher widerlegter Ritualmord eines Juden an einem Jungen nahe Kiew (1911), beschäftigten Trotzki 1913. Am 31. Oktober 1917, in den Tagen vor der Erstürmung des Winterpalais, rief er zur Übernahme der Macht durch die Sowjets auf, auch um die Juden und die Linken von den rechten „Schwarzhundertern“ zu schützen, die für zahlreiche Pogrome verantwortlich waren. Um den Antisemitismus in der KPdSU geht es in Trotzki's Brief an Bucharin vom 4. März 1926. Obwohl alle Texte, gleich ob kurz oder länger, repräsentativ und instruktiv sind, sollen beispielhaft vor allem das „Portrait des Nationalsozialismus“ vom 10. Juni 1933 (S. 126 ff.), „Thermidor und Antisemitismus“ vom 22. Februar 1937 (S. 145 ff.) und „Die Gefahr der Ausrottung des jüdischen Volkes“ vom 22. Dezember 1938 (S. 156 ff.) hervorgehoben werden.

Mario Keßler ist es in außerordentlicher Weise gelungen, den revolutionären Sozialisten und klugen Kopf Leo Trotzki kurz und bündig auf dem Hintergrund von des-

sen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, den er erst durch die sozialistische Gesellschaft für überwindbar erachtete, darzustellen.

*Holger Czitrich-Stahl*

**Uli Schöler: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929). Dietz, Berlin 2021, 983 Seiten in zwei Bänden, 49,90 €. ISBN: 978-3-320-02385-0.**

Es war ein denkbar unglücklicher Zeitpunkt, als Ulrich Schöler Mitte Oktober 1989 seine Dissertation über die Rezeption der russischen Entwicklung von 1917 bis 1929 in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie einreichte. Die Lehren, welche die Linke aus den frühen Jahren der Sowjetunion hätte ziehen können, waren plötzlich obsolet, da es die UdSSR bald nicht mehr gab, und die Linke damit in eine existenzielle Krise schlitterte, aus der sie sich bis heute nicht befreien konnte.

Dabei geht es in Schölers Arbeit um entscheidende Weichenstellungen nach dem Revolutionsjahr 1917 und darum, wie diese kritisiert, diskutiert und mit alternativen Vorschlägen flankiert worden sind. Das Buch erschien 1991 beim LIT-Verlag. Zwar gab es Lob von namhaften RezensentInnen wie Jürgen Kuczynski oder Helga Grebing, eine breite Debatte löste das Werk jedoch nicht mehr aus und geriet bald in Vergessenheit. Der Berliner Dietz Verlag hat sich drei Jahrzehnte später getraut, die umfang-

reiche Schrift in einer neuen, zweibändigen Ausgabe wieder zu veröffentlichen. Die Leserschaft erwartet das Resultat einer enormen Fleißarbeit, die Schöler noch vor dem Mauerfall in verschiedenen Archiven geleistet hat. Er hat seine Forschungen eingegrenzt auf die theoretische Rezeption und folglich Adaptionen sowjetischer Politik in die Praxis ausgeklammert. Ebenso hat er die Rezeption außerhalb der sozialistischen Theorie ausgespart. Übrig blieb dennoch eine Fülle von Forschungsmaterial; Primärquellen, Zeitungen, Protokolle u. a. m.

Diese Quellen ordnet er fünf Strömungen zu, die im Buch vor dem Hintergrund der fortschreitenden russischen Entwicklung vergleichend nachgezeichnet werden. Eine Strömung ist die SDAP, die österreichische Sozialdemokratie, und hier vor allem Otto Bauer. Dessen Charakterisierung des Bolschewismus als „Despotischem Sozialismus“, der sich weiterentwickeln und emanzipieren könne, folgte die SDAP weitestgehend. Eine zweite Strömung sind die Exil-Menschewiki, die in Schölers Dissertation erstmals überhaupt in dieser Breite rezipiert worden sind. Sie übten erwartungsgemäß Kritik am Kurs der Bolschewiki. Als dritte Strömung wird Spartakus/KPD betrachtet, die weitestgehend auf Moskaus Linie war, wenngleich sich die Kurs- und Personalwechsel in der Partei in der Rezeption widerspiegelten und Kritiker wie Paul Levi rezipiert werden. Als Viertes analysiert Schöler die MSPD, welche die Auflösung der Konstituante und den Antiparlamentarismus nach 1917 ablehnte und auf eine baldige Niederlage der Bolschewiki hoffte. Fünftens wird die USPD untersucht, die zunächst die Ereignis-

nisse begrüßte, im Verlauf der Entwicklungen aber immer weiter von Moskaus Kurs, von Terrormaßnahmen und der sowjetischen Dominanz in der Komintern abrückte. Karl Kautsky, der zunächst in der USPD, später wieder in der SPD zu finden war, lehnte Moskaus Kurs gleichfalls rigoros ab, bezeichnete das System als „Staatsklaverei“ und sah es – im Unterschied zu Bauer – als nicht reformierbar an.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle ins Detail zu gehen, viel zu materialreich ist Schölers Buch. Unterteilt ist es in acht Kapitel: Revolutionszeit, „Kriegskommunismus“, Demokratie oder Diktatur, Bolschewismus und Internationale, NÖP, Haltung zum Faschismus, innerbolschewistische Differenzen sowie Auswirkungen auf sozialdemokratische Programme. Jeweils werden hierzu für jede Strömung die Rezeption nachgezeichnet, Haltungen von Protagonisten geschildert, Meinungsverschiedenheiten analysiert und die Distanzierung zu anderen linken Lagern rekapituliert. Wer sich mit den deutschen und österreichischen Arbeiterparteien der Zwischenkriegszeit beschäftigt, kommt an Schölers Werk nicht vorbei.

*Alexander Amberger*

**Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine Hering (Hg.): Sozialdemokratie in Brandenburg (1933-1989/90). Lebenswege zwischen Widerstand, Vereinnahmung und Neubeginn. Mit einem Vorwort von Matthias Platzeck. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2022, 336 S., 26 €. ISBN: 978-3-8012-0597.**

Schon 2021 trat die Historische Kommission der SPD Brandenburg mit einem biografischen Band über viele bedeutende Repräsentanten der Sozialdemokratie von 1868-1933 auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg an die Öffentlichkeit.<sup>1</sup> Dies war umso bemerkenswerter, als wenige Jahre zuvor die Bundes-SPD ihre sicher nicht unbedeutende Historische Kommission aufgelöst hatte, sie aber unter dem Druck der Fachwelt und der historisch interessierten Basis 2019 als Geschichtsforum wieder einsetzen musste. Der vorgenannte Band bot vieles Interessantes, aber auch Anlass für kritische Einwendungen.<sup>2</sup>

Der Folgeband verfügt über einen ähnlichen Aufbau wie sein Vorgänger. 18 Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie werden ausführlicher vorgestellt, 101 Kurzbiografien schließen sich an, gefolgt von einer Zeitleiste, einer Auflistung ausgewählter Literatur und dem üblichen Anhang.

Auch dieser Band beginnt mit einem Vorwort aus prominenter Feder: Matthias Platzeck war immerhin Ministerpräsident, SPD-Landesvorsitzender und kurzzeitig SPD-Vorsitzender im Bund. Er schlägt einen kurzen Bogen von der Aufstiegsphase der SPD bis hin zur stärksten Partei im Preußen der Weimarer Republik, deren Existenz durch die Machtübertragung an Hitler zerstört wurde. 1945 wiedergegründet, kam 1946 ihr Ende als eigenständige Partei durch die Gründung der SED, der

1 Willi Carl/Martin Gorholt/Willi Carl (Hrsg.): Sozialdemokratie in Brandenburg (1868-1933). Lebenswege zwischen Aufbruch, Aufstieg und Abgrund. J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 2021.

2 Vgl. meine Besprechung in *Arbeit – Bewegung – Geschichte*, 2022/I, S. 176 ff.

Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ bedeutete politische und nicht selten auch persönliche Marginalisierung. Die Brandenburger SPD schöpft ihre Identität, so liest es sich bei Platzreck und bei einigen der Autorinnen und Autoren, aus einer Situation einer doppelten Unterdrückung erst durch den Nazismus, danach durch die Politik der SED. Martin Gorholt erinnert daran, dass die Haltung in der Brandenburger SPD 1945/46 zur Gründung einer Einheitspartei der Arbeiterbewegung differenziert war. Weder hatten die Befürworter einer schnellen Einheit noch deren Gegner eine Mehrheit in der Partei: „Die meisten waren eher abwartend und erhofften eine reichsweite Entscheidung und eine Urabstimmung.“ Am 7. April wurde in Potsdam die Gründung der SED in Brandenburg vollzogen, Vorsitzende wurden Friedrich Ebert jun. (SPD) und Willy Sägebrecht (KPD). Auch Gorholt stellt die Gründung der SDP am 7. Okt. 1989 in Schwante in die Tradition der Opposition und der Reformbewegungen im realen Sozialismus. Die SDP nahm Kontakt zur SPD in der Bonner Republik auf und gründete sich am 26./27. Mai 1990 in Kleinmachnow zur SPD Brandenburg um. Soweit der Narrativ zur Traditionsbildung. Der Rest ist Zeitgeschichte, aus der den Leserinnen und Lesern ganz sicher viele auch persönliche Bekannte begegnen.<sup>3</sup>

3 So sind erfreulicherweise „Hansi“ Laesicke (Oranienburg), Alwin Ziel (Hohen Neundorf) und Thomas Günther (Hennigsdorf) in Kurzbiografien erwähnt. Auf die Aufnahme des ehemaligen Landrats und Innenministers Karl-Heinz Schröter wurde allerdings verzichtet, vielleicht wegen seiner für die SPD Brandenburg oft zu konservativen Positionsbestimmungen.

Unter den portraitierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ragen Rudolf Breitscheid, Friedrich Ebert jun., Carl Steinhoff, Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt heraus. Sabine Hering und Uli Schöler stellen Breitscheid vor, der auch in der DDR-Historiografie überwiegend positiv bewertet wurde, dennoch einer prinzipiellen Kooperation mit dem Kommunismus immer skeptisch gegenüber blieb. Er starb im KZ Buchenwald bei einem Bombenangriff am 24. August 1944. Manfred Stolpe ist eine bedeutende Persönlichkeit der ostdeutschen Zeitgeschichte und besaß auch bundespolitisch Rang und Namen nicht nur in der SPD. Christoph Wunnicke stellt seinen Beitrag zu Stolpe unter das Motto „Liebenswürdige Sachlichkeit und unmittelbare Realitätsnähe.“ Dass es trotz aller politischen Differenzen in Brandenburg einen „Brandenburger Weg“ gab bzw. das Land gelegentlich auch als „kleine DDR“ beschrieben wurde, verdankt sich sicher nicht zuletzt dem Blick Stolpes für die Nöte und Sorgen der Menschen und die daraus resultierende Notwendigkeit, politische Gräben zu überwinden. Regine Hildebrandt, die „Mutter Courage“ des Ostens, war zusammen mit Stolpe die prägende Stimme der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie entstammte dem kirchlichen Milieu, wurde Biologin und nach der „Wende“ die bedeutende Politikerin der SDP und der märkischen SPD. Als Sozialministerin amtierte sie bis 1999, im Jahre 2001 erlag sie ihrem Krebsleiden. Rolf Schmachtenberg erinnert an eine Politikerin, die niemanden kalt ließ. Weniger bekannt, aber wie Stolpe auch Ministerpräsident (1946-1949) in Brandenburg, war

Carl Steinhoff, hier von Martin Gorholt vorgestellt. Der gebürtige Ostwestfale, Jurist und Verwaltungsexperte, diente dem demokratischen Preußen und wurde nach dem „Preußenschlag“ aus seiner Stellung entlassen. Die NS-Diktatur überlebte er ungeschoren, indem er sich zurückzog. Nach der Befreiung am 8. Mai 1945 wurde Steinhoff als Sozialdemokrat und Verwaltungsexperte zunächst Präsident der Verwaltung der Mark Brandenburg, dann 1946 Ministerpräsident des Landes Brandenburg. In der DDR war er deren erster Innenminister, wurde aber 1952, wohl nicht ohne Stalins Zutun, entlassen. Es ist zu würdigen, dass sich – im Gegensatz zum ersten Band – die Autorinnen und Autoren auch mit für sie unbequemen, weil entweder radikal links oder später Mitglieder der SED – Persönlichkeiten widmen, ohne die eine Rekonstruktion der Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg nicht denkbar wäre. Neben Carl Steinhoff gehört zum Kreis dieser Sozialdemokraten, die den Weg in die SED mitgingen, vor allem natürlich Friedrich Ebert jun. Der Sohn des späteren Reichskanzlers und Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871-1925) wurde in Bremen geboren, erlernte den Beruf des Buchdruckers und trat 1913 der SPD bei. Im Krieg schwer verwundet, wurde er während der Weimarer Republik Kommunalpolitiker in Brandenburg/Havel und war auch von 1928-1933 MdR. Die Nazis brachten ihn in die Konzentrationslager Oranienburg und Börgermoor. Bis Kriegsende stand er unter Polizeiaufsicht. Als Landesvorsitzender der SPD Brandenburg trug Ebert jun. die Parteivereinigung mit der KPD zur SED aktiv mit. Bekannt

wurde er vor allem als Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, also Ost-Berlin, der von 1948-1967 amtierte. Auch hier lässt wiederum Gorholt seine kritische Haltung zur Politik Ebert jun. klar durchscheinen, aber übertritt nicht die Grenzen professioneller Kritik. Die weiteren der 18 vorgestellten Persönlichkeiten sind teils vergessen, teils weniger auffallend gewesen. Dennoch sollte man sie nicht überlesen, zumal kompetente Autoren wie Hans-Rainer Sandvoß oder Johannes Tüchel beteiligt sind.<sup>4</sup> Die 101 Kurzbiografien sind durchaus repräsentativ und geben Auskunft über die wichtigsten Lebensdaten und Fakten des politischen Wirkens der Ausgesuchten. Summa summarum spricht für diesen Band auch, dass sich die Historische Kommission nicht um von der SPD Brandenburgs als unangenehm empfundene Traditionslinien herumgedrückt hat.

*Holger Czitrich-Stahl*

**Hermann Duncker: Menschheitsgedichte, herausgegeben von Heinz Deutschland, edition bodoni, o. O. 2022, 125 Seiten, 18 €, ISBN 978-3947913-35-0.**

Glücksmomente erleben Forschende in der Geschichtswissenschaft besonders dann, wenn sie in den Archiven Dokumente finden, deren Existenz sie kaum voraussehen konnten. Einen solchen Moment erlebten Heinz und Ruth Deutschland, als sie den Nachlass der prominenten Sozialisten auf dem linken Flügel der deutschen Sozial-

---

<sup>4</sup> Unser Vereinsmitglied Dennis Egginger-Gonzalez ist mit einem Beitrag über Gertrud Marx beteiligt.

demokratie und Mitbegründer der KPD, Käte und Hermann Duncker, sichtigten, um die opulente Edition ihrer Briefe vorzubereiten.<sup>5</sup> Sie entdeckten, dass der beliebte Lehrer für marxistische Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung auch ein beeindruckender Dichter war. Sie fanden als Beigaben zu Briefen, die zumeist an seine geliebte Frau Käte gerichtet sind, 348 Gedichte, viele davon Sonette. Mit Ausnahme seines „Menschheitssonetts“ „Ich bin ein Mensch“ (vgl. S. 112) waren sie zuvor nie in die Öffentlichkeit gelangt. Anfangs Liebesgedichte für Käte, spiegelten sie im Laufe der Zeit immer mehr Duncckers Erlebnisse und Emotionen während Krieg und Revolution, in den Fängen der Nazis, in den Ländern der Emigration: Dänemark, England, Frankreich, Marokko und USA, wider.

Von diesen Gedichten wählte der Herausgeber 62 für die vorliegende Anthologie aus. Sie sind hier nicht nach ihrer poetologischen Qualität zu beurteilen, wofür dem Rezensenten ohnehin die germanistische Kompetenz fehlt. Den Historiker interessieren die Gedichte als Quelle für biografisches Arbeiten über den Dichter, der in seiner Lyrik von seinem Wesen mehr offenbart als in seinem sonstigen schriftlichen Nachlass. Der Archivfund und seine Präsentation ermöglichen, die Persönlichkeit Hermann Duncckers komplexer und die Wirkung seiner Bildung und Sensibilität

auf seine politische Haltung besser zu verstehen. Duncker stand eine wissenschaftliche, humanistisch und musisch geprägte Bildung zur Verfügung. Er war ein Kenner der Literatur, als Klavierspieler bei seinen Freunden als Partner in der Hausmusik gefragt und galt in der Sozialdemokratie als einflussreicher Förderer und Mitgestalter des organisierten Arbeitergesangs. Seine Kurse als Wanderlehrer quer durch Deutschland schloss er häufig mit kulturellen Programmen ab, zumeist musikalische Abende, an denen er vertonte Balladen vortrug und seinen klangvollen Bariton am Klavier begleitete. Und natürlich spiegelt sich dieser kulturelle Habitus auch in Duncckers Gedichten wider.

Offenbar wird in ihnen, welche Lebenskraft Hermann Duncker aus der Gemeinschaft mit seiner Ehefrau Käte zuwuchs, aus einer Ehe, in der Liebe, weltanschauliche und politische Orientierung sowie gesellschaftliche Aktivität eine Einheit darstellten. Diese Zusammengehörigkeit behauptete sich, auch wenn es aus Arbeitsgründen und im Exil lange Phasen der räumlichen Trennung gab und schwere Schicksalsschläge zu verwinden waren. Als ihm während seiner Jahre als Wanderlehrer eine kleine Pause bei seiner Frau möglich war, schrieb Duncker den Vers: „Heute dürft ihr mich nicht rufen. / Heute gönnet mir mein Glück. / Von des Liebesthrones Stufen / Bring ich Wunder euch zurück.“ (S. 22)

Zum Führungskreis der Spartakusgruppe gehörend, war Hermann Duncker, selbst 1915-1917 als Landsturmmann zu Kriegsdiensten gezwungen, ein entschiedener Gegner des imperialistischen Krieges und

5 Käte und Hermann Duncker: Ein Tagebuch in Briefen (1894-1953) inklusive USB-Card mit dem vollständigen Briefwechsel, Dokumenten und 245 Abbildungen. Hrsg. von Heinz Deutschland unter Mitarbeit von Ruth Deutschland. Karl Dietz Verlag, Berlin 2026.

Befürworter seiner revolutionären Beendigung. Seinen Aufschrei gegen den Krieg kleidete er in die Gedichtzeilen: „Ins Dörflein dort zischt unser Feuerbrand, / Dem Bruder reißen wir den Bruder fort, / Den Eltern morden wir den einz’gen Sohn, / Den Kindern schlagen wir den Vater tot, / Und das sind wir, die Gottes Kinder heißen!“ (S. 25 f.)

Von den Nazis nach dem Reichstagsbrand 1933 verhaftet, setzte sich Duncker im Spandauer Gefängnis in Gedichten mit der katastrophalen Niederlage der Arbeiterbewegung auseinander. Zunächst dominierte das Entsetzen: „Was ist geblieben? – frag ich mich entsetzt – / Von alle dem, was durch ein langes Leben / Ich glaubte in die Zukunft eingegeben. – / Und nun scheint alles wie ins Nichts versetzt.“ (S. 37) Doch auf den beschwerlichen Wegen der Emigration wurde Duncker eine vernehmbare Stimme des antifaschistischen Widerstands. Im Gedicht „Einheitsfront“ fordert er das vereinte Handeln gegen die Faschisten: „Sie gilt es – jenseits der Parteien Stempel – / Zu einen, duldsam-klug im gleichen Tempel.“ (S. 51)

Hochbetagt heimgekehrt in den Osten Deutschlands, Professor an der Universität Rostock und Direktor der Gewerkschaftshochschule in Bernau, begründete er seinen Stolz als Sozialist mit den hier herausgehobenen Verszeilen: „Daß wir die größte Umwälzung der Menschheit vollziehen ... / Daß wir die Überlegenheit des Sozialismus beweisen ... / Daß wir sozialistische Kulturmenschen werden ... / Daß wir Wohlstand für alle schaffen; / Daß wir den Krieg ausrotten.“ (S. 95)

Die Gedichte zeigen Hermann Duncker als einen Parteiintellektuellen. Hoffnung

und Zweifel sind gleichberechtigt in seiner Art, das Geschehen poetisch zu reflektieren. Er erweist sich gemeinsam mit Freunden und Gleichgesinnten als ein Prototyp jener gebildeten Sozialdemokraten, die in der – damals noch revolutionären – SPD sozialisiert waren und die heute weitgehend verlorene Einheit von Politik, musischer Bildung und Aktivität vorlebten. Auch als Kommunist hielt er an dem sozialdemokratischen Selbstverständnis der Arbeiterbewegung als Kulturbewegung fest.

In seinem Nachwort vermittelt Heinz Deutschland auf nur fünfzehn Seiten erstaunlich viele Informationen, die Duncckers Gedichte in dessen Biografie einordnen. Auch bibliografische Hinweise auf einschlägige Veröffentlichungen fehlen nicht.

Heinz Deutschland und der *edition bononi* ist für die Anthologie ausdrücklich zu danken. Sie ermöglicht nicht nur, die Persönlichkeit Hermann Duncckers allseitiger zu erfassen. Sie verweist zugleich auf die Nützlichkeit, der Forderung der Humanontogenetik zu entsprechen, das Individuum als biopsychosoziale Einheit zu verstehen und dies auch in der biografischen Geschichtsschreibung subtiler zu berücksichtigen.

*Gerhard Engel*

**Malte Müller/Richard Rohnert/Petra Wolfram (Hrsg.): Vorwärts und nichts vergessen. Aus der Geschichte lernen. VSA Verlag, Hamburg 2022, 72 Seiten, 7 €. ISBN 978-3-96488-131-1.**

Aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Bildungszentrums der IG Metall in

Sprockhövel sind im VSA Verlag vier kleine Bände unter der Überschrift „Zwischenrufe“ erschienen. Der Band 4 hat das Thema „Geschichte“. In ihm bezieht der marxistische Politologe Frank Deppe die Geschichte der Gewerkschaften auf die krisenhafte Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus; Ralf Hoffrogge vergleicht die deutschen Metall-Gewerkschaften in den 1920er- und 1970er-Jahren; Stefan Müller, Historiker bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, beschäftigt sich mit den Debatten um die „Qualität des Lebens“ auf dem internationalen Kongress der IG Metall 1972. Diese beinhalteten bereits damals einen Link zur Umweltdiskussion. Clemens Schimmele erinnert an Genossenschaften als das (heute) „vergessene Standbein der Gewerkschaften“, und für Annette Schnoor und Petra Wolfram bedeutet das Nachdenken für eine solidarische Gesellschaft unbedingt auch die Befassung mit „realistischen Utopien“.

In diesem Beitrag und in der Einleitung der drei Herausgeber:innen findet die Leserin etwas grundsätzlichere Überlegungen. Darunter auch viel Richtiges, etwa dass Bildung wichtig sei, gar ermächtigen könne, Gewerkschaften auch Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen eingehen sollten und jede Generation sich historisches Wissen neu aneignen müsse. Letztendlich geht es aber darum, den durch neue Technologien bewirkten gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Insgesamt wirkt der Band – allein schon wegen seines Umfangs – wie einer, der dafür produziert wurde, zukünftig jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer an passenden Kursen in Sprockhövel (kostenlos) in die Hand gedrückt zu werden. Was die Herausgeber:innen vom BZ

Sprockhövel jetzt mit der Publikation bezwecken wollen, blieb dem Rezensenten verborgen.

*Bernd Hüttner*

**Karl Neuhof: „Ich kämpfe gegen alles, was mich niederdrücken will.“ Das Tagebuch des jüdisch-kommunistischen Widerstandskämpfers Karl Neuhof und der Briefwechsel seiner Familie. Herausgegeben von Peter Neuhof und Bernward Dörner. Metropol Verlag, Berlin 2022, 336 S., 24 €. ISBN: 978-3-86331-636-5.**

Im direkt an den Reinickendorfer Ortsteil Hermsdorf im Berliner Norden angrenzenden Glienicke/Nordbahn findet traditionell jährlich am 15. November eine kleine Gedenkfeier mit Ansprache und Blumen-niederlegungen statt, die den jüdisch-kommunistischen Widerstandskämpfer Karl Neuhof an seinem Gedenkstein ehrt. Sein Sohn Peter Neuhof, 1925 in Berlin geboren, nimmt hochbetagt stets daran teil. 1891 im hessischen Friedberg geboren, wollte sein Vater Karl Neuhof Lehrer werden, wurde aber im Ersten Weltkrieg an der Front eingesetzt und zweimal schwer verwundet. Kaiser Wilhelm II., der den Krieg erst möglich gemacht hatte, verlieh ihm dafür das „Eiserne Kreuz“. Doch Karl Neuhof kehrte als Antimilitarist und Sozialist von der Front heim. Am Widerstand gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 nahm er selbstverständlich teil, auch als Freiwilliger der „Roten Ruhrarmee“, und wurde 1926 Mitglied der KPD. Für Berlin-Frohnauer Kommunisten gab es keine eigene Basisorganisation, sodass er sich der Glienicker

KPD anschloss. Am 9. April 1932 war er Zeuge, als sein Genosse Gerhard Weiß in Glienicke beim Plakate kleben gegen Hindenburg anlässlich der Reichspräsidenten-Stichwahl (10.4.) von einem SA-Mann heimtückisch erschossen wurde.

Peter Neuhof zeichnet in seinem Vorwort ein Mosaik der Lebensumstände, die im Hitlerreich Juden und NS-Gegner bedrängten, von der Eskalation des Terrors, aber auch von der Solidarität der Unterdrückten, die sich nicht beugen ließen. Als seine Eltern den ehemaligen KPD-Abgeordneten im hessischen Landtag, Wilhelm Beuttel, insgeheim bei sich versteckten, wurden sie aufgespürt und verhaftet. Karl Neuhof wurde im November 1943 im KZ Sachsenhausen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erschossen. Gertrud Neuhof entkam dem Tod auf dem Todesmarsch aus dem KZ Ravensbrück im April 1945 durch die Befreiung durch Rotarmisten. 16 Familienangehörige der Neuhofs verloren ihr Leben, oft wurden die Täter durch die Justiz in der Bundesrepublik freigesprochen.

Bernward Dörner zeichnet die Stationen des Lebens von Karl Neuhof nach und kontextualisiert die Ereignisse in hervorragender Weise. Er weist darauf hin, wie hochgefährdet Neuhofs Leben nach seiner Festnahme am 10. Februar 1943 von vornherein war, als Jude und als „unbelehrbarer Kommunist“ zugleich. Sich dieser düsteren Perspektive voll bewusst und dennoch die Hoffnung bewahrend begann Karl Neuhof, das Erlebte und seine Gefühle schriftlich festzuhalten. Von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern wusste er nur all zu genau. Seine Gedanken galten vor allem seiner Frau Gertrud und seinem Sohn Peter, aber auch einem

Wiederaufbau Deutschlands nach der Befreiung vom Faschismus. Karl Neuhof war es nicht vergönnt, dies zu erleben.

Seine Aufzeichnungen beginnen am 7. April 1943, also knapp zwei Monate nach der Verhaftung. Ausführlich beschreibt Karl Neuhof die Haftumstände im Untersuchungsgefängnis Moabit in der Lehrter Straße, den Tagesablauf, seine Zelle, seine Ernährung, den Leidensweg seiner Mitgefangenen. Aber auch seine Hoffnung, seine Frau wiederzusehen und mit ihr alt zu werden. Sein Sohn „Pit“, so wünschte er es sich, sollte die Sorgen um seine Eltern loswerden. Zwischenzeitlich las Karl Neuhof außerordentlich viel, soweit es seine Haftbedingungen und sein Gesundheitszustand zuließen. Seinem Sohn riet er zum Durchhalten, zur Wahrung der Geduld, zum ständigen Wissenstraining. Im Sommer 1943 waren die Tagebucheinträge am dichtesten, teilweise mehrmals täglich. Am 30. August zeichnete er seine Zelle in Moabit, während des Sommers beschäftigten ihn vor allem Shakespeare und Goethe. Und er exzerpierte und kommentierte das Gelesene, besonders Goethe, aber auch Literatur über die großen Entdecker seit Marco Polo, und adressierte alles an die Familie, an Peter vor allem. Jene Passage mit dem Satz, der dem Buch den Titel gab, schrieb er am Freitag, dem 3. September nachmittags in sein Tagebuch: „Noch habt Ihr Eure Nächsten am Leben. Seht, ich weiß das von den Meinen nicht, und ich kämpfe doch gegen alles, was mich niederdrücken will.“ (S. 190) Am 5. Oktober 1943 endeten Karl Neuhofs Aufzeichnungen, die Sätze waren kurz und fragmentarisch, sein Gesundheitszustand hatte sich dramatisch verschlechtert, er war

extrem unterernährt und geschwächt. Der letzte Lebensmonat ist so nicht mehr rekonstruierbar, die Familie wurde in Angst und Unwissen gehalten. Nach Sachsenhausen wurde er wohl erst unmittelbar vor seiner Ermordung verbracht.

Es folgen der Briefwechsel der Familie, sowohl von Karl als auch von Gertrud und Peter ausgehend und andere Familienmitglieder einbeziehend. Abschließend lesen wir aus dem Tagebuch Peter Neuhofs. Am 18. November, wenige Tage nach der ihm und seiner Mutter noch nicht bekannten Ermordung des Vaters schrieb er: „Mein Papa hat einen fabelhaften Schreibstil, man erlebt alles so wirklichkeitsnah, wenn ich seine Erlebnisse, die nun schon viele Monate zurückliegen, nachlese. Man merkt, dass diese Zeilen von einem geistreichen und wohl denkenden Menschen geschrieben sind.“ (S. 320) Die „Sammlung Peter Neuhof“ ist im Übrigen im Jüdischen Museum Berlin untergebracht.

Dieser Eintrag Peter Neuhofs sagt viel über den Wert dieses Bandes aus. Ich habe Peter Neuhof als einen geistreichen und wohl denkenden Menschen kennengelernt. Dieses geistige Vermächtnis seines Vaters, seiner Familie für die Gegenwart – und die Zukunft – zu würdigen, dafür ist dieses Buch hervorragend gelungen.

*Holger Czitrich-Stahl*

**Dieter Schiller: Als gestern noch morgen war. Kritisches Erinnern an Menschen, Projekte und mich selbst. Aus meinem wissenschaftlichen Leben 1966-1990. Edition Schwarzdruck, Gransee 2022, 117 Seiten, ISBN 978-3-96611-026-6.**

Der Jubilar Dieter Schiller, der im März 2023 sein neuntes Lebensjahrzehnt vollendet, begann mit den Aufzeichnungen für das Buch kurz nach seinem 85. Geburtstag. Es handle sich um ein Datum, wie Schiller meint, das schon ein wenig auf die Zeiten jenseits der Beerdigung deutet. Ihm ging es darum, einiges festzuhalten, was ihm wichtig war in diesem Leben, manches davon war erfreulich, anderes blieb bis heute schmerzhaft. Dass er sich gegen die in der Bundesrepublik lautstark geforderte Delegitimierung der DDR sperrt, bedeute nicht, dass er gutheißt, was an Unsinn und Unrecht in diesem Land geschah. Er und seine Freunde hätten diese DDR verbessern, nicht beseitigen wollen. Dieses Vorwort, das er „Vorstellung“ nennt, steht am Beginn.

Es folgt ein Text, den Schiller in der Arbeitsgruppe Kultur der Alternativen Enquete-Kommission vorgetragen hat. Aus Anlass des Todes von Rudolf Bahro erinnert er an die Lyrik-Debatte des „Forum“ im Jahre 1966.

Das Jugendkommuniqué von 1963 und die Gründung der Jugendkommission unter Leitung von Kurt Turba hatten das geistige Klima im Lande verändert. Die Lyrik-Abende unterschieden sich von der traditionellen Dichterlesung. Schiller nennt den Veranstaltungstyp „literarisch-politisches Entertainment“. Die – meist an Wochenenden stattfindenden – Veranstaltungen mit Lesungen und Gesang verzeichneten einen beträchtlichen Zulauf. Sie entsprachen dem Bedürfnis der neuen Dichtergeneration nach Selbstfindung. Ein neues Lebensgefühl konnte offenbart werden. Ein Aufbruch der Jugend kündigte sich an, der ein neues Selbstbewusstsein offenbarte und

auch den Drang, sich frei zu machen von politischer und moralischer Bevormundung und Gängelung.

Die politische Führung der DDR reagierte zwiespältig, wollte zunächst so viel wie möglich integrieren, entdeckte aber bald ideologisch gefährliche Tendenzen, wofür Wolf Biermann als Symbolfigur galt. Das 11. Plenum des ZK der SED empfand Schiller 1965 als Katastrophe. Ungeachtet dessen hatte Rudolf Bahro im „Forum“ eine Lyrik-Debatte begonnen, die dem Geist und Buchstaben des Kahlschlagplenums kräftig widersprach. Obwohl Schiller Rudolf Bahro sehr kritisch beurteilte, entschied er sich für eine Teilnahme an der Lyrik-Debatte des „Forum“. Über Bahro äußerte er: „Ganz ernst konnte ich Rudolf Bahro damals nicht nehmen. Er wirkte auf mich wie ein sympathischer Spinner und gescheiter Wirrkopf, der immer einen Meter über der Realität schwebte.“ (S. 15)

Die Lyrik-Debatte wurde jäh beendet. Hans Koch nahm sich Dieter Schlenstedt vor. Edith Braemer haute Schiller in die Pfanne: „Wie ich da von ihr vorgeführt wurde, war reinster Kunstdogmatismus und pure politische Denunziation.“ (S. 19) Schiller kam für einige Jahre in keine sonderlich angenehme Lage, war er doch in Unnade gefallen.

Sehr aufschlussreich sind auch die drei folgenden Texte: Seine Erinnerungen an die Entstehungszeit der „Geschichte der deutschen Literatur“ im Volk und Wissen Verlag, seine Begegnungen mit seinem Chef und Kollegen Werner Mittenzwei und seine Wendeerfahrungen.

Schiller kannte den Begriff Abwicklung in seiner spezifischen Bedeutung zu DDR-

Zeiten nicht. Er schlug im Herbst 1990 in verschiedenen Lexika nach, um zu verstehen, was unter Abwicklung zu verstehen sei. Nach einigem Hin und Her begriff er, dass Abwicklung „Liquidation ohne Rechtsnachfolge“ bedeutete. Für ihn war Abwicklung mit einem Bruch im Leben und in der Arbeitsweise verbunden. Andere hätten diese Vorgänge als Chance erlebt. Er kam in die paradoxe Situation, dass das Ende des obrigkeitsstaatlichen Dirigismus, dass die Freiheit der Forschung und der Zugang zu bisher unerreichbarem Quellenmaterial verbunden war mit dem Schwinden der Möglichkeit, all diese unzweifelhaften Vorteile publizistisch produktiv zu nutzen.

In den Anhang wurden Texte aufgenommen, die ein wenig von dem Geist jener Tage spüren lassen, „mitsamt all den Erwartungen, Hoffnungen und Illusionen, aber auch den ideologischen Verrenkungen und Absicherungen, wie sie landesüblich waren“ (S. 8) und die auch ihm nötig schienen, um zur Sache zu kommen.

Schiller bekennt, dass die DDR sein Land war, in dem er wirken wollte – und das zu bereuen, sehe er auch heute keine Veranlassung.

*Siegfried Prokop*

**Wolle, Stefan: Leseland DDR. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung. (zweisprachig: deutsch und englisch). Herausgegeben von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Metropolis Verlag, Berlin 2022, 128 S., 12 €. ISBN: 978-3-86331-674-7.**

Der Slogan vom „Leseland“ durchlief eine

Metamorphose: Zum einen klang darin als „Schwundstufe“ die von Johannes R. Becher in den Fünfzigerjahren beschworene „Literaturgesellschaft“ nach.<sup>6</sup> Zum anderen erfand Hermann Kant eine Vorstufe, indem er auf dem VIII. Schriftstellerkongress 1978 vom Buch als „Massengut“ sprach und von dessen Wertschätzung im Land. Schließlich sei die sozialistische Lesekultur der kapitalistischen im „Bestseller Country“ BRD überlegen. Und so gab er der DDR den „Titel Leserland“ bzw. „Bücherland“.<sup>7</sup> Das griffen Erich Honeckers Beiträger auf, der in seinen Ausführungen zur Kulturpolitik auf dem X. SED-Parteitag 1981 dann vom „Leseland“ sprach, als das man die DDR bezeichnen könne.<sup>8</sup> Kurz danach setzte der Stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke den Begriff in den Untertitel eines Bandes mit Aufsätzen und Rezensionen.<sup>9</sup> So kann man annehmen, dass „Leseland“ auf ihn zurückging, denn das war eine übliche Praxis. Spätestens seitdem war der propagandistische Topos eingeführt. Er erwies sich äußerst zählebig, erfuhr zugleich unterschiedliche Interpretationen und war

ja auch nicht ganz unzutreffend.

Zuvorderst handelte es sich um eine quantitative Aussage zu Produktion, Vertrieb und Verleih von Büchern. Ende der Achtzigerjahre gab es 78 lizenzierte Verlage in der DDR, in denen pro Jahr rund 6.500 Titel erschienen, etwa ein Zehntel der damaligen westdeutschen Produktion. Mitte der Achtziger befanden sich in einem DDR-Haushalt im Durchschnitt 143 Bücher. Darüber hinaus existierten zum Ende der DDR in 97 Prozent der Gemeinden Bibliotheken. Qualitativ sollte mit dem Slogan vom „Leseland“ freilich auch das Leseverhalten beeinflusst und die Leserschaft erweitert werden. Während in der Bundesrepublik die Quote derjenigen, die mindestens 8 Bücher im Jahr lasen, bei 17 Prozent lag, betrug sie in der DDR immerhin 30 Prozent.<sup>10</sup>

Solcherart statistische Angaben findet man in dem hier zu besprechenden Band nicht. Erstaunlicherweise wird auch die Entstehung des Begriffs selbst nicht hinterfragt, sondern er wird für die gesamte Zeit der DDR übernommen und in seinen verschiedenen Facetten dargestellt. Zugleich erzählt „Leseland DDR“ vom Eigensinn der Menschen, die sich ihre Lektüre nicht vorschreiben lassen wollen. Eingangs betont Stefan Wolle die Ambivalenz, die den ganzen Band prägt: „Was waren das für wunderbare

6 Langermann, Martina/ Taterka, Thomas: Von der versuchten Verfertigung einer Literaturgesellschaft. In: Dahlke, Birgit/ Langermann, Martina/ Taterka, Thomas (Hrsg.): Literaturgesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart / Weimar 2000, S. 24.

7 Kant, Hermann: Die Verantwortung des Schriftstellers. In: VIII. Schriftstellerkongress der DDR. Referat und Diskussion, Berlin 1979, S. 19, 29 und 37.

8 Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag der SED, Berlin 1981, S. 104.

9 Höpcke, Klaus: Probe für das Leben. Literatur in einem Leseland, Halle 1982.

10 Vgl. und weitere Angaben: Links, Christoph: Leseland DDR. In: Großbölting, Thomas (Hg): Friedensstaat. Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 196-207; Peitsch, Helmut: Leseland. In: Metzler Lexikon DDR-Literatur. Autoren – Institutionen – Debatten. Hrsg. von Michael Opitz und Michael Hofmann, Stuttgart/ Weimar 2009, S. 189-191.

Zeiten für die Literatur! Vor den Buchhandlungen standen die Menschen Schlange ... Was waren das andererseits für schreckliche Zeiten, in denen jedes gedruckte Wort der Zensur unterlag.“ (S. 14)

Der Band präsentiert die Bilder und Texte der Ausstellung „Leseland DDR“. Diese besteht aus 20 Schautafeln, die Text mit insgesamt 110 Fotos und Dokumenten verbinden, und versteht sich als Beitrag zur Kulturgeschichte der SED-Diktatur. Auf den Tafeln wie auch in diesem Band sind darüber hinaus als Begleitmaterial QR-Codes mit kurzem zeithistorischen Filmdokumenten sowie 19 Videointerviews mit prominenten Persönlichkeiten enthalten. Die Titel der nummerierten Tafeln umreißen folgende Themen: 01: Überschrift und Impressum, 02: „Der Zauberberg der vergessenen Bücher“ enthält ein Interview mit Peter Sodann, der Millionen von DDR-Büchern vor dem Wegwerfen bewahrte, und die Aussage von Siegfried Lokatis: „Die DDR-Gesellschaftsgeschichte erfährt man am besten aus ihrer schönen Literatur“. 03: „Wunderbare Jahre“. Honecker bestätigt die Herausgabe von Karl May, Wolf Biermann äußert sich zur DDR-Literatur und Paula Fürstenberg konstatiert: „Spricht man über die DDR, stehen sich zwei Erzählungen beinahe unvermittelt gegenüber: Die Erinnerung an die Diktatur und die persönlichen, alltäglichen Geschichten, die zuhause erzählt werden.“ 04: „Der Schwur von Buchenwald“ behandelt die Rolle des Antifaschismus am Beispiel von Buch und Film „Nackt unter Wölfen“. 05: „Giftschrankliteratur“ dokumentiert die Beschlagnahme und das Wegschließen angeblich staatsfeindlichen Schrifttums. 06: „Von

der Sowjetunion lernen“ verweist auf die ambivalente Rolle sowjetischer Literatur. 07: „Realismus contra Realität“ geht auf die positiven wie negativen Auswirkungen des „Bitterfelder Weges“ ein. 08: „Märchenwelten“ führt uns in die Zauberwelt der Märchen für Groß und Klein. 09: „Alfi erobert das Weltall“ reicht vom Kinderbuch Alfons Zitterbacke bis zum Hype um Juri Gagarin. 10: „Bündnispartner oder Klassenfeind?“ verweist auf die Bedeutung der kritischen westdeutschen Literatur und zugleich auf deren argwöhnische Behandlung. 11: „Die neuen Leiden des alten Goethe“ stellt dem offiziellen Klassikmythos dessen Entzauberung durch Ulrich Plenzdorf gegenüber. 12: „Als gestern noch morgen war“ beschäftigt sich mit der wissenschaftlich-phantastischen und der Science Fiction Literatur der DDR. 13: „Fliegende Teppiche“ offenbart die Vielgestaltigkeit der Reiseliteratur im Unterschied zu den Reisebeschränkungen für DDR-Bürger. 14: „Wir kochen gut“ war und ist ein Küchenklassiker, ähnlich erfolgreich wie „Wir backen gut“ mit hohen Auflagen. 15: „Haben Sie was von Stefan Zweig?“ erinnert an die geringen Auflagen dieses wie anderer Autoren, die ihre Bücher zu „Bückware“ werden ließen. 16: „Der Mörder ist immer der Autor“ unterstreicht, dass Kriminalliteratur auch in der DDR das auflagenstärkste literarische Genre war. 17: In „Fenster zur Welt“ wird die Leipziger Buchmesse wie auch der Bücherklau dort vorgestellt. 18: „Zwei deutsche Literaturen?“ weist nach, dass die Abgrenzungspolitik der SED-Führung nicht funktionierte. 19: „Revolution im Leseland“ berichtet von der Literatur als Ersatzöffentlichkeit in der DDR und deren

mobilisierender Rolle in der Herbstrevolution. 20: „DDR und kein Ende“. Nicht allein die literarische Hinterlassenschaft der DDR beschäftigt uns weiter, sondern sie bleibt auch Schauplatz einer wachsenden Zahl von Büchern. Denn es gibt noch genug zu erzählen. Zum Schluss wünscht sich Corinne Orlowski, „dass wir uns gegenseitig zuhören, unsere Geschichten wechselseitig anerkennen und den Transformationsprozess gemeinsam gestalten.“ (S. 117)

All diese Themen sind mit aussagekräftigen Fotos und markanten Faksimiles illustriert und unterlegt. Natürlich ist es nicht möglich, auf 20 Tafeln die ganze Vielfalt und Bandbreite von Literatur in der DDR abzubilden. Gleichwohl hätte die umfangreiche Sachliteratur in der DDR, von „Weltall Erde Mensch“ bis „Mann und Frau intim“, ebenso wie die Bemühungen um die deutsche Literaturgeschichte, z. B. die „Bibliothek deutscher Klassiker“,

jene Leinenbände zu 5 Mark, die auch bei westdeutschen Besuchern begehrt waren, mehr Berücksichtigung erfahren können. Die Aussagen in den beigefügten Videos, etwa von Rainer Eppelmann, Ines Geipel, Robert Grünbaum, Andrej Hermlin, Anna Kaminsky, Heidrun Klinkmann, Petra Köpping, Christine Lieberknecht, Christoph Links, Hartmut Mechtel, Markus Meckel, Ralf Neukirchen, Claudia Rusch, Meinhard Stark oder Linda Teuteberg, geben deren persönliche Erfahrungen mit Literatur wieder. Sie sind individuell und speziell, nicht immer verallgemeinerbar, aber aufschlussreich und ergänzend. Die Ausstellung kann bei der Stiftung Aufarbeitung als Poster-Set im Format DIN A1 gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt und auch unter [www.leseland-ddr.de](http://www.leseland-ddr.de) angesehen werden.

*Gerd Dietrich*



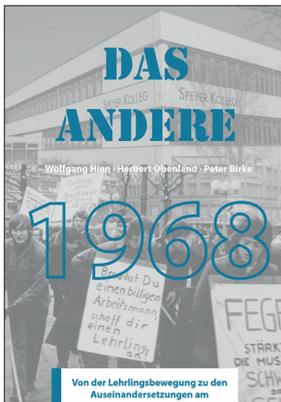
## Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration

Nihat Öztürk [Hg.]  
160 Seiten  
ISBN 978-3-98223317-6-8

22,00 €, Hardcover A4

**Das Buch ist Bestandteil eines multimedialen Projekts, konzipiert für eine Ausstellung, die unter dem Buchtitel am 26. August 2022 in Düsseldorf eröffnet wurde. Der Band enthält die Bilder, Grafiken und die Begleittexte zur Ausstellung.** In einem Basistext arbeitet Nihat Öztürk

heraus, wie Menschen mit ausländischen Wurzeln in den historisch aufeinanderfolgenden Phasen der (Arbeits-)Migration behandelt und welche Bilder über sie vermittelt wurden. Es wird deutlich, wie lange es dauerte, bis der ideologische Nachhall des deutschen Faschismus gebrochen werden konnte und welchen Anteil die Migrant\*innen selbst hatten, dass dies möglich wurde.



## Das andere 1968 Von der Lehrlingsbewegung zu den Auseinandersetzungen am Speyer-Kolleg 1969-72

Wolfgang Hien, Herbert Obenland, Peter Birke  
260 Seiten  
ISBN 978-3-98223317-3-7

15,00 €

Die Autoren von „Das andere 1968“ werfen einen Blick zurück in die Anfänge der Jugend- und Protestbewegung, die sich Ende der 60er-Jahre entwickelte und

das Gesicht der Bundesrepublik nachhaltig veränderte. Hien und Obenland geben als damalige Akteure klug reflektierend biografische Auskunft über ihre Erfahrungen auf den institutionellen Feldern der Auseinandersetzung: Hauptschule, Berufsschule, Labor, Lehrlingsheim, Kolleg, Betrieb und Universität. Die Autoren stellen dabei überzeugend unter Beweis, wie sie durch „1968“ verändert wurden und sich trotzdem treu blieben.